

**„Wählen mit 16“ Eine Post Election Study
zur Nationalratswahl 2008**

Befragung – Fokusgruppen – Tiefeninterviews

Wien, April 2009

Steve Schwarzer / Martina Zandonella / Eva Zeglovits, SORA

Flooh Perlot, Institut für Strategieanalysen (ISA)

Ulrike Kozeluh

Diese Untersuchung konnte durchgeführt werden mit
der finanziellen Unterstützung von:

Bundeskanzleramt Österreich

Parlament der Republik Österreich - Nationalrat

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur

Stadt Wien

Land Kärnten

Donau-Universität Krems – Universität für Weiterbildung

Die AutorInnen

Dr. Ulrike Kozeluh ist freiberufliche Politologin. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen demokratietheoretische Fragestellungen. Politikberatend ist sie auch in den Bereichen Forschungspolitik für die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften und Wissenschaftskommunikation tätig. Derzeit ist sie u.a. Auftragnehmerin des Rates für Forschung und Technologieentwicklung.

Dr. Flooh Perlot studierte Politikwissenschaft, Zeitgeschichte und Medienkunde an der Universität Innsbruck. Seit Herbst 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Strategieberatungen (ISA) in Wien. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte umfassen Politik und Medien, Internet und Demokratie, Wahlforschung und politische Kommunikation.

Steve Schwarzer, Mag. Artium, Studium der Politikwissenschaft, Philosophie und neueren dt. Literatur an der Ernst Moritz Arndt Universität Greifswald, Postgraduate-Ausbildung am IHS Wien, seit 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei SORA (Institute for Social Research and Analysis) in Wien. Forschungsschwerpunkte: Politische Kultur, Politische Bildung und Verbraucherschutz, u.a. Projektleiter der International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) - Austria und der Post Election Studie „Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl 2008“.

Mag.^a Martina Zandonella, Studium der Psychologie in Wien, derzeit Doktoratsstudium mit Dissertationsschwerpunkt Psychologie. Von März 2005 bis Juni 2008 Studienassistentin am Institut für psychologische Grundlagenforschung an der Fakultät für Psychologie der Universität Wien. Seit Juli 2008 Mitarbeiterin bei SORA. Themenschwerpunkte: Politische Psychologie, Einstellungsforschung; Methodenschwerpunkt: quantitative Methoden, multivariate Verfahren.

Mag.^a Eva Zeglovits, Studium der Statistik an der Universität Wien und Università degli Studi di Padova, seit 1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin bei SORA, seit 2003 Leiterin des Forschungsbereichs Wahlen und Politik, seit 1999 Lehrtätigkeit an der Universität Wien, der WU Wien und im Lehrgang SOQUA. Mitarbeit an zahlreichen Wahlforschungsprojekten, u.a. Projektleiterin der European Election Study 2004 in Österreich und der Wahltagsbefragungen zu den Nationalratswahlen 2002, 2006 und 2008.

Daten zur Untersuchung

Thema:	Wahlverhalten von ErstwählerInnen zwischen 16 und 18 Jahren
Mitwirkende Institute:	Befragung – SORA - Institute for Social Research and Analysis Fokusgruppen – Institut für Strategieberatungen (ISA) Tiefeninterviews - Dr. ⁱⁿ Ulrike Kozeluh
Wissenschaftliche Leitung:	Steve Schwarzer, Magister Artium
AutorInnen:	Dr. ⁱⁿ Ulrike Kozeluh, Dr. Flooh Perlot (ISA), Steve Schwarzer, Mag.Art., Mag.a Martina Zandonella, Mag.a Eva Zeglovits (alle SORA)
Erhebungsgebiet:	Österreich
Grundgesamtheit:	zur Nationalratswahl 2008 wahlberechtigte 16- bis 18-Jährige
Stichprobenumfang:	Umfrage, n=1.000, IFES Fokusgruppen, n= 19, OGM Tiefeninterviews, n=15
Befragungszeitraum:	November, Dezember 2008
Gewichtung:	nach Geschlecht, Alter, Bildung, Bundesländern und Stadt-Land Verteilung

Inhaltsverzeichnis

Die AutorInnen	4
1 Einleitung	9
1.1 Politische Einstellungen und Partizipation	9
1.2 Einflussbereich Schule.....	10
1.3 Theoretische Vorbemerkungen zum Wahlverhalten	11
1.4 Methodische Vorgehensweise.....	14
2 Zusammenfassung der Studie	16
2.1 Einstellungen zur Demokratie und Politik	16
2.2 Distanz oder Verdrossenheit?	18
2.3 Wahlmotive und Präferenzen.....	19
2.4 Europa.....	21
2.5 Abschließende Bemerkungen	21
3 Befragung – SORA Institute for Social Research and Analysis	23
3.1 Demokratie – Einstellungen und Werthaltungen	23
3.1.1 Zufriedenheit mit der Demokratie.....	23
3.1.2 Interesse an Politik und Information über politische Themen.....	24
3.2 24	
3.3 Distanz und Verdrossenheit - Einstellung gegenüber Politik und PolitikerInnen.....	27
3.3.1 Selbsteinstufung zwischen Links und Rechts	29
3.3.2 Gesellschaftspolitische Einstellungen.....	30
3.3.3 Vertrauen in Institutionen	34
3.3.4 Zukunftserwartungen.....	35
3.3.5 Themenwichtigkeit	36
3.3.6 Zusammenfassung	38
3.4 Politische Partizipation – Präferenzen und Wahlmotive	39
3.4.1 Muster politischer Partizipation	39
3.4.2 Nationalratswahl als Thema in den Schulen.....	40
3.4.3 Demokratie-Initiative „Entscheidend bist Du“	41
3.4.4 Demokratiewerkstatt	41
3.5 Wähler und Nichtwähler.....	46
3.5.1 Vorbemerkung	46
3.5.2 Wichtige Unterscheidungen der Gruppen	46
3.5.3 Die Gruppen verstehen – Unterschiede verdeutlichen.....	51
3.6 Europäische Union	57
3.7 Wichtige Schlussfolgerungen	58
4 Fokusgruppen – Institut für Strategieanalysen (ISA)	61
4.1 Demokratie – Einstellungen und Werthaltungen	61
4.1.1 Mangelnde Kommunikationskultur als Problem.....	62
4.1.2 Wählen mit 16.....	63
4.2 Distanz / Verdrossenheit	66
4.3 Parteipräferenzen und Wahlmotive	67
4.3.1 Selbstsicht der Wahlmotive	67
4.3.2 Fremdsicht der Wahlmotive.....	68
4.3.3 Nichtwahl-Motive.....	69
4.4 Europa.....	69
4.5 Wichtige Schlussfolgerungen	70

5	Tiefeninterviews - Dr. Ulrike Kozeluh	73
	5.1 Demokratie – Einstellungen und Werthaltungen.....	76
	5.1.1 Informationsverhalten	76
	5.1.2 Meinungsbildung	77
	5.1.3 Engagement.....	78
	5.1.4 Einschätzung der Funktionsweise der österreichischen Demokratie	82
	5.1.5 Andere Staatsformen / Unterschiede.....	83
	5.1.6 Idealvorstellungen von Demokratie	84
	5.2 Distanz / Verdrossenheit	85
	5.2.1 Was ist Politik?.....	85
	5.2.2 Dazugehören?.....	87
	5.3 Orientierung Rechts-Mitte-Links	88
	5.4 Parteipräferenzen und Wahlmotive.....	91
	5.4.1 Einstellung zu Wahl.....	91
	5.4.2 Information über die Wahl.....	92
	5.4.3 Wissen über das Wahlrecht.....	94
	5.4.4 Wahlkampf	94
	5.4.5 Thema „Ausländer“ im Wahlkampf.....	96
	5.4.6 Zum Wahlkampf: Was hat abgestoßen - irritiert?.....	97
	5.4.7 Wahlentscheidung - Orientierung	99
	5.4.8 Begründung der Wahl: Inhalt oder Person	100
	5.4.9 Vorbereitung auf den Wahlakt.....	102
	5.4.10Vorzugsstimmen.....	102
	5.4.11Wieder wählen gehen - warum?	104
	5.5 Europa	105
	5.5.1 Wissen über die nächste Wahl	106
	5.5.2 Informationsbedürfnis	107
	5.6 Wichtige Schlussfolgerungen.....	109
6	Literaturangaben.....	111
7	Anhang	113

1 Einleitung

Die Nationalratswahl 2008 ist in vielerlei Hinsicht von besonderem Interesse für die empirische Wahlbeteiligungs- und Wahlmotivforschung. Durch die Änderungen des Wahlrechts im Jahr 2006 ist nicht nur zum ersten Mal auf der nationalen Ebene ein neues Distanzwahlverfahren, die Briefwahl, zum Einsatz gekommen, sondern es durften auch 16- und 17-Jährige zum ersten Mal ihre Stimme bei einer bundesweiten Wahl abgeben. Die **Senkung des Wahlalters** auf 16 Jahre, deren Umsetzung sich eigentlich noch in einem Implementations- bzw. Bewusstseinsbildungsprozess befindet¹, brachte aufgrund der vorgezogenen Neuwahl eine besonders große Gruppe Neu- und JungwählerInnen zum ersten Mal zu den Urnen.

Immer wieder werden auch Belange des ansteigenden und hypothetisch formulierten Desinteresses junger Erwachsener an Politik und das Aufkommen, sowie die Präsenz autoritärer Denk- und Wertmuster im Zusammenhang mit der Schule und der politischen Bildung diskutiert (vgl. Filzmaier 2007). Politik hat wesentlich mit dem Erfahren, dem Ausprobieren und dem Leben von Beteiligung zu tun und wird darüber erlernt. Weder das Wissen über die Funktion eines Staatswesens, noch das besondere Wesen der Demokratie und die Einbettung in die Rechtsstaatlichkeit allein führen zu oder produzieren „überzeugte“ DemokratInnen.

1.1 Politische Einstellungen und Partizipation

Die Einstellungen gegenüber dem politischen System, dem Wahlsystem und dem Wählen werden im Laufe der Sozialisation in der Familie gelegt. Sie sind aber auch durch andere Sozialisationsprozesse im Freundeskreis, in der Schule und berufsbildenden Einrichtungen beeinflusst und führen zur Entwicklung eines politischen Bewusstseins bzw. induzieren ein grundsätzliches Interesse an Politik. Mit dem Fokus auf die sehr junge Wählergruppe ist auch der Schulkontext von entscheidender Bedeutung, denn politisches Bewusstsein ist auch eine Frage des Wissens und der Erfahrungen in Mitbestimmungssystemen wie Schulen und Ausbildungsbetriebe. Bewusstes Erleben von Mitbestimmungskompetenzen und die Erfahrung „meine Meinung ist entscheidend für die Entwicklung meines tagtäglichen Umfelds“ sind als mindestens ebenso wichtig für die „politische Bildung“, aber auch für die Entwicklung bestimmter demokratischer Wertemuster

¹ Die Aktivierungskampagne Demokratie-Initiative des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur und des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung

und Werthaltungen, einzustufen (Zentrum Polis 2007, S. 3 - 5). „ Demokratie kann einmal erfahren werden als Feigenblatt, als Störfaktor, als Überfahrenwerden, als Ausgetrickstwerden, als Abgeschnittensein von Informationsflüssen und Entscheidungsprozessen. Demokratie kann aber auch gelebt werden und so erfahren werden als Möglichkeit, seine eigenen Interessen und Ideen einem fairen Diskussionsprozess zu unterziehen, als Möglichkeit seinen Lebensbereich mitzubestimmen (Partizipation) und im eigenen Sinn positiv zu verändern“ (Pichler 2006, S. 106).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass politische Partizipation nicht nur mit dem Ausbau der Wahlrechte für jüngere Personengruppen entwickelt wird. Diese Erfahrungen fördern die Bereitschaft, sich auch in die gesamtgesellschaftlichen Prozesse mit einzubringen, wobei Wahlen dabei ein sehr wichtiger Faktor politischer Mitbestimmung sind. Die Beteiligung hängt also sehr stark davon ab, inwieweit das politische Bewusstsein der Beteiligten geprägt wird (vgl. Auer /Schmid 2007, siehe unter anderem Massing 2006, Sander 2006).

1.2 Einflussbereich Schule

Jung- und ErstwählerInnen sind für die Wahlforschung auch deshalb interessant, weil sich durch die Absenkung des Wahlalters auf 16 viele noch in ihrer Ausbildung befinden.

Die Schule, die Berufsschule und höhere Lehranstalten sind neben den Familien- und Freundschaftsnetzwerken eine wichtige Arena der Sozialisation. Staatliche Bildungs- und Berufseinrichtungen sind wichtig für die Ausbildung von gesellschaftlich bedeutsamen Verhaltensformen und -mustern (vgl. Büttner /Kladzinski 2005). So wie die Schule den Alltag von Kindern und Jugendlichen prägt, so wirken auch Berufsbildungseinrichtungen und das Berufsumfeld auf die politischen Verhaltensmuster und die politischen Einstellungen von Lehrlingen und BerufsanfängerInnen. Dabei nehmen diese Institutionen nicht in erster Linie die Rolle des Wissensvermittlers ein, sondern bieten einen Raum zur Konfrontation junger Menschen mit den Regeln, Normen und Werten einer Gesellschaft.

Bildungseinrichtungen sind Orte der sekundären Sozialisation, in denen eine bereits sozialisierte Person in neue Ausschnitte der objektiven Welt ihrer Gesellschaft eingewiesen wird (vgl. Berger und Luckmann (2004) zitiert nach Scherr 2008, S. 49). Teil dieser sekundären Situationen sind auch die Aspekte des Politischen und werden erstmals außerhalb des engeren und weiteren

Familienkreises diskutiert. Insofern leisten Schulen und andere Bildungseinrichtungen, in denen junge Menschen mitdiskutieren, mitentscheiden und mitgestalten, einen wichtigen Beitrag zur politischen Sozialisation junger Menschen (Henkenborg 2006).

1.3 Theoretische Vorbemerkungen zum Wahlverhalten

Die Wahlmotivforschung befasst sich mit der Frage, wer wen warum und mit welchen Motiven wählt. Für die Analyse werden in der Regel zwei Forschungstraditionen, der **sozialpsychologische oder verhaltenspsychologische Ansatz** und der **Rational-Choice-Ansatz** (siehe unter anderem Downs 1968, Fuchs /Kühnel 1993, Fuchs /Kühnel 2000, Kühnel /Fuchs 1998, Mensch 1999). Kernanliegen dieser theoretischen Ansätze ist es, mittels empirischer Forschung und einer Verdichtung der Ergebnisse langfristig zu einer Theorie der politischen Repräsentation zu gelangen. Neben der politischen Repräsentation² ist aber im Zuge der Erforschung von Wahlmotiven interessant, welche politischen Verhaltensstile und politischen Grundhaltungen Menschen aufweisen, die wiederum auf ihre Wahlentscheidung zurückzuführen sind. Dies gelingt, indem auf die Sozialpsychologie und das sozialpsychologische Theorem der kognitiven Dissonanz, und das in der Rational-Choice Theorie angelegte subjektive Element des Erwartungsnutzen zurückgegriffen wird, welches nach der Abwägung von Kosten- und Nutzenargumenten zu einer vorurteilsfreien Wahlentscheidung führen soll (Pappi /Shikano 2007, S. 139 ff). Diese mikrotheoretischen Ansätze legen den Fokus der Betrachtung auf das Individuum. Die Wahrnehmung, „wie eine Gesellschaft gestaltet und basiert sein sollte“ führt zu Einstellungstypologien, die auf Wertorientierungen, politischen Einstellungen oder Verhaltensweisen beruhen und in einer direkten Beziehung zu Wahlmotiven stehen. Umgekehrt kann auch daraus geschlossen werden, dass diese Einstellungsmuster wiederum Einstellungen gegenüber politischen Sachfragen, sowie ein bestimmtes politisches Verhalten, aber auch Nichtwahl und Protestwahlverhalten erklären.

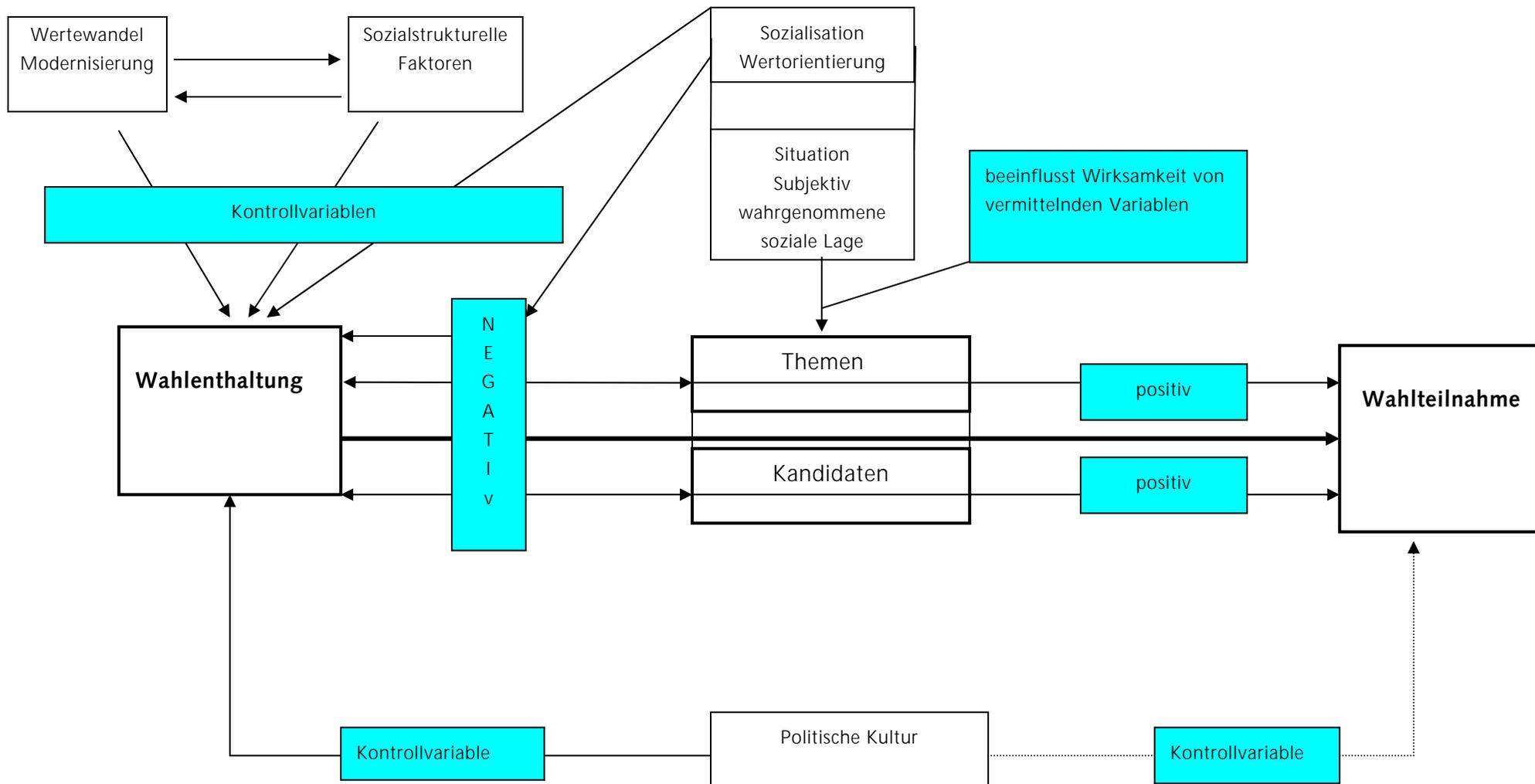
Der **stratifikationstheoretische Ansatz** nimmt die politischen Verhaltensmuster und die individuelle Wahlentscheidung über die Position der Eltern, die Lage in

² Grundsätzlich hat die Wahlmotiv- und Wahlforschung den Anspruch, die individuelle Ebene mit prinzipiellen gesellschaftlichen und politischen Strukturen zu verknüpfen. Demokratie- und Wahlforschung greifen dann ineinander, wenn die Frage nach dem „wer wählt wen“ beantwortet werden kann. Es geht darum, die „Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfs um die Stimmen des Volkes [zu] erwerben“ (Schumpeter, 159: 428). Es gilt also, die „in einer Demokratie angemessenen Bedingungen für die konstitutionelle Regierungsweise zu ermitteln, bei der die Stabilität der Verfassung [...] durch einen möglichen Wechsel und ihre Kontinuität im sozialen und politischen Wandel durch die Handlungsfähigkeit der Regierenden“ (Wildemann 1967, S. 5) gewährleistet wird.

einer Sozialstruktur und die primäre politische Sozialisation als vorbestimmt an, denn „A person thinks, politically, as he is, socially“ (unter anderem Lazarsfeld 1944). Aus dieser Perspektive kann nur sozialer Wandel zu einer Änderung des Wahlverhaltens führen. Entscheidend ist hier also die Grundbeziehung zwischen sozialer Verortung und Wahlmotiv (Lazarsfeld 1944).

Grundsätzlich muss davon ausgegangen werden, dass lang- und kurzfristige Einflüsse gleichzeitig auf die Wahlentscheidung Einfluss nehmen können. Eine Vermittlung dieser theoretischen Grunddispositionen findet sich in der **Cleavage Theorie** von Lipset und Rokkan (Lipset /Rokkan 1967). Kurzfristig auftretende Ereignisse können das Wahlverhalten verändern, aber lang tradierte Einflüsse (politische Cleavages) schwächen oder erschweren diese Verhaltensänderung. Die relative Stabilität des Wahlverhaltens entsteht durch die institutionelle Repräsentationskonstellation in einem Land und den damit verbundenen Schwellen politischer Beteiligung. Dennoch hat sich diese Stabilität durch gesellschaftliche Umbrüche und das Entstehen neuer linker, rechter, ökologischer und globalisierungskritischer Bewegungen relativ stark erodiert.

**Abbildung 1 Theoretisches Modell zur Erklärung von Wahlenthaltung auf Grundlage des sozialpsychologischen Modells
(Eigene Zusammenstellung)**



Die individuelle Verortung der Wahlentscheidung gewinnt durch dieses Erklärungsdilemma eine stärkere Beachtung und so stellt sich die Frage, welche Faktoren die individuelle Wahlentscheidung stärker beeinflussen können, als die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Personengruppe. Dabei zeigt sich, dass zwar von einer grundsätzlichen Nähe von Parteien und WählerInnen ausgegangen werden kann, aber durchaus auch sehr kurzfristige Faktoren, wie beispielsweise Lösungskompetenz oder die Wahrnehmung der SpitzenkandidatInnen einen ebenso wichtigen Effekt auf die Stimmabgabe entwickeln können.

Das in der sozialen Verortung und der politischen Erfahrung einer Person geschaffene Grundverständnis von Politik und die **Werthaltungen** gegenüber dem politischen System lassen sich in der Folge durch eine Betrachtung des Dreiklangs von **Parteiidentifikation, KandidatInnenidentifikation und Problembewusstsein** ergänzen (siehe unter anderem Pappi /Shikano 2007). Diese vier Dimensionen wurden in der Wahlforschung auf unterschiedliche Art und Weise miteinander in Beziehung gesetzt, sodass auf verschiedene Modelle der Wahlentscheidung zurückgegriffen werden kann.³

1.4 Methodische Vorgehensweise

Um sich diesen Prädispositionen auf angemessene Art und Weise anzunähern, ist es von besonderer Bedeutung, die Gesetzmäßigkeiten politischen Verhaltens zu ergründen.⁴ Die theoretischen Konzeptualisierungen der Einflussfaktoren von Prozessen der politischen Willensbildung sollen durch empirische Studien plausibilisiert werden. Neben den jeweiligen Grundannahmen bezüglich der Erklärung des Wahlverhaltens werden in erster Linie die lang-, mittel- und kurzfristigen Faktoren der Beeinflussung von politischen Verhalten gesucht.

Um die in Österreich vorherrschende Datenlücke über die Jung- und ErstwählerInnen zu schließen, wurde eine Erhebung unter Jugendlichen durchgeführt, mit dem Ziel, diesen Ausschnitt des Elektorats umfassend quantitativ zu beschreiben. In einer telefonischen Umfrage wurden n=1.000 JungwählerInnen im Alter von 16-18 Jahren befragt, wobei die Dauer der Interviews rund 15 min betragen hat.

³ In der Folge lassen sich auch die verschieden komplexen sozialpsychologischen Modelle des „American Voter“ nach Campbell (Campbell et al. 1960) darstellen. Auffallend in den Modellen von Campbell ist die herausgehobene Stellung der Parteiidentifikation, die neben der sozio-strukturellen Verortung die wesentliche Rekursbasis darstellt. Neben diesen sozialpsychologischen Modellen finden sich auch nicht rekursive Modelle des Wahlverhaltens.

⁴ Eine solche empirische Vorgehensweise verfolgt das Ziel, mittels einer Verdichtung empirischer Erkenntnisse zu einem Gesamtsystem von Erklärungsmodellen zu gelangen, um sich so einer gesetzmäßigen Beschreibung des Wahlverhaltens anzunähern.

Ein besonderer Schwerpunkt der Erhebung ist die quantitative Erfassung möglicher Einflussfaktoren auf die Wahlbeteiligung. Aus den Erkenntnissen der Nationalratswahlen, insbesondere aus der Identifikation von wirksamen Einflussfaktoren zur Aktivierung der Jugendlichen, soll ein **Maßnahmenpaket in Hinblick auf die Europawahlen und weitere Wahlen im Jahr 2009** abgeleitet werden.

Folgende Forschungsfragen bieten einen Rahmen für die nachfolgend dargestellten Analysen:

- Was sind die Wahl- und Nichtwahlmotive von Erst- und JungwählerInnen?
- Welche Einflüsse haben aktivierende Maßnahmen auf die Wahlbeteiligung?
- Spielt Politik-, Parteien- und PolitikerInnenverdrossenheit eine Rolle bei der Wahl- bzw. Nichtwahlentscheidung?
- Welches Informationsverhalten kann in Bezug auf die Nationalratswahl und Politik festgestellt werden?
- Lassen sich bei den JungwählerInnen Themenpräferenzen feststellen?
- Welche Ausblicke lassen die Ergebnisse für die Europa- und Landtagswahlen im Jahr 2009 zu?
- Wie verhält es sich mit dem Demokratieverständnis und politischen Bewusstsein, sowie dem Vertrauen in Institutionen in dieser Zielgruppe?
- Welche Rolle spielen peer group, Elternhaus und Institutionen, wie Schule und Betrieb, bezüglich der Einstellung gegenüber Politik, Wählen, Demokratie?

Diese Fragen wurden mittels Arbeitshypothesen operationalisiert und mit statistischen Methoden überprüft, wobei statistische Zusammenhänge zwischen Einstellungen, sozialen Merkmalen und Verhalten im Mittelpunkt der Betrachtungen gestanden sind.

2 Zusammenfassung der Studie

Ausgehend von den Ergebnissen der einzelnen Projektschritte soll hier der Versuch gemacht werden, die Analyseergebnisse der unterschiedlichen methodischen Zugänge zusammenzuführen und die sich einander ergänzenden Erkenntnisse verdichtend darzustellen. Aus den unterschiedlichen Berichtsteilen lassen sich vier Schwerpunktthemen: die Einstellung zu Demokratie und Politik, Distanz und Verdrossenheit, Wahlmotive und Präferenzen sowie Europa ableiten, auf die im Folgenden vertiefend eingegangen wird.

In Rückgriff auf die theoretischen Vorbemerkungen kann festgehalten werden, dass gerade in der Gruppe der Jung- und ErstwählerInnen langfristige Wahlmotive durch die Gespräche mit Familienangehörigen vermittelt werden, dass aber die kurzfristigen Ereignisse die Entscheidung zur Wahlteilnahme, als auch für die Entscheidung eine Partei zu wählen, eine wichtige Bedeutung zugeschrieben werden muss. So sind es nach den hier nachfolgend dargestellten Schlussfolgerungen insbesondere die thematischen und personellen Angebote, die eine große Erklärungskraft aufweisen. Vor allem die thematische Nicht-Ansprache von Jugendlichen in den Wahlkämpfen der Parteien wird von den ErstwählerInnen angesprochen.

Problembewusstsein und Kandidatenfokussierung überlagern sich dabei mit den gesellschaftlichen Wertvorstellungen der ErstwählerInnen, wobei nicht von einer Identifikation mit bestimmten KandidatInnen gesprochen werden kann, sondern eher die Wahrnehmung eines Kandidaten bzw. einer Kandidatin und seiner/ihrer Rolle im Wahlkampf als Motiv auftaucht.

Festzuhalten bleibt dennoch, dass gerade in den nichtstädtischen Regionen die Familienhintergründe in der Wahlentscheidung für eine bestimmte Partei als Motiv auftauchen.

Insgesamt zeigt sich aber in der Nachwahlenanalyse, dass die kurzfristigen, auf die Wahl und den Wahlkampf zurückzuführenden Faktoren für die Wahlentscheidung sehr zentral waren.

2.1 Einstellungen zur Demokratie und Politik

Die Wahlbeteiligung der Jung- und ErstwählerInnen kann als ein Indiz dafür herangezogen werden, dass das Interesse an Politik und den Beteiligungsszenarien an der österreichischen Demokratie groß ist, wenn sie mit der Wahlbeteiligung der Gesamtbevölkerung verglichen wird. Sowohl in den

gestützten, als auch den offenen Befragungsformen zeigt sich ein deutliches Interesse an Politik und politischer Beteiligung, sowie eine kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Wissen über Politik. Die skeptischen Blicke auf die Motivation junger Menschen, sich mit Politik zu beschäftigen bzw. sich in der Politik zu engagieren, lassen sich in der vorliegenden Studie nicht bestätigen.

Die Art und Weise, wie Jugendliche die Sphäre der Politik verstehen, ist individuell und kann nicht verallgemeinert werden. Jugendliche weisen ihren eigenen lebensweltlich zugeschnittenen Zugang zur Politik auf, ohne dass sie alles, was sie tun, auch als politisch verstehen. Für viele Jugendliche ist politisches Handeln die Aktivität von Parteien und PolitikerInnen (so wie für sie Demokratie durch das Wählen bestimmt ist). Dieses enge Verständnis von Politik steht mit der Umdefinition politischen Handelns als nicht politisch in Zusammenhang. Die Bereitschaft, für andere einzustehen, solidarisch zu sein, mit DirektorInnen und LehrerInnen Aspekte des Schulalltags auszuhandeln oder für eine NGO tätig zu sein, werden nicht immer mit politischem Handeln assoziiert, sondern mit einer gewissen selbstverständlichen Beiläufigkeit konnotiert. Es findet eine Trennung zwischen den Dingen, die PolitikerInnen und Parteien betreffen, und jenen, die zwar politisch sind, nicht aber als solche wahrgenommen werden, statt. Hier wird eine deutliche Verschiebung der Begrifflichkeit ersichtlich, die als eine Erklärung für eine geringe (partei)politische Politisierung der Jugendlichen herangezogen werden kann. Insofern ist das Interesse an politischer Aktivität und politischem Handeln als hoch zu bewerten, auch wenn es nicht immer als Interesse an Politik wahrgenommen wird.⁵

Neben dem großen Interesse an Politik lässt sich auch eine relativ hohe Zufriedenheit mit dem politischen System „Demokratie“ feststellen. Diese Zufriedenheit drückt sich auch über das Vertrauen in die politischen Institutionen dieser Republik aus. Hier sind es insbesondere die Sozialpartner, denen besonderes Vertrauen entgegengebracht wird. Bei der Vertrauensäußerung wird aber ein geringes Vertrauen in „die Parteien“ und „die PolitikerInnen“ sichtbar. Auch wenn eine derart generalisierte Vertrauenseinschätzung schwierig ist, so zeigt sich doch ein deutliches Maß an Unzufriedenheit, das durch die aktuelle Performance der politischen AkteurInnen erklärt werden kann.

Mittels der unterschiedlich erhobenen Daten kann eindeutig darauf verwiesen werden, dass junge Menschen sehr wohl zwischen dem Wert der Demokratie an sich und dem politischen System in seiner spezifischen Ausformung in Österreich als repräsentative Demokratie zu unterscheiden wissen. Allerdings wird auch

⁵ Allerdings soll an dieser Stelle darauf verwiesen werden, dass dies eine bestimmte Lesart ist. Politisches Verhalten wird auch oder gerade deswegen zu etwas Politischem, weil es als solches wahrgenommen, kommuniziert oder definiert wird.

deutlich, dass die jungen Menschen wenig über andere politische Systeme wissen.

Hier und insbesondere bei der untersuchten Altersgruppe zeigen sich damit die Effekte der politischen Sozialisation in Elternhaus, Freundesnetzwerken und Schule.⁶ Grundsätzlich nimmt die (wissensbasierte) Kritikfähigkeit mit sinkendem Bildungsniveau ab, was sich insbesondere darin äußert, dass die signifikanten Kennzeichen anderer Gesellschaftssysteme (Sozialismus) und anderer politischer Systeme (Diktaturen) nur vage beschrieben werden können.

2.2 Distanz oder Verdrossenheit?

Den letztgenannten Punkt aufgreifend, ergibt sich auch die als kritische Distanz bezeichnete PolitikerInnen- bzw. Parteienverdrossenheit.⁷ Wie bereits oben beschrieben, weisen Jugendliche einen anderen Zugang zur Politik auf, was auch damit zusammenhängt, dass das Vertrauen in die Politik und vor allem in die wichtigen Akteure, also den PolitikerInnen und Parteien, von der jeweils aktuellen Performanz und dem Auftreten der VertreterInnen geprägt ist.

Allerdings ist nicht nur dieses diffuse Misstrauen von Bedeutung. Vielmehr wird in der Nachwahlanalyse deutlich, dass die Jugendlichen sich von der Politik und den wahlwerbenden Parteien nicht wahrgenommen bzw. ernst genommen fühlen. So finden jene Themen, von denen die Jugendlichen besonders betroffen sind bzw. die sie besonders interessieren, kaum Widerhall in den politischen Diskussionen abseits und rund um die Wahlen. Themen wie Jugendarbeitslosigkeit, die Ausgestaltung des Bildungssystems, die Fragen von Studiengebühren und der Absicherung im Alter werden in der Regel selten unter einem jugendpolitischen Aspekt betrachtet oder gezielt mit Jugendlichen diskutiert. Der Nationalratswahlkampf 2008 war da keine Ausnahme. Diese Nichtwahrnehmung wird von den jungen WählerInnen in eine Linie mit der Beobachtung gebracht, dass PolitikerInnen leere Versprechungen abgeben und sich in ihren Haltungen dem jeweiligen Publikum anpassen.

Der Kampf um Wahrnehmung ist jedoch nicht nur durch thematische Ansprache zu gewinnen, sondern auch die Präsenz der oder des Spitzenkandidatin/en im direkten Umfeld von Jugendlichen (Stichwort natürliche Situation) kann dazu beitragen, dass bestimmte Parteien Aufmerksamkeit bei den JungwählerInnen erlangen. Teilweise lässt sich der Erfolg von FPÖ und BZÖ durch diese Strategie

⁶ Die inzwischen historischen Ereignisse rund um den Fall des Eisernen Vorhangs und die Vereinigung eines Großteils der Staaten in Europa zu einer Europäischen Union liegen offenbar so weit zurück, dass andere Systementwürfe wenig präsent sind.

⁷ Da der Begriff der Verdrossenheit einige semantische Unsicherheiten beinhaltet und wissenschaftlich umstritten ist, soll im Folgenden von kritischer Distanz die Rede sein.

erklären. Ausgehend von den für diese Studie vorliegenden Daten kann geschlussfolgert werden, dass der direkte Kontakt der Spitzenpolitiker dieser Parteien in allen Wählergruppen (unabhängig davon, ob sie diese Parteien nach eigenen Angaben gewählt haben) wahrgenommen wurde.

2.3 Wahlmotive und Präferenzen

Die quantitativ erhobenen Daten des Abstimmungsverhaltens der Jung- und ErstwählerInnen weisen eine ähnliche Beteiligungsrate für die gesamte Gruppe der WählerInnen auf. Es kann festgehalten werden, dass die Bereitschaft für eine Stimmenthaltung aus Protest in der Gruppe der befragten Jugendlichen niedrig ist. Daraus kann geschlossen werden, dass Nichtwählen eher auf Desinteresse und nicht auf Protest zurückzuführen ist.

Den Parteien werden durch die ErstwählerInnen mehr oder minder klare Profile zugeschrieben. Insbesondere die Parteien ÖVP und FPÖ konnten bei den Jungen einen Eindruck hinterlassen, letztere vor allem durch klare und einfache Forderungen bzw. Lösungen während des Wahlkampfes.

Sowohl aus den quantitativen, als auch aus den qualitativen Daten lässt sich dabei ablesen, dass die Jugendlichen wissen, wie sie die Parteien in einem möglichen Parteienspektrum von Links nach Rechts einordnen müssen. Allerdings fällt die Zuordnung bei FPÖ, BZÖ und auch ÖVP leichter, diese Parteien werden als nicht links beschrieben und gerade FPÖ und BZÖ werden explizit als rechte Parteien wahrgenommen und deswegen dann auch gewählt.⁸

An dieser Stelle muss darauf verwiesen werden, dass der Zuzug und die Rechte von Minderheiten und AusländerInnen viele Diskurse im Nationalratswahlkampf bestimmt haben und eine Gruppierung der Parteien nach Links-Rechts sich insbesondere nach dem Pro und Kontra in diesem Themenfeld darstellen lässt.

Auffällig ist jedoch, dass sich diese Debatte verselbständigt hat und die Jugendlichen sich mit diesen Argumenten nicht von einer sicheren Basis aus beschäftigen. Gerade für die Jung- und ErstwählerInnen ist dieser „gesellschaftliche Rechtsruck“ insofern auch als normal zu bezeichnen, da FPÖ und BZÖ als ehemalige Regierungsparteien in den Köpfen von Jung- und ErstwählerInnen präsent sind. Es geht also nicht um eine grundsätzlich neuartige Migrationsskepsis. Die Haltung von FPÖ und BZÖ wird zumindest in den Tiefeninterviews von den WählerInnen anderer Parteien deutlich abgelehnt.

⁸ Mit dem Begriff Rechts muss in diesem Zusammenhang jedoch vorsichtig umgegangen werden, denn Rechts bedeutet eine Werthaltung, die nicht unbedingt auch demokratiefeindliche und autokratische Komponenten mit einschließt.

Es wird auch ersichtlich, dass die ÖVP, besonders in den nichtstädtischen Gebieten, Wahlerfolge für sich verbuchen kann. Neben dem Wahlergebnis sind insbesondere die Wahlmotive von Jung- und ErstwählerInnen von Interesse.

Im Gegensatz dazu wird den Grünen eine Pro-Migration- Position zugewiesen. Insgesamt werden die Grünen, aber auch die SPÖ, als eher profillos wahrgenommen und als Links bezeichnet, weil sie andere Ansätze als die drei oben genannten Parteien aufweisen. Letztlich wird, dies zeigt vor allem die qualitative Erhebung, Rechts als Referenzpunkt für Links definiert, die Selbstzuordnung der WählerInnen auf der politischen Skala konzentriert sich dabei um die Mitte.

Das Thema Integration und Zuwanderung nimmt generell einen großen Raum in der Gruppe der Wahlmotive ein. Obwohl von den Jugendlichen verschiedene Themen als wichtig und zentral für ihren Ideenhorizont angegeben und hier insbesondere Beschäftigung und (Aus)Bildung genannt werden, werden diese Themen im Wahlkampf von der Debatte um Zuwanderung überlagert. In diesem Bereich spaltet sich auch die Wählerschaft, die aber insgesamt einen Mangel an direkter thematischer Ansprache beklagt.

Insgesamt kann eine gewisse Tendenz der passiven Informationsaufnahme angenommen werden. Die Fernsehdebatten werden verfolgt, Wahlprogramme durchgeblättert oder die Zeitung der Eltern auch gelesen. Aktives Informationsverhalten ist eher weniger vorhanden, wobei das subjektive Gefühl des zuwenig Informiert-Seins recht groß und verbreitet ist.

In diesem Zusammenhang wird von den jugendlichen Befragten auf die Schule hingewiesen. Sowohl in den Daten der Befragung, als auch in den qualitativen Interviews, finden sich Bezüge zu Diskussionen und Projekten in der Schule, die sich mit dem Thema Wahlen, dem gesteigerten Interesse an der Wahl und der begleitenden innenpolitischen Berichterstattung beschäftigen. Diskussionen in der Schule sind statistisch relevant für die Teilnahme an einer Wahl. Darüber hinaus wünschen sich die Jugendlichen, dass sie in der Schule mehr über die Parteien und deren Programme aufgeklärt werden. Sie weisen diese Kompetenz der Schule zu, weil sie die Schule als den Ort der Vermittlung von objektiven Informationen wahrnehmen.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass sich die Jugendlichen eine verstärkte Diskussion in der Schule und im Unterricht, sowie auch im Rahmen der Schule mit PolitikerInnen wünschen, um an relevante Informationen zu gelangen. Aus dem subjektiv empfundenen Gefühl des „zu wenig informiert Seins“ sollte allerdings kein Rückschluss auf unreife Wahlentscheidungen getroffen werden. Vielmehr kann daraus der Wille abgelesen werden, dass die befragten Erst- und

JungwählerInnen mehr über die Politik und die Institutionen abseits von ideologisch oder parteipolitisch geprägten Diskussionen erfahren wollen.

2.4 Europa

Die anstehenden Europawahlen sind den Jugendlichen im Bewusstsein und sie wissen, dass sie im Juni das Europaparlament wählen dürfen.

Die Vereinigung Europas zu einer Union ist für einen Großteil der hier untersuchten jungen Menschen Normalität. Es sind jene Aspekte, wie Frieden und Sicherheit, sowie Reisefreiheit und Mobilität, die am besten zu ihrer Lebenswelt passen. Eine positive Einstellung hängt aber nicht zuletzt vom Bildungsniveau ab. Schlechter gebildete Menschen sind eher skeptisch gegenüber der Europäischen Union eingestellt.

Insgesamt wird Österreich aber nur eine geringe Rolle in Europa zugewiesen, weil Österreich zu klein sei. Daraus ergibt sich auch eine Argumentation der Hilflosigkeit bezüglich der Beschlüsse der Europäischen Union. Insofern wird die Administration in Brüssel als überflüssig und zu weit weg bezeichnet. In diesem Sinne wird auch gerade der Hoheit Österreichs eine besondere Schutzbedürftigkeit gegenüber der EU zugewiesen. Dies drückt sich vor allem in Diskussionen rund um die kulturelle Identität Österreichs aus, die als durch die EU bedroht auch bei Jugendlichen wahrgenommen wird.

Insgesamt fühlen sich die jungen Menschen aber zu wenig über die Europäische Union informiert und wollen mehr über sie wissen.

2.5 Abschließende Bemerkungen

Die Jung- und ErstwählerInnen zeigen insgesamt ein ausgesprochenes Interesse an Politik und haben sich auch mit der Nationalratswahl 2008 auseinandergesetzt. Ihr Wunsch nach mehr Information ist ein Indiz dafür, dass sie sich sehr wohl mit der Politik und der politischen Situation in Österreich beschäftigen wollen. Dies geschieht vor dem Hintergrund weitverbreiteter, unsicherer Zukunftserwartungen und gleichzeitiger Hoffnung, dass die Politik Lösungen formulieren kann und wird.

Der als solcher bezeichnete „Rechtsruck“ in der Gruppe der Jung- und ErstwählerInnen kann mit der vorliegenden Studie nicht bestätigt werden. Die Jugendlichen haben nicht grundsätzlich anders gewählt als andere Altersgruppen. Allerdings ist, insbesondere in der Gruppe der bereits berufstätigen oder sich in

einer Lehre befindlichen Jugendlichen, der Anteil der FPÖ-WählerInnen deutlich höher als im Durchschnitt des Wahlergebnisses.

Wichtig ist aber, dass ein Großteil der Jugendlichen die FPÖ und das BZÖ insofern als normal wahrnimmt, als dass diese Parteien an der Regierung beteiligt gewesen sind und so einen gesellschaftlichen Diskurs anregen konnten, der insgesamt und in der Mehrheitsbevölkerung relativ unwidersprochen bleibt. Insbesondere den anderen Parteien wird eine fehlende Profilschärfe zugeschrieben. Ausgehend von dieser Beobachtung kann zudem hinterfragt werden, ob die Bezeichnungen Rechts und Links für die Parteienlandschaft noch zutreffend sind, wo sich alles in der Mitte drängt und die Positionen von Rechts den politischen Mainstream mehr oder minder bestimmen.

Insgesamt muss für eine differenzierte Betrachtung des Wahlverhaltens die Unterscheidung in SchülerInnen und Berufstätige getroffen werden, da sich diese beiden Gruppen in den grundsätzlichen Werthaltungen, dem politischen Interesse und dem Verhalten signifikant unterscheiden.

Die Rolle der Schule sollte zumindest aus der Sicht der SchülerInnen nicht unterschätzt werden. Für sie ist die Schule ein wichtiger Ankerpunkt in der individuellen Auseinandersetzung mit Politik, sowie mit politischen Inhalten und Konzepten. Die Mehrheit der Jugendlichen ist sehr an Politik interessiert und sucht die Auseinandersetzung mit Politik auf dem „neutralen“ Boden der Schule.

Dennoch wird in der vorliegenden Studie die relative Unwissenheit der jungen Menschen in Bezug auf grundlegende Begriffe und Kernkonzepte politischer Systeme und Gesellschaftsentwürfe thematisiert. Die „Kritikfähigkeit“ oder kritische Substanz kann durch politische Sozialisation im Eltern- oder Freundeskreis, oder durch politische Bildung in der Schule und Berufsschule geschaffen werden. Das grundsätzliche Interesse an Politik und die positiven Einstellungen bezüglich der Demokratie, der wichtigen Institutionen in Österreich und auch hinsichtlich der Thematik Europa, könnten einer solchen vertieften Auseinandersetzung zuträglich sein.

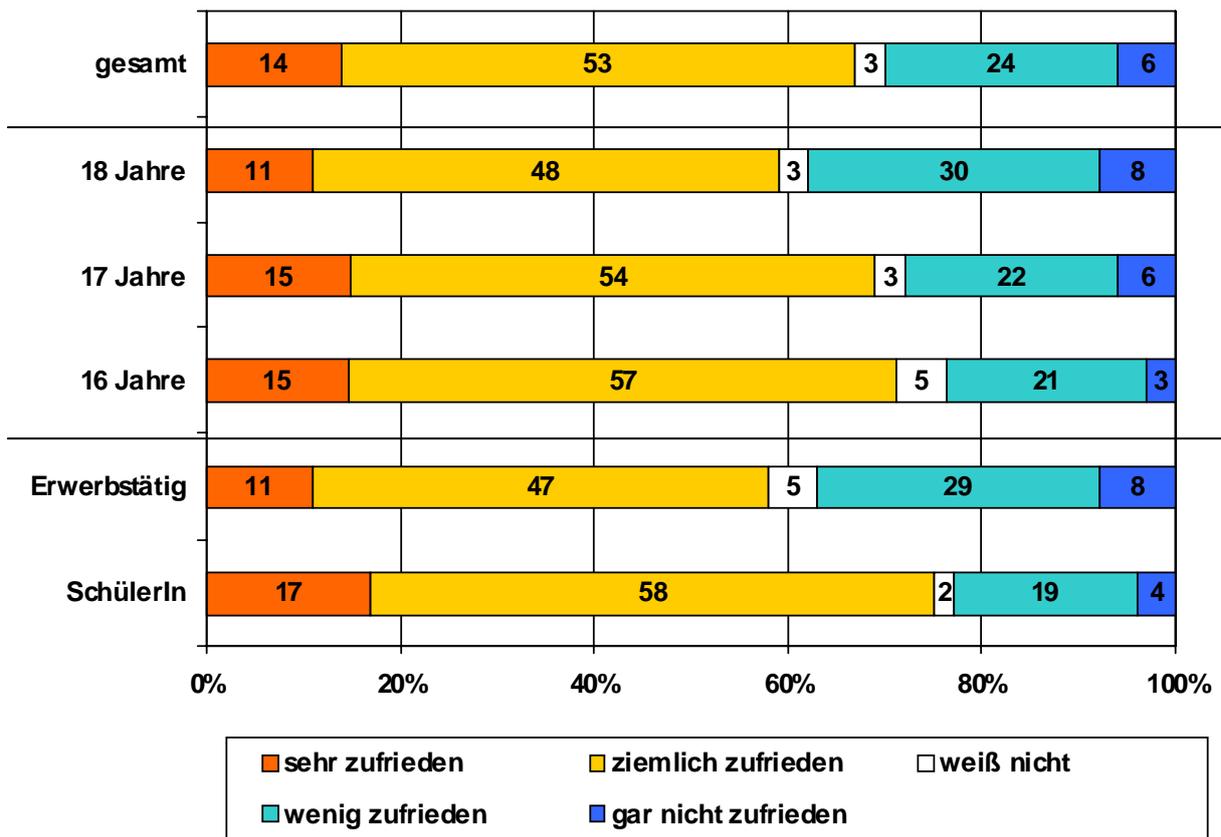
3 Befragung – SORA Institute for Social Research and Analysis

3.1 Demokratie – Einstellungen und Werthaltungen

3.1.1 Zufriedenheit mit der Demokratie

Im Hinblick auf die Zufriedenheit mit der Demokratie in Österreich zeigt die folgende Abbildung 2, dass 14% der befragten Jugendlichen sehr und 53% ziemlich zufrieden sind. Weitere 24% sind mit der Demokratie in Österreich wenig zufrieden und 6% geben an, gar nicht zufrieden zu sein. Vom im Zuge der Wahlaltersenkung immer wieder formulierten Vorurteil, junge Menschen interessieren sich generell nicht für Politik, kann also nicht die Rede sein.

Abbildung 2: Zufriedenheit mit der Demokratie in Österreich⁹



Ein signifikanter Unterschied zeigt sich dahingehend, dass SchülerInnen mit der Demokratie in Österreich deutlich zufriedener sind als erwerbstätige Jugendliche.

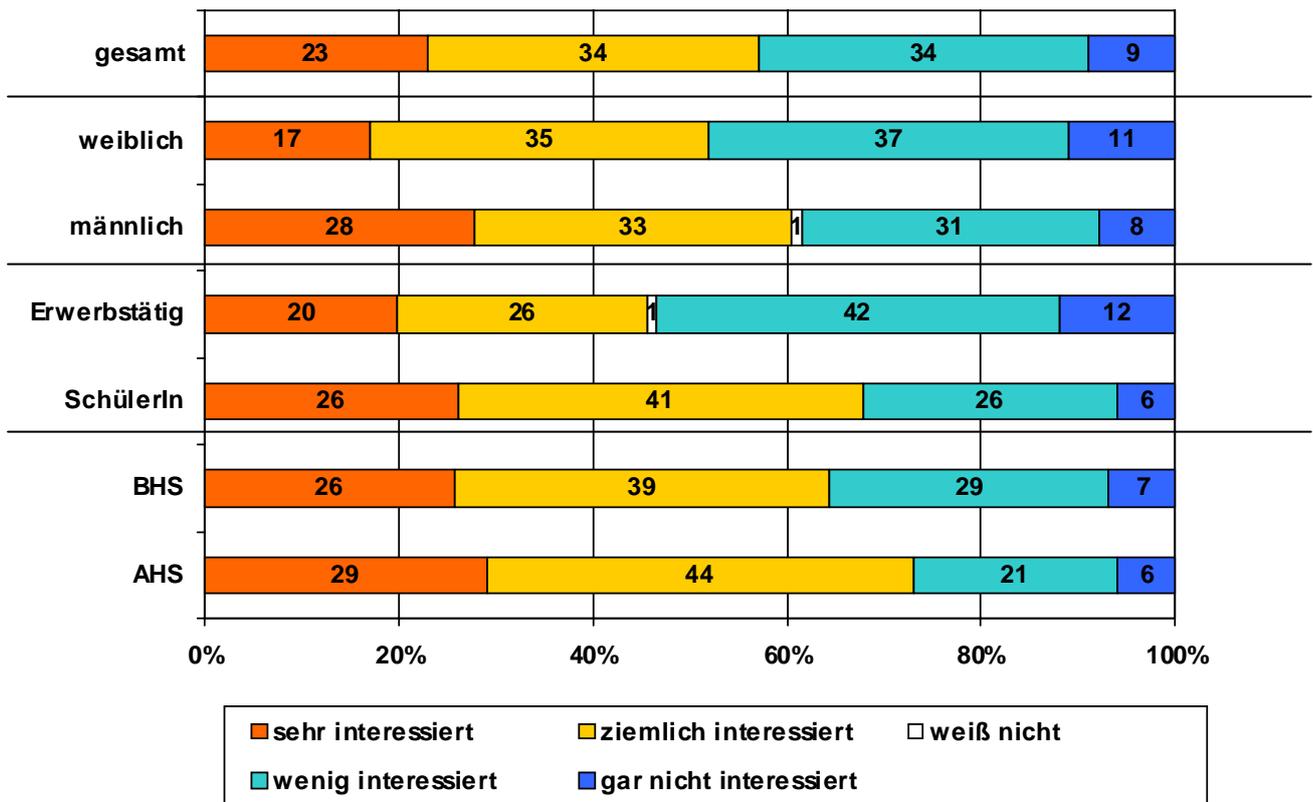
⁹ Fragestellung: Sind Sie mit der Demokratie in Österreich sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zufrieden?

Außerdem sind 16- und 17-Jährige mit der Demokratie in Österreich signifikant zufriedener als 18-Jährige.

3.1.2 Interesse an Politik und Information über politische Themen

Von der Gesamtheit der Befragten geben 23% an, dass sie sehr an Politik interessiert sind, 34% sind dies ziemlich, 34% wenig und 9% gar nicht (Abbildung 3).

Abbildung 3: Interesse an Politik¹⁰



3.2

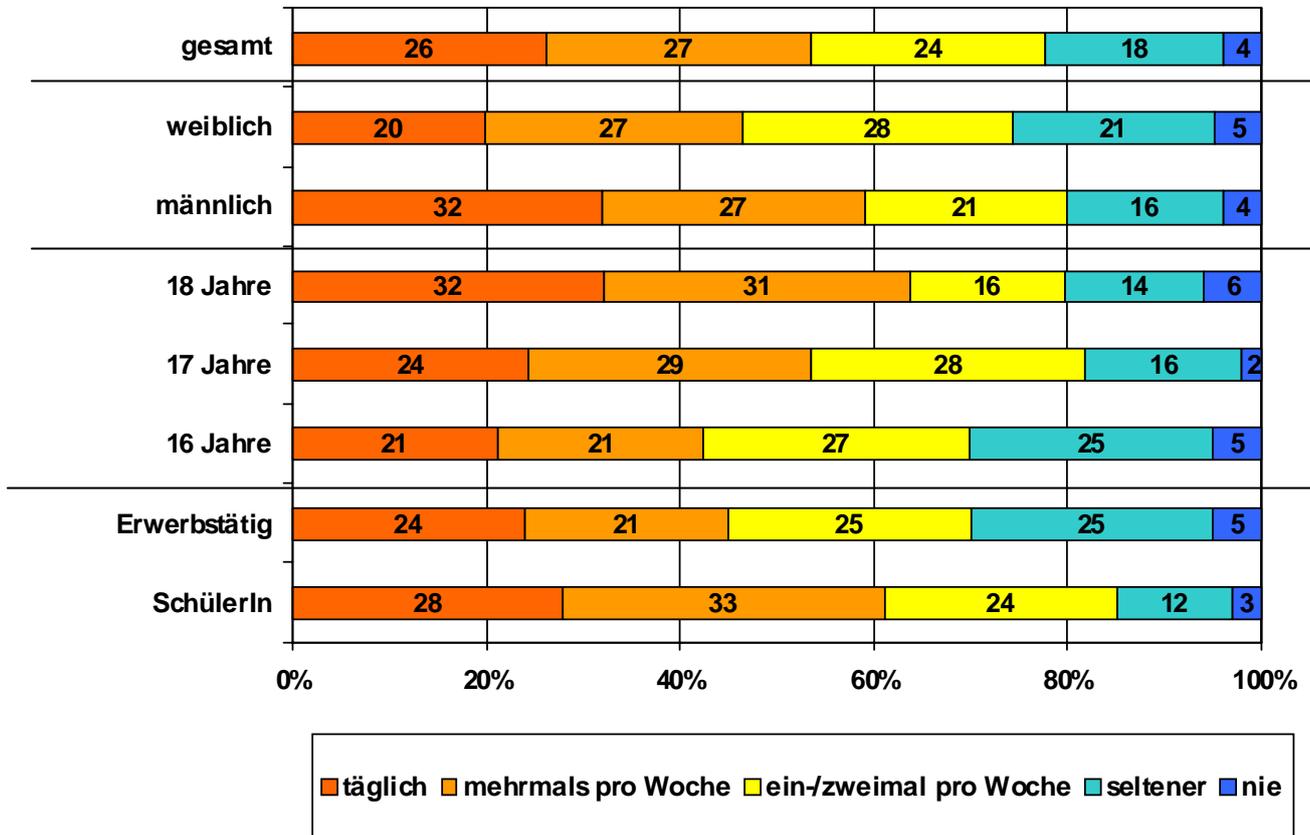
Die Ergebnisse zeigen außerdem, dass männliche Befragte ein signifikant höheres Interesse an Politik äußern als weibliche Befragte – wie dies auch in bevölkerungsrepräsentativen Umfragen üblicherweise der Fall ist – und dass SchülerInnen ein signifikant höheres Politikinteresse angeben als Erwerbstätige. Innerhalb der SchülerInnen gibt es einen signifikanten Unterschied dahingehend, dass AHS-SchülerInnen ein höheres Interesse an Politik angeben als BHS-SchülerInnen.

Insgesamt verfolgen 26% der Befragten täglich politische Themen im Fernsehen, im Radio oder in Tageszeitungen, 27% geben selbiges mehrmals pro Woche an,

¹⁰ Fragestellung: Sind Sie an Politik sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht interessiert?

24% ein- oder zweimal pro Woche, 18% seltener und 4% nie (Abbildung 4). Anders ausgedrückt: Fast vier von fünf jungen Menschen informieren sich mindestens einmal in der Woche über Politik oder politische Themen.

Abbildung 4: Häufigkeit der Verfolgung von politischen Themen¹¹



Die Abbildung 4 zeigt außerdem jene Gruppenunterschiede, die als signifikant identifiziert werden konnten. So geben also männliche Befragte signifikant häufiger als weibliche Befragte an, politische Themen zu verfolgen, 17-Jährige und 18-Jährige verfolgen politische Themen häufiger als 16-Jährige und SchülerInnen verfolgen sie wiederum häufiger als Erwerbstätige.

Mit 41% ist das Fernsehen jenes Medium, das im Hinblick auf die Frage nach der Hauptinformationsquelle für politische Ereignisse am häufigsten genannt wird. 37% der Befragten nennen in diesem Zusammenhang Zeitungen, 11% das Radio und 10% das Internet. Die Unterscheidung zwischen passiven (Fernsehen, Radio) und aktiven Informationsquellen (Zeitungen, Internet) wird interessant, wenn sie in Zusammenhang mit dem Politikinteresse gebracht wird. So kann gezeigt werden, dass zwei Drittel der sehr an Politik interessierten Jugendlichen

¹¹ Fragestellung: Wie oft verfolgen Sie politische Themen im Fernsehen, im Radio oder in Tageszeitungen: täglich, mehrmals pro Woche, ein- oder zweimal pro Woche, seltener, oder nie?

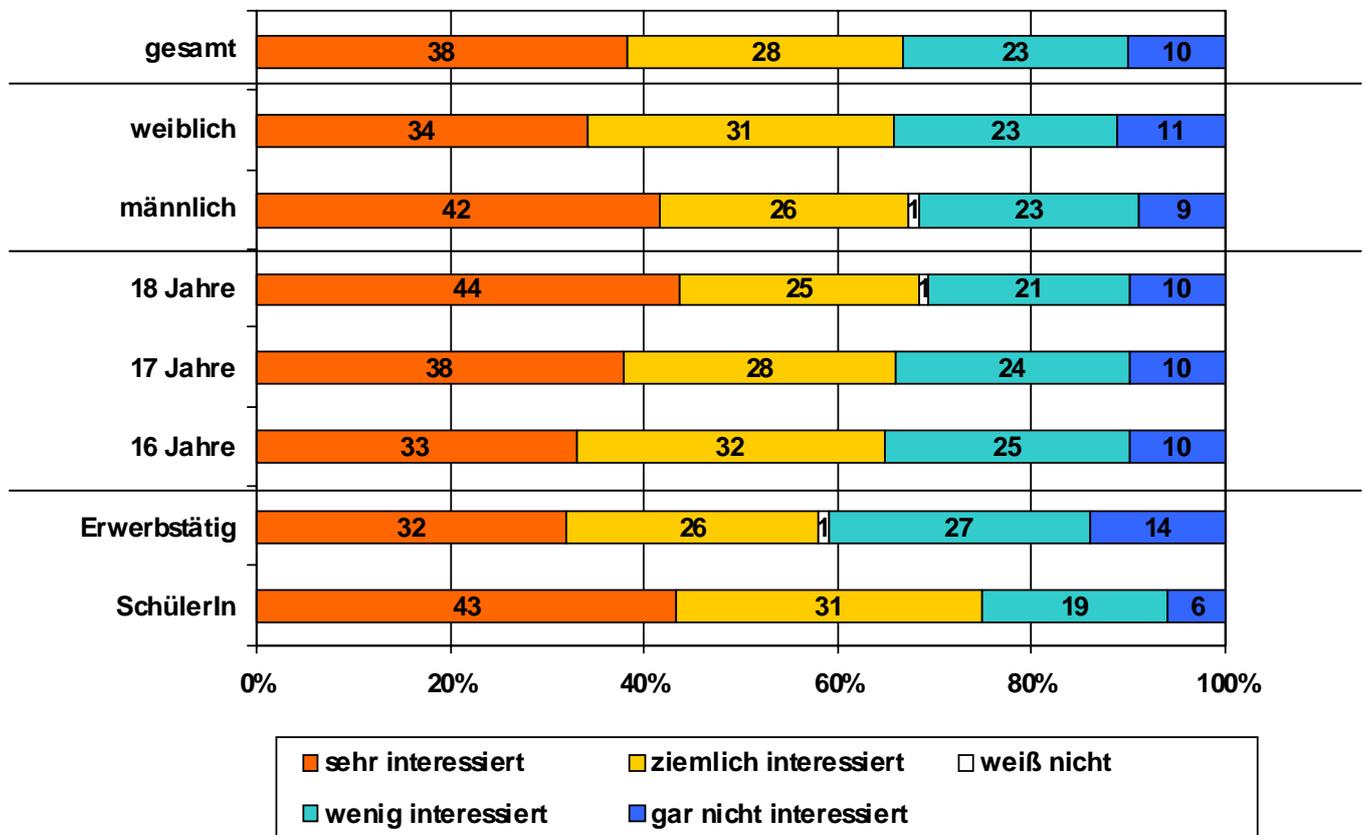
hauptsächlich aktive Informationsquellen nutzen, während mehr als die Hälfte der wenig und beinahe zwei Drittel der gar nicht interessierten Jugendlichen passive Informationsquellen bevorzugen.

Tabelle 1: Zusammenhang zwischen Politikinteresse und passiven bzw. aktiven Informationsquellen (in%)

	TV	Radio	Zeitung	Internet	keine	gesamt
sehr interessiert	29	6	48	17		100
ziemlich interessiert	44	15	33	8		100
wenig interessiert	46	9	35	9	2	100
gar nicht interessiert	46	16	32	3	3	100
gesamt	41	11	37	10	1	100

Am Nationalratswahlkampf 2008 zeigten sich insgesamt 38% der befragten Jugendlichen sehr interessiert, 28% geben an, ziemlich interessiert gewesen zu sein, 23% waren ein wenig und 10% gar nicht interessiert (Abbildung 5).

Abbildung 5: Interesse am NR-Wahlkampf 2008¹²

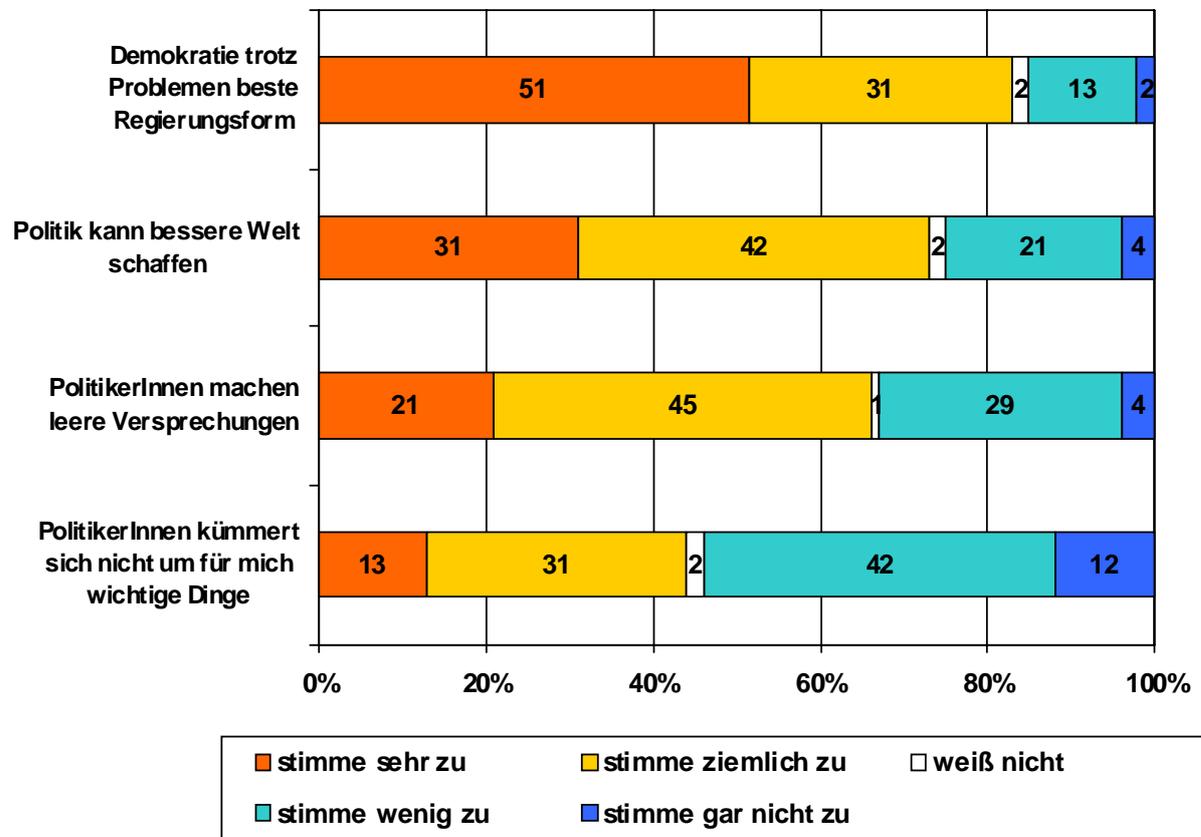


¹² Fragestellung: Wenn Sie jetzt einmal an die Zeit unmittelbar vor den Nationalratswahlen im September zurückdenken. Waren Sie sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht am Wahlkampf interessiert?

Im Hinblick auf signifikante Gruppenunterschiede zeigen die Ergebnisse, dass männliche Befragte ein höheres Interesse am Wahlkampf angeben als weibliche Befragte. Auch das ist ein Befund, der für die Gesamtbevölkerung getroffen werden kann: Hier gibt es einen deutlichen Gender-Gap im Antwortverhalten, der vermutlich nur zum Teil auf ein tatsächlich unterschiedliches Informationsverhalten zurückzuführen ist, zum anderen Teil auf geschlechtsspezifische Antwortmuster. Weiters nennen SchülerInnen ein höheres Interesse als Erwerbstätige und 18-Jährige geben ein höheres Interesse am Wahlkampf an als 16-Jährige. Im Unterschied zum politischen Interesse allgemein fällt auf, dass hier auch das Alter ein entscheidender Einflussfaktor ist. Die gerade erst wahlberechtigten 16-Jährigen scheinen hier von den vorgezogenen Neuwahlen mehr „überrascht“ worden zu sein als die 17- und 18-Jährigen.

3.3 Distanz und Verdrossenheit - Einstellung gegenüber Politik und PolitikerInnen

Die in der folgenden Abbildung 6 dargestellten Einstellungen gegenüber Politik und PolitikerInnen zeigen, dass mit 82% die überwältigende Mehrheit der befragten Jugendlichen die Ansicht vertritt, dass die Demokratie zwar auch Probleme mit sich bringt, sie aber dennoch besser als alle anderen Regierungsformen ist. Diese generelle Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform ist somit deutlicher ausgeprägt als die Zufriedenheit damit, wie die Demokratie derzeit in Österreich gelebt wird. Dementsprechend kritischer betrachten die Jugendlichen die PolitikerInnen selbst: zwei Drittel der Befragten stimmen der Aussage zu, dass PolitikerInnen nur leere Versprechungen machen. Die Politik schneidet in den Augen der Jugendlichen auch dann nicht besonders ab, wenn es um ihre eigenen Interessen und Belange geht. So sind 44% der Ansicht, dass sich die Politik nicht um für sie wichtige Dinge kümmert. Dennoch vertreten beinahe drei Viertel der Befragten (73%) die Auffassung, dass Politik eine bessere Welt schaffen kann. Man kann also nicht von einer Politikverdrossenheit der jungen Menschen sprechen, wohl aber von einer PolitikerInnen-Verdrossenheit.

Abbildung 6: Einstellungen gegenüber Politik und PolitikerInnen¹³

Geschlechtsunterschiede zeigen sich dahingehend, dass Männer signifikant häufiger als Frauen die Ansicht vertreten, dass Politik ein Weg ist, um eine bessere Welt zu schaffen (36% stimme sehr zu im Vergleich zu 27%).

Auch SchülerInnen unterscheiden sich in ihren Einstellungen zur Politik von Erwerbstätigen: Sie stimmen den beiden positiven Aussagen signifikant häufiger zu als Erwerbstätige („Die Demokratie mag Probleme mit sich bringen, aber sie ist besser als jede andere Regierungsform“ - 62% stimme sehr zu im Vergleich zu 41% und „Politik ist ein Weg, um eine bessere Welt zu schaffen“ - 34% stimme sehr zu im Vergleich zu 30%). Auf der anderen Seite stimmen Erwerbstätige den beiden negativen Aussagen signifikant häufiger zu als SchülerInnen („PolitikerInnen kümmern sich nicht um Dinge, die für Menschen wie mich wichtig sind“ - 20% stimme sehr zu im Vergleich zu 3% und „PolitikerInnen machen nur leere Versprechungen“ - 27% stimme sehr zu im Vergleich zu 17%).

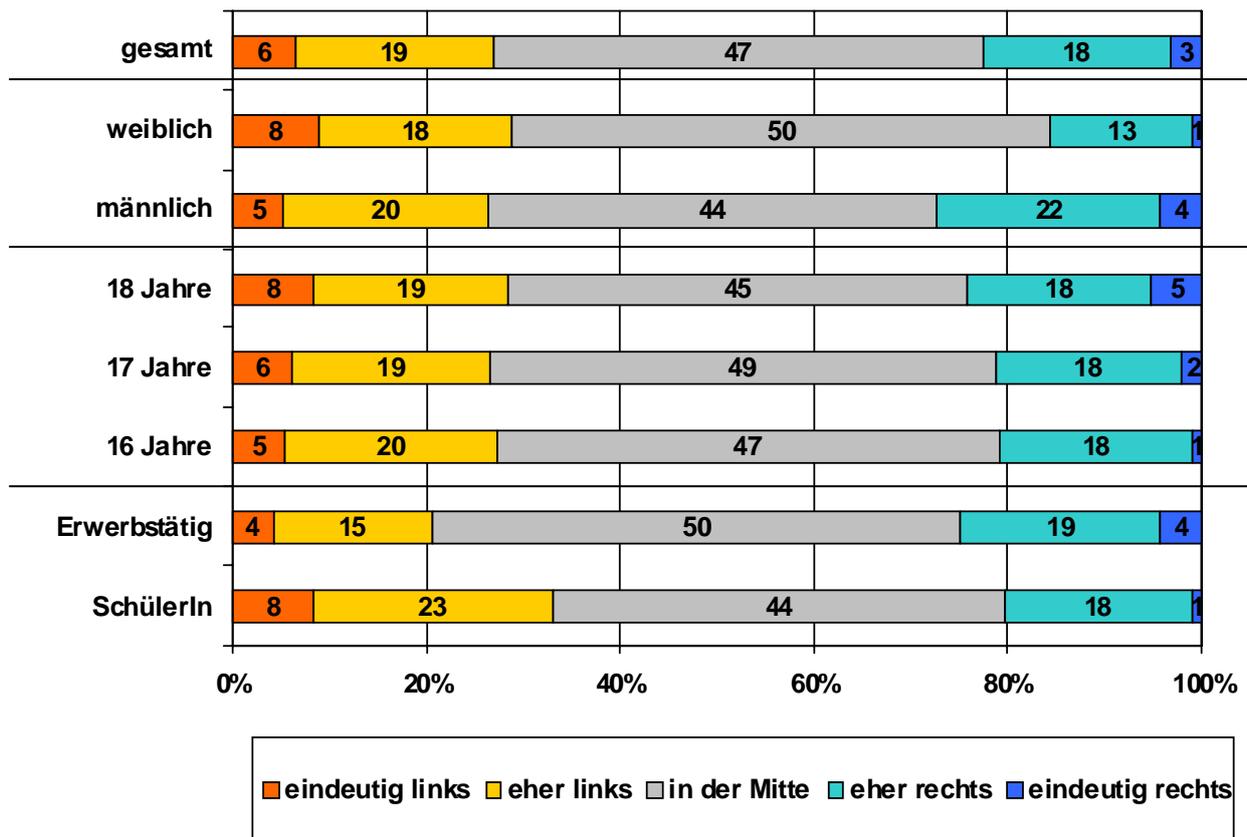
¹³ Fragestellung: Stimmen Sie folgenden Aussagen über Politik und Politiker sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?

Schließlich hat auch noch das Alter einen Einfluss auf die Einstellungen zu Politik und PolitikerInnen. 18-Jährige unterscheiden sich von 17-Jährigen dahingehend, dass sie signifikant häufiger der Ansicht sind, dass sich PolitikerInnen nicht um Dinge kümmern, die für Menschen wie sie wichtig sind (17% stimme sehr zu im Vergleich zu 11%). Im Vergleich zu den 16-Jährigen geben 18-Jährige signifikant häufiger an, dass PolitikerInnen nur leere Versprechungen machen (28% stimme sehr zu im Vergleich zu 16%).

3.3.1 Selbsteinstufung zwischen Links und Rechts

Auf dem Kontinuum der politischen Ideologie von Links bis Rechts stufen sich 6% der befragten Jugendlichen als eindeutig Links und 3% als eindeutig Rechts ein. Weitere 19% bezeichnen sich als eher Links, 18% als eher Rechts und mit 47% reiht sich fast die Hälfte der Jugendlichen in der Mitte des Spektrums ein. Es gibt also keinen Trend nach Links oder Rechts.

Abbildung 7: Einstufung zwischen Links und Rechts¹⁴



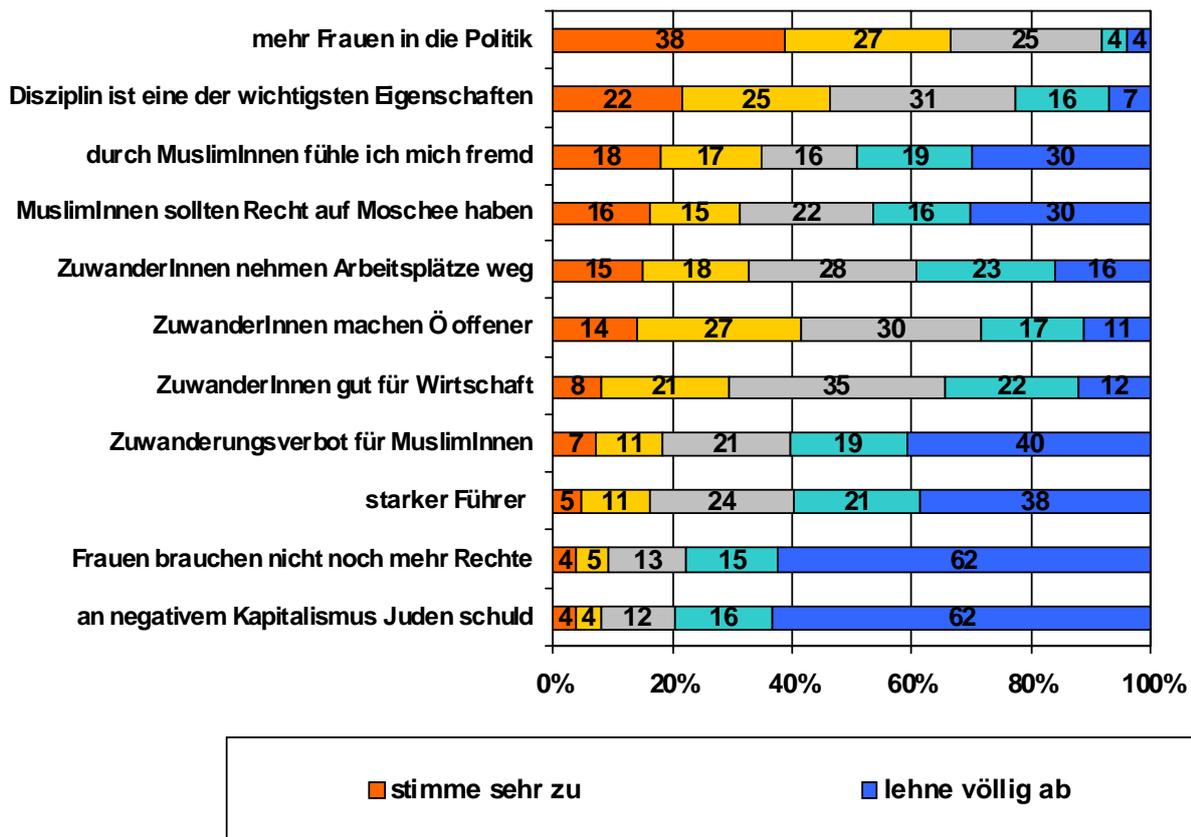
¹⁴ Fragestellung: Man spricht bei politischen Richtungen und Ideologien von „links“ und „rechts“. A) Wo würden Sie sich persönlich in diesem Sinne einstufen?

Die Ergebnisse zeigen außerdem, dass sich weibliche Befragte signifikant linker einstufen als männliche Befragte und ebenso reihen sich SchülerInnen signifikant weiter links ein als Erwerbstätige.

3.3.2 Gesellschaftspolitische Einstellungen

Die folgende Abbildung 8 zeigt, dass aus dem Spektrum der abgefragten gesellschaftspolitischen Aussagen die Ansicht „Es sollten mehr Frauen in die Politik“ die höchste Zustimmung unter den Jugendlichen findet, gefolgt von „zu den wichtigsten Eigenschaften im Leben gehören Disziplin und Ordnung“ und „ZuwanderInnen machen Österreich offener für neue Ideen und andere Kulturen“. Die höchsten Ablehnungen finden sich gegenüber den Forderungen nach einem Zuwanderungsverbot für MuslimInnen und einem starken Führer, sowie gegenüber der Aussage, dass Frauen keinen Grund haben, noch mehr Rechte zu verlangen und gegenüber der antisemitischen Einstellung.

Abbildung 8: Gesellschaftspolitische Einstellungen¹⁵



¹⁵ Fragestellung: Ich lese Ihnen nun unterschiedliche Aussagen vor, die man immer wieder hört. Bitte sagen Sie mir anhand einer Skala von 1 bis 5, wie sehr Sie diesen Aussagen zustimmen.

Das Ergebnis der für diese Einstellungen berechneten Faktorenanalyse¹⁶ ist in Tabelle 2 dargestellt. Der erste Faktor umfasst dabei sämtliche Einstellungen zur Zuwanderung, der zweite Faktor beinhaltet die autoritaristischen Einstellungen und der dritte Faktor jene zur Gleichberechtigung. Die Frage zu Antisemitismus konnte statistisch keinem der drei Faktoren eindeutig zugeordnet werden und wurde aus diesem Grund nicht in die Bündelung mit aufgenommen.

Tabelle 2: Faktorenanalyse der gesellschaftspolitischen Einstellungen

Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3
ZuwanderInnen machen Österreich offener für neue Ideen und andere Kulturen.	Zu den wichtigsten Eigenschaften im Leben gehören Disziplin und Gehorsam.	Die Frauen haben keinen Grund, noch mehr Rechte zu verlangen.
ZuwanderInnen sind im Allgemeinen gut für die österreichische Wirtschaft.	Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um ein Parlament und Wahlen kümmern muss.	Es sollte mehr Frauen in der Politik geben.
MuslimInnen sollten das Recht haben, Moscheen zu bauen.		
ZuwanderInnen nehmen Menschen, die in Österreich geboren sind, Arbeitsplätze weg.		
Durch die vielen MuslimInnen hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.		
MuslimInnen sollte die Zuwanderung nach Österreich untersagt werden.		
Zuwanderung	Autoritarismus	Gleichstellung von Frauen

Auch diese Einstellungen wurden wiederum auf mögliche Gruppenunterschiede hin untersucht. So unterscheiden sich männliche Befragte von weiblichen Befragten signifikant dahingehend, dass sie die beiden Einstellungen „Zu den wichtigsten Eigenschaften im Leben gehören Disziplin und Gehorsam“ und „ZuwanderInnen nehmen Menschen, die in Österreich geboren sind, die

¹⁶ Die Faktorenanalyse ist ein statistisches Verfahren mit dem es möglich ist, eine Variablenliste so zu bündeln, dass jedes Bündel (Faktor) die Variablen enthält, die sich in den Daten als zusammengehörig herausgestellt haben. Die Namen der Faktoren stellen in der Folge Oberbegriffe dar, die die jeweiligen Variablen unter sich vereinen und die als solche zwar nicht empirisch erfasst wurden, jedoch einen wichtigen Erkenntnisgewinn dahingehend darstellen, dass sie die hinter den Variablen liegenden latenten Dimensionen offenlegen.

Arbeitsplätze weg“ stärker vertreten. Auf der anderen Seite sind weibliche Befragte in signifikant höherem Ausmaß als männliche Befragte der Ansicht, dass es mehr Frauen in der Politik geben sollte.

Tabelle 3: Einstellungsunterschiede zwischen den Geschlechtern

Einstellung	stimme sehr zu		Faktor
	männlich	weiblich	
Zu den wichtigsten Eigenschaften im Leben gehören Disziplin und Gehorsam.	26%	18%	Autoritarismus
ZuwanderInnen nehmen Menschen, die in Österreich geboren sind, Arbeitsplätze weg.	18%	12%	Zuwanderung
Es sollte mehr Frauen in der Politik geben.	52%	25%	Gleichstellung von Frauen

Auch Erwerbstätige unterscheiden sich von SchülerInnen signifikant im Hinblick darauf, dass sie stärkere autoritaristische und stärkere xenophobe Einstellungen äußern. Auf der anderen Seite vertreten die SchülerInnen im Vergleich zu den Erwerbstätigen signifikant stärker positive Einstellungen im Bezug auf Zuwanderung und die Gleichstellung von Frauen (Tabelle 4).

Letztendlich hat auch noch das Alter einen Einfluss auf die Einstellungen zu Zuwanderung. So vertreten 18-Jährige in signifikant höherem Ausmaß die Auffassung, dass ZuwanderInnen Österreich offener für neue Ideen und andere Kulturen macht als jüngere Befragte (22% stimme sehr zu im Vergleich zu 12% bei den 17-Jährigen und 10% bei den 16-Jährigen). Auf der anderen Seite wird das Gefühl, sich aufgrund der vielen MuslimInnen fremd im eigenen Land zu fühlen und die Forderung nach einem Zuwanderungsverbot für MuslimInnen bei den 16- und 17-Jährige signifikant weniger abgelehnt als bei den 18-Jährigen (28% und 25% lehne völlig ab im Vergleich zu 38%, sowie 35% und 36% lehne völlig ab im Vergleich zu 52%). Die älteren Jugendlichen haben also schon ausgeprägtere Einstellungen, bei Ihnen polarisiert das Thema offensichtlich mehr als bei den Jüngeren.

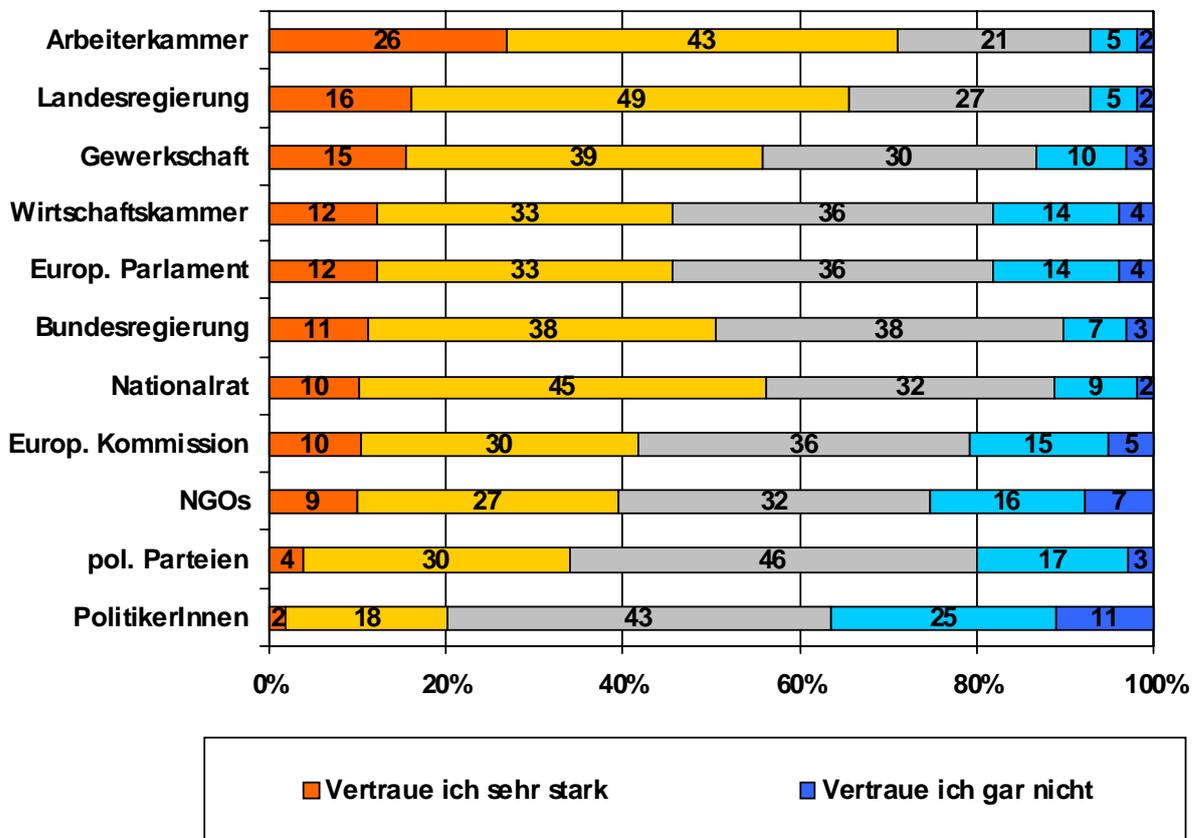
Tabelle 4: Einstellungsunterschiede zwischen SchülerInnen und Erwerbstätigen

Einstellung	stimme sehr zu / lehne stark ab		Faktor
	Erwerbstätig	SchülerInnen	
Zu den wichtigsten Eigenschaften im Leben gehören Disziplin und Gehorsam.	31% stimme sehr zu	13% stimme sehr zu	Autoritarismus
Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um ein Parlament und Wahlen kümmern muss.	28% lehne stark ab	48% lehne stark ab	Autoritarismus
ZuwanderInnen nehmen Menschen, die in Österreich geboren sind, Arbeitsplätze weg.	22% stimme sehr zu	9% stimme sehr zu	Zuwanderung
Durch die vielen MuslimInnen hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	23% stimme sehr zu	13% stimme sehr zu	Zuwanderung
MuslimInnen sollte die Zuwanderung nach Österreich untersagt werden.	12% stimme sehr zu	4% stimme sehr zu	Zuwanderung
ZuwanderInnen machen Österreich offener für neue Ideen und andere Kulturen.	35% stimme ziemlich bis sehr zu	46% stimme ziemlich bis sehr zu	Zuwanderung
ZuwanderInnen sind im Allgemeinen gut für die österr. Wirtschaft.	23% stimme ziemlich bis sehr zu	37% stimme ziemlich bis sehr zu	Zuwanderung
MuslimInnen sollten das Recht haben, Moscheen zu bauen.	27% stimme ziemlich bis sehr zu	35% stimme ziemlich bis sehr zu	Zuwanderung
Es sollte mehr Frauen in der Politik geben.	33% stimme sehr zu	42% stimme sehr zu	Gleichstellung von Frauen

3.3.3 Vertrauen in Institutionen

Wie die folgende Abbildung 9 zeigt, genießt bei den befragten Jugendlichen die Arbeiterkammer das größte Vertrauen (69% vertrauen ihr ziemlich bis sehr stark), gefolgt von den Landesregierungen (65% ziemlich bis sehr stark), dem Nationalrat (55% ziemlich bis sehr stark) und der Gewerkschaft (54% ziemlich bis sehr stark). Besonders geringes Vertrauen genießen dagegen die Europäische Kommission und die politischen Parteien (jeweils 20% vertraue ich wenig bis gar nicht), NGOs (23% wenig bis gar nicht) und an letzter Stelle stehen die PolitikerInnen (36% wenig bis gar nicht).

Abbildung 9: Vertrauen in Institutionen¹⁷



Im Hinblick auf Geschlechtsunterschiede kann gezeigt werden, dass männliche Befragte der Gewerkschaft signifikant mehr vertrauen als Frauen (21% vertraue ich sehr stark im Vergleich zu 9%). Ebenso vertrauen naturgemäß Erwerbstätige der Gewerkschaft mehr als SchülerInnen (22% vertraue ich sehr stark im Vergleich zu 9%).

¹⁷ Fragestellung: Ich werde Ihnen nun verschiedene Institutionen und Organisationen wie die Regierung und die Europäische Kommission nennen. Sagen Sie mir bitte anhand einer Skala von 1 bis 5, in welchem Ausmaß Sie jeder dieser Institutionen vertrauen. 1 bedeutet dabei „vertraue sehr stark“ und 5 „vertraue gar nicht“.

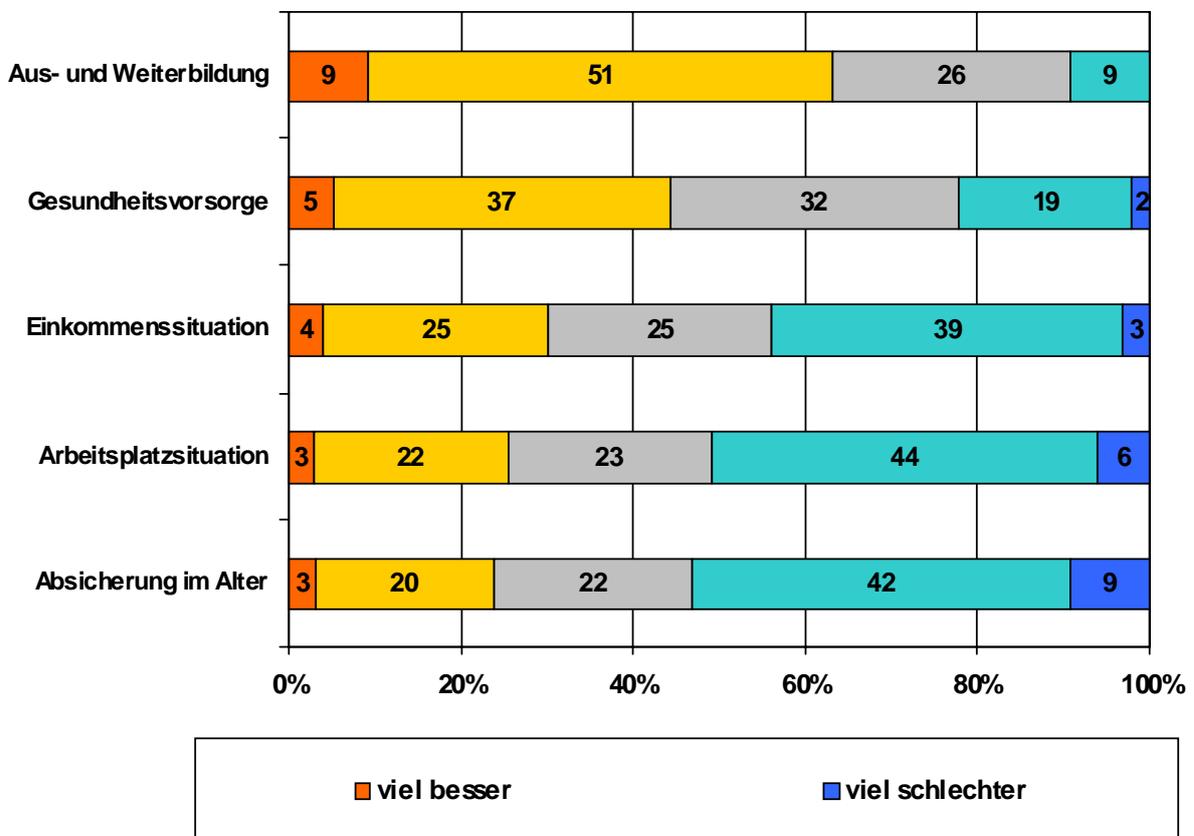
Ein Alterseffekt konnte grundsätzlich dahingehend identifiziert werden, dass 18-Jährige ein größeres Misstrauen äußern als 16-Jährige. So vertrauen z.B. 9% der 16-Jährigen den PolitikerInnen gar nicht, während es bei den 18-Jährigen bereits 17% sind.

3.3.4 Zukunftserwartungen

Im Grunde zeichnen die jungen WählerInnen ein eher pessimistisches Bild von ihrer Zukunft. 42% der Befragten vertreten die Meinung, dass ihre Einkommenssituation in zehn Jahren schlechter sein wird als die ihrer Eltern zum jetzigen Zeitpunkt. Außerdem geht jeweils die Hälfte davon aus, dass ihre Arbeitsplatzsituation und ihre Altersabsicherung schlechter sein werden als die ihrer Eltern jetzt.

Besonders optimistisch bewerten die befragten Jugendlichen lediglich ihre zukünftigen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. So glauben 60%, dass ihre diesbezüglichen Möglichkeiten in zehn Jahren eher bis sehr viel besser sein werden als jene ihrer Eltern jetzt.

Abbildung 10: Erwartungen an die Zukunft¹⁸



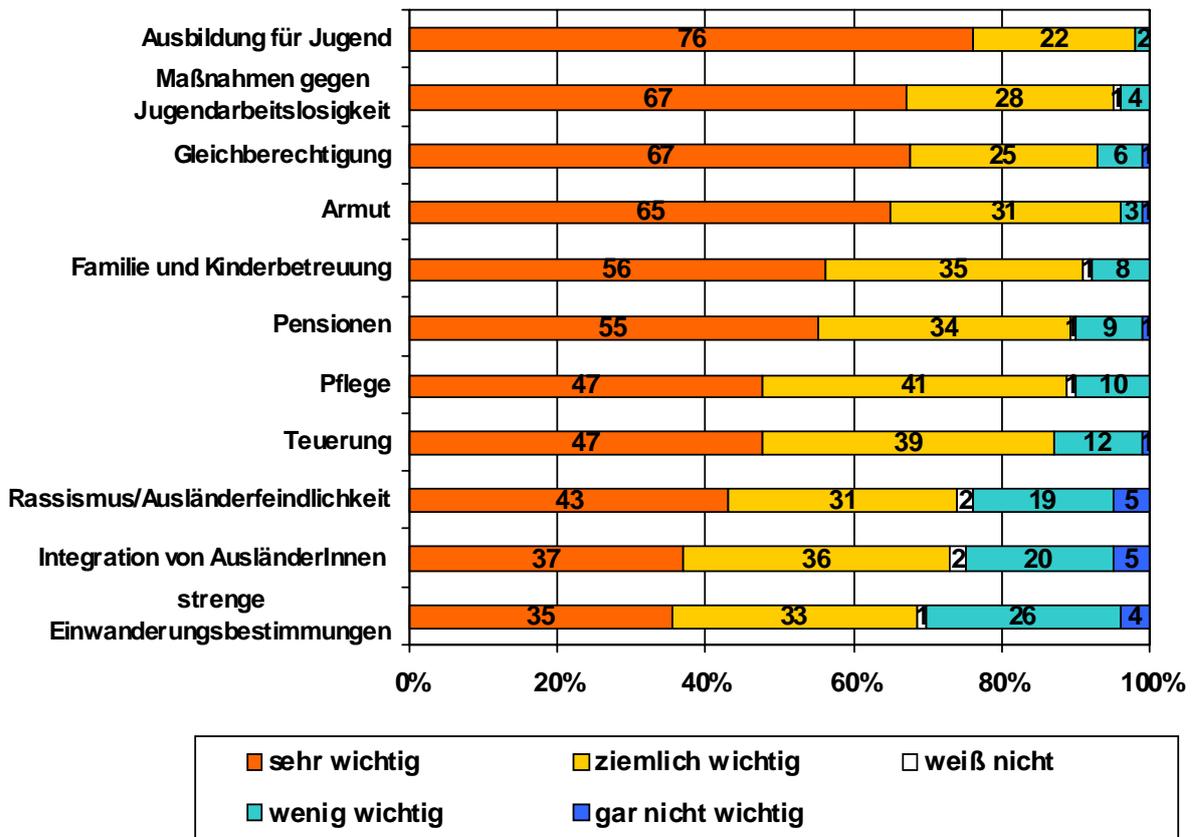
¹⁸ Fragestellung: Wie denken Sie über Ihre Zukunft? Glauben Sie, dass Ihre ... (Einkommenssituation) ... in zehn Jahren viel besser, besser, gleich gut, schlechter oder viel schlechter sein wird als die ... (Einkommenssituation) ... Ihrer Eltern jetzt?

Im Hinblick auf die Einkommenssituation bewerten die weiblichen Befragten ihre Zukunft noch einmal signifikant pessimistischer als ihre männlichen KollegInnen: Während 41% der männlichen Jugendlichen der Ansicht sind, dass ihre Einkommenssituation in zehn Jahren ziemlich bis sehr viel schlechter sein wird als die ihrer Eltern jetzt, geben selbiges 47% der weiblichen Befragten an.

Auf das Alter bezogen kann festgehalten werden, dass die 16-Jährigen hinsichtlich ihrer zukünftigen Arbeitsplatz- und Altersabsicherung signifikant weniger pessimistisch sind als die 17- und 18-Jährigen. So vertreten 45% der 16-Jährigen im Vergleich zu jeweils 54% der 17- und 56% der 18-Jährigen die Meinung, dass ihre Arbeitsplatzsituation ziemlich bis sehr viel schlechter sein wird als die ihrer Eltern jetzt ist. Ebenso sind 48% der 16-Jährigen im Vergleich zu 58% der 17-Jährigen und 53% der 18-Jährigen der Ansicht, dass ihre Altersabsicherung eher bis sehr viel schlechter sein wird als die ihrer Eltern.

3.3.5 Themenwichtigkeit

Eines der wichtigsten Themen für die befragten Jugendlichen, um die sich ihrer Ansicht nach die Politik in Österreich kümmern sollte, ist die Ausbildungs- und Arbeitssituation: 98% bewerten das Thema „gute Ausbildung für die Jugend“ und 95% das Thema „Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit“ mit ziemlich bis sehr wichtig. Mit ebenfalls sehr hohen Wichtigkeiten werden Armut (96% ziemlich bis sehr wichtig) und Gleichberechtigung (92% ziemlich bis sehr wichtig) genannt. Jene Themen, die zwar immer noch hohe Zustimmungswerte aufweisen, aber im Vergleich mit den eben genannten doch deutlich weniger wichtig sind, betreffen die Zuwanderungs- und Integrationsdebatte: So nennen 74% der Jugendlichen Rassismus, 73% die Integration von AusländerInnen und 68% strengere Einwanderungsbestimmungen als ein ziemlich bis sehr wichtiges Thema.

Abbildung 11: Wichtigkeit der Themen¹⁹

Die weiblichen Befragten unterscheiden sich von den männlichen Befragten dahingehend, dass ihnen die Themen Gleichberechtigung (77% sehr wichtig im Vergleich zu 58%), Armut (73% sehr wichtig im Vergleich zu 59%), Pensionen (58% sehr wichtig im Vergleich zu 53%) und Pflege (53% sehr wichtig im Vergleich zu 43%) sehr wichtige Anliegen sind.

Auch zwischen SchülerInnen und Erwerbstätigen zeigen sich signifikante Unterschiede in der Themenwichtigkeit. So ist den SchülerInnen das Thema Rassismus wichtiger als den Erwerbstätigen (47% sehr wichtig im Vergleich zu 39%), während den Erwerbstätigen die Themen Jugendarbeitslosigkeit (73% sehr wichtig im Vergleich zu 62%), Familie und Kinderbetreuung (63% sehr wichtig im Vergleich zu 51%), Pensionen (61% sehr wichtig im Vergleich zu 50%), Pflege (52% sehr wichtig im Vergleich zu 11%) und strengere Einwanderungsbestimmungen (44% sehr wichtig im Vergleich zu 28%) wichtiger als den SchülerInnen sind.

¹⁹ Fragestellung: Halten Sie es für sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht wichtig, dass sich die Politik in Österreich um folgende Themen und Probleme kümmert?

Ein Alterseffekt ergibt sich dahingehend, dass 18-Jährige die Themen Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit, Rassismus und Integration als signifikant wichtiger bewerten als die 16- und 17-Jährigen (73% sehr wichtig im Vergleich zu 66% und 63%, 50% sehr wichtig im Vergleich zu 40% und 41% sowie 45% sehr wichtig im Vergleich zu 34% und 36%).

3.3.6 Zusammenfassung

Zusammenfassend zeigen diese Ergebnisse also, dass eine große Mehrheit der jungen Menschen die Demokratie trotz ihrer Probleme für die bestmögliche Regierungsform hält. Gleichzeitig ist aber die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie erlebt wird, und mit der Politik und den PolitikerInnen deutlich geringer.

Mehr als die Hälfte der Befragten äußert ein ziemlich bis sehr hohes Interesse an Politik und rund vier Fünftel informieren sich mindestens einmal pro Woche über dieses Thema. Am Nationalratswahlkampf zeigten sich wiederum zwei Drittel der Jugendlichen ziemlich bis sehr interessiert. Im Hinblick auf die untersuchten Gruppen konnte gezeigt werden, dass männliche Befragte ein höheres Interesse an Politik und häufigere mediale Verfolgung von politischen Themen bekunden als weibliche Befragte. Außerdem behalten ältere Befragte politische Themen über die Medien häufiger im Auge als dies Jüngere angeben. Demgegenüber haben die jüngeren Befragten eine etwas positivere Einstellung zu PolitikerInnen als die Älteren.

SchülerInnen haben wiederum eine positivere Einstellung zu Politik und PolitikerInnen als Erwerbstätige und auch ihre Zufriedenheit mit der Demokratie und ihr Interesse an Politik, sowie ihre Informationshäufigkeit über politische Themen ist höher als bei den Erwerbstätigen. Praktisch die Hälfte der befragten Jugendlichen reiht sich in der Mitte des ideologischen Links-Rechts-Spektrums ein. Außerdem stufen sich Frauen linker als Männer und SchülerInnen linker als Erwerbstätige ein.

Die Bündelung aller gesellschaftspolitischen Einstellungen mittels Faktorenanalyse ergab drei Faktoren: die Einstellung gegenüber Zuwanderung, die Gleichstellung von Frauen und den Autoritarismus. Die stärkste Zustimmung erhält die Aussage „Es sollte mehr Frauen in der Politik geben“, gefolgt von „Zu den wichtigsten Eigenschaften im Leben gehören Disziplin und Ordnung“ und „ZuwanderInnen machen Österreich offener für neue Ideen und andere Kulturen“. Die stärkste Ablehnung betreffen die Forderungen nach einem Zuwanderungsverbot und nach einem starken Führer, die Aussage, dass Frauen keinen Grund haben, noch mehr Rechte zu verlangen und die antisemitische Einstellung.

Für die männlichen Befragten sind Gehorsam und Disziplin wichtiger als für die weiblichen Befragten. Ebenso sind sie in höherem Ausmaß der Ansicht, dass ZuwanderInnen den gebürtigen ÖsterreicherInnen die Arbeitsplätze wegnehmen. Für die befragten jungen Frauen ist es wiederum deutlich wichtiger, dass es mehr Frauen in der Politik gibt.

Erwerbstätige äußern stärkere autoritaristische und xenophobe Einstellungen als SchülerInnen und stimmen auch den positiven Aussagen im Zusammenhang mit Zuwanderung in deutlich geringerem Ausmaß zu. Ebenso stimmen 18-Jährige im Vergleich zu 16- und 17-Jährigen den positiven Aussagen zur Zuwanderung deutlich stärker zu und lehnen die negativen Aussagen diesbezüglich stärker ab.

Hinsichtlich des Vertrauens in Institutionen genießen die Institutionen der Sozialpartnerschaft, angeführt von der Arbeiterkammer, das höchste Vertrauen, während die Jugendlichen den PolitikerInnen das geringste Vertrauen entgegenbringen. Bezüglich ihrer Zukunft sind die befragten Jugendlichen eher pessimistisch, dies betrifft allen voran die Einkommens- und Arbeitsplatzsituation, sowie die Absicherung im Alter. Die Einkommenssituation betreffend äußern sich die weiblichen Befragten pessimistischer als die männlichen Befragten. Im Hinblick auf die Arbeitsplatzsituation und die Altersvorsorge äußern sich 16-Jährige weniger pessimistisch als 17- und 18-Jährige.

Die wichtigsten Themen, um die sich die Politik kümmern sollte, betreffen eine gute Ausbildung für die Jugend, Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und Armut. Deutlich weniger wichtig sind die Zuwanderungsthemen Rassismus, Integration und strengere Einwanderungsbestimmungen. Den weiblichen Befragten sind außerdem die Themen Gleichberechtigung, Armut, Pensionen und Pflege deutlich wichtiger als den männlichen Befragten.

Während den SchülerInnen das Thema Rassismus ein stärkeres Anliegen ist als den Erwerbstätigen, stehen bei letzteren die Themen Jugendarbeitslosigkeit, Familie und Kinderbetreuung, Pensionen, Pflege und strengere Einwanderungsbestimmungen im Vordergrund. Den 18-Jährigen sind wiederum die Themen Jugendarbeitslosigkeit, Rassismus und Integration wichtiger als den 16- und 17-Jährigen.

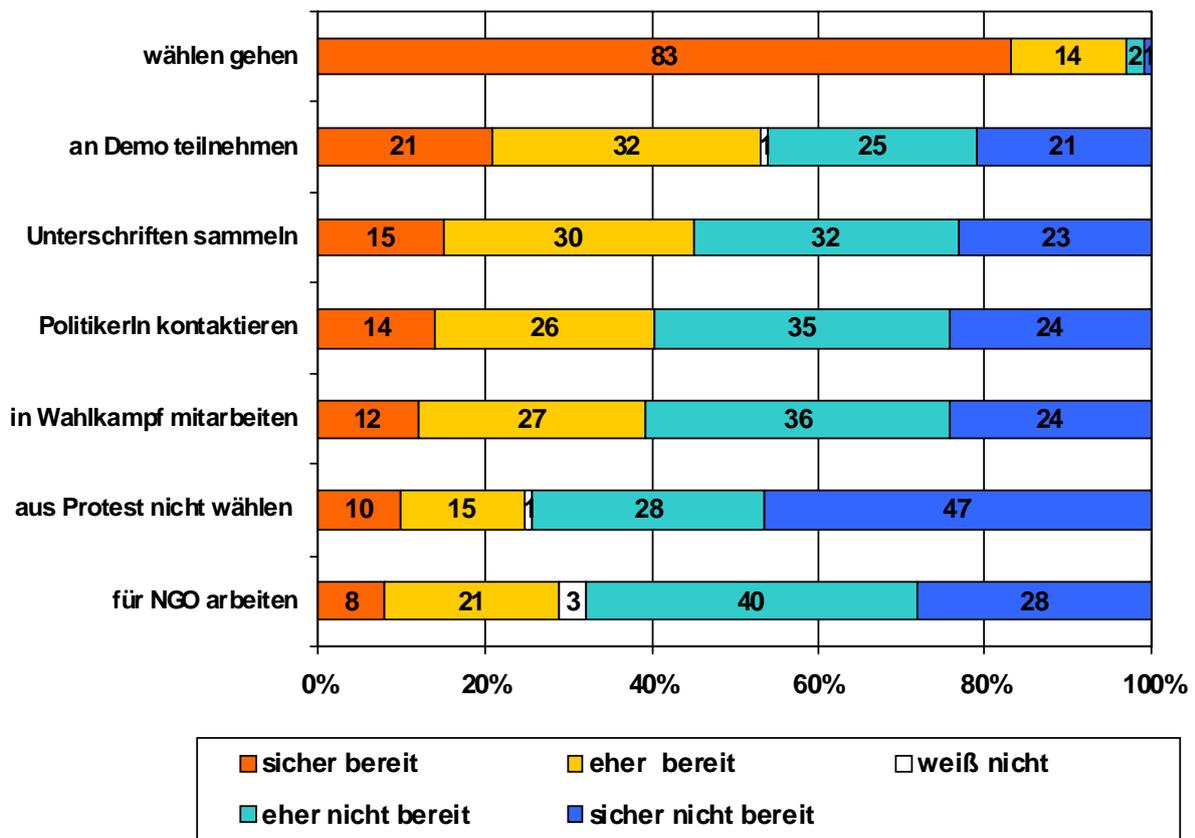
3.4 Politische Partizipation – Präferenzen und Wahlmotive

3.4.1 Muster politischer Partizipation

Im Hinblick auf die grundsätzliche Bereitschaft der Jugendlichen, politisch in der einen oder anderen Form aktiv zu sein, steht das Wählen klar an erster Stelle. 83% der Befragten geben an, dass sie sicher, 14% dass sie eher bereit sind, auf

diesem Wege politisch aktiv zu sein. Etwas abgeschlagen finden sich die anderen Formen der politischen Partizipation: etwas mehr als die Hälfte der Jugendlichen ist eher bis sicher bereit, an einer Demonstration teilzunehmen, 45% würden eher bis sicher Unterschriften sammeln und 40% würden eher bis sicher PolitikerInnen kontaktieren. Dazu bereit, in einem Wahlkampf mitzuarbeiten sind 39% (eher bis sicher bereit) und für eine NGO zu arbeiten, können sich 29% der Jugendlichen vorstellen (eher bis sicher bereit). Während schließlich ein Viertel der Befragten eher bis sicher bereit wäre, aus Protest nicht wählen zu gehen, lehnen Selbiges 68% ab (eher bis sicher nicht bereit).

Abbildung 12: Bereitschaft zu politischen Aktivitäten²⁰



3.4.2 Nationalratswahl als Thema in den Schulen

Insgesamt geben 86% der befragten Jugendlichen an, dass in ihrer Schule auf die Nationalratswahlen aufmerksam gemacht wurde. Ebenso wurden 88% der Befragten in ihrer Schule über die Senkung des Wahlalters informiert und immerhin 27% geben an, dass ihre Schule eine Diskussion mit PolitikerInnen veranstaltet hat.

²⁰ Fragestellung: Es gibt verschiedene Wege, politisch aktiv zu sein. Wären Sie sicher bereit, eher bereit, eher nicht bereit oder sicher nicht bereit, die folgenden Dinge zu tun?

Die folgende Tabelle 5 zeigt, dass die Antizipation der Nationalratswahlen durch die Schulen in den AHS am besten funktioniert hat. Beinahe alle AHS-SchülerInnen wurden sowohl auf die Wahl aufmerksam gemacht, als auch über die Wahlaltersenkung informiert und in nahezu einem Drittel der AHS wurden Diskussionen mit PolitikerInnen veranstaltet. Den diesbezüglich größten Nachholbedarf haben die Polytechnischen Schulen und Berufsschulen, aber auch die BHS liegen bei allen drei Fragen deutlich unter den AHS.

Tabelle 5: Antizipation der Nationalratswahl durch die Schulen

Schultyp	auf Wahl aufmerksam gemacht	über Wahlaltersenkung informiert	Diskussion mit PolitikerInnen
Polytechnikum + Berufsschule	77	84	21
AHS	94	93	30
BHS	88	88	25

Anmerkung: Angaben in Prozent

3.4.3 Demokratie-Initiative „Entscheidend bist Du“

Von der Demokratie-Initiative „Entscheidend bist Du“ des BMUKK und des BMWF haben 19% der befragten Jugendlichen gehört, 9% geben an, darüber gelesen zu haben und 2% haben an diesbezüglichen Veranstaltungen teilgenommen. Mit 22% haben deutlich mehr SchülerInnen von der Initiative gehört als erwerbstätige Jugendliche (15%).

Die folgende Tabelle 6 zeigt, dass es keine besonders großen Unterschiede in der Wahrnehmung und Teilnahme an der Initiative im Hinblick auf die unterschiedlichen Schultypen gibt. Das einzig nennenswerte Ergebnis ist, dass AHS-SchülerInnen etwas öfter über die Initiative gelesen haben als SchülerInnen eines Polytechnikums, einer Berufsschule oder einer BHS.

Tabelle 6: Wahrnehmung und Teilnahme von SchülerInnen an „Entscheidend bist Du“

Schultyp	gehört	gelesen	teilgenommen
Polytechnikum + Berufsschule	20	9	2
AHS	22	14	3
BHS	21	10	2

Anmerkung: Angaben in Prozent

3.4.4 Demokratiewerkstatt

Von der Politikinformations- und Jugendkampagne „Demokratiewerkstatt“ des Österreichischen Parlaments haben 21% der Befragten gehört, 14% haben darüber gelesen und 2% geben an, daran teilgenommen zu haben. Mit 26%

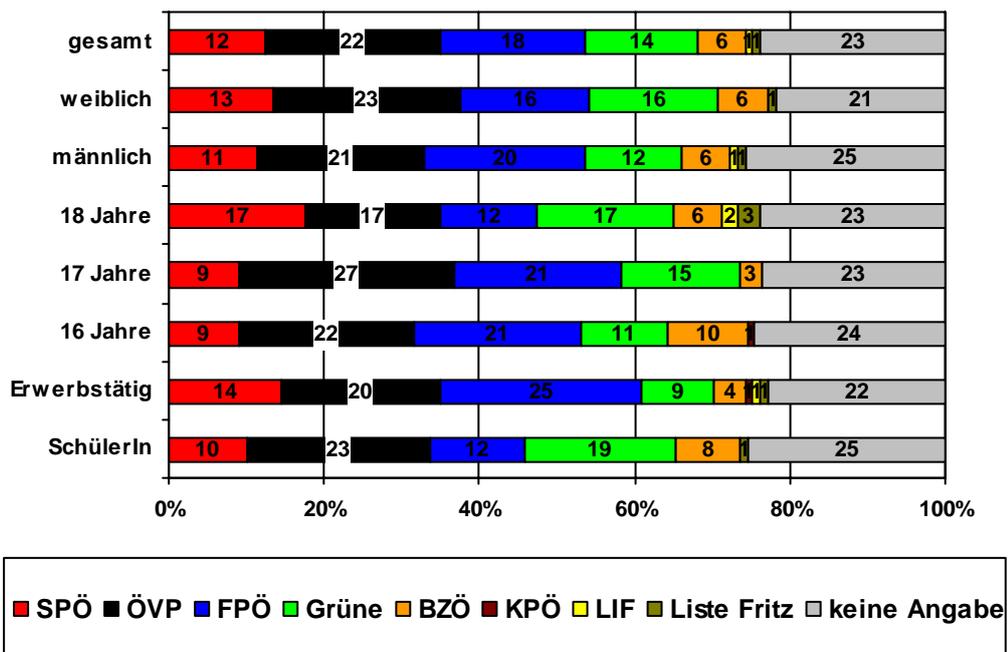
haben die AHS-SchülerInnen etwas häufiger von der Kampagne gehört als die BHS-, sowie die Polytechnikums- und BerufsschülerInnen (20% und 21%). Auch haben 19% der AHS-SchülerInnen im Vergleich zu 12% der BHS-SchülerInnen und 13% der Polytechnikums- und BerufsschülerInnen darüber gelesen. Mit jeweils 3% haben etwas mehr AHS-, sowie Polytechnikums- und BerufsschülerInnen daran teilgenommen als BHS-SchülerInnen (1%).

3.4.4.1 Wahlteilnahme

Was nun die tatsächliche politische Partizipation betrifft, geben insgesamt 88% der Jugendlichen an, dass sie an der Nationalratswahl 2008 teilgenommen haben. Unter Berücksichtigung der in Umfragen üblichen Überdeklaration²¹ und eingedenk der realistischen 23% Enthaltung, also Personen, die sich auf die Frage nach der gewählten Partei nicht deklarieren bzw. angeben, sich nicht erinnern zu können, wen sie gewählt haben, kann eine Wahlbeteiligung von um die 77% angenommen werden. Diese Vorgehensweise hat sich in der Vergangenheit bei ähnlichen Fragestellungen als sehr robust bei der Annäherung an die tatsächliche Wahlbeteiligung einer spezifischen Gruppe erwiesen.

Mit 24% gibt beinahe ein Viertel der befragten Jugendlichen an, dass sie im Laufe des Wahlkampfes zur Nationalratswahl 2008 versucht haben, andere davon zu überzeugen, einen Kandidaten oder eine Partei zu wählen. Bezüglich der Parteienpräferenz ergibt sich aus der Befragung folgendes Bild:

Abbildung 13: Parteienpräferenzen²²



²¹ Diese Überdeklaration kommt zustande, weil die Wahlteilnahme ein sozial erwünschtes Verhalten darstellt. Aus diesem Grund geben mehr Befragte an, zur Wahl gegangen zu sein, als sie es tatsächlich getan haben.

²² Fragestellung: Welche Partei haben Sie bei den Nationalratswahlen am 28. September gewählt?

Im Vergleich zu den Ergebnissen der Nationalratswahl fällt insbesondere das schwache Abschneiden der SPÖ in dieser Altersgruppe auf, während die ÖVP, zwar auch schwächer als im Gesamtektorat, aber dennoch recht stabil in allen Kategorien um die 20 Prozentmarke streut.²³ Damit liegt sie, außer in der Gruppe der Erwerbstätigen 16- bis 18 Jährigen, immer knapp vor der FPÖ. Gerade in der Gruppe der bereits Erwerbstätigen schneidet die FPÖ überdurchschnittlich gut ab, jedoch weist sie in fast allen Gliederungsgruppen ein recht starkes Ergebnis auf. Die Grünen wurden vor allem von SchülerInnen und dort insbesondere von den ab 17-Jährigen gewählt. Allerdings sind bei den jungen SchülerInnen sowohl die FPÖ, als auch das BZÖ sehr stark. Männliche Jung- und Erstwähler tendieren leicht mehr zur FPÖ und junge Frauen eher zu den Grünen, wobei in beiden Gruppen die ÖVP die meisten Stimmen erhalten hat.

Über ihre eigene Teilnahme an der Nationalratswahl haben 87% mit ihren FreundInnen, 76% mit ihrer Mutter, 71% mit ihrem Vater, 59% mit LehrerInnen und 21% mit ParteiaktivistInnen gesprochen. In diesem Zusammenhang haben signifikant mehr 16- und 17-Jährige mit ihren Vätern und Müttern über ihre Wahlteilnahme gesprochen als 18-Jährige und ebenso signifikant mehr SchülerInnen als Erwerbstätige.

Außerdem haben signifikant mehr SchülerInnen als Erwerbstätige mit ihren FreundInnen über ihre Wahlteilnahme gesprochen und signifikant mehr 16- und 17-Jährige als 18-Jährige mit ihren LehrerInnen. Mit ParteiaktivistInnen wiederum haben signifikant mehr 18-Jährige als 16- und 17-Jährige über ihre Wahlteilnahme gesprochen (Tabelle 7).

Tabelle 7: Gespräche über Wahlteilnahme

GesprächspartnerIn	16	17	18	SchülerIn	Erwerbs-tätig
Vater	76	75	65	76	63
Mutter	79	82	69	80	70
FreundInnen				92	79
LehrerIn	65	64	52		
ParteiaktivistInnen	18	19	26		

Anmerkung: Angaben in Prozent

²³ Dies ist insbesondere durch die Stadt-Land Verteilung zu erklären. Auf dem Land ist die ÖVP sehr präsent und wird auch häufiger gewählt.

Aufgefordert, zur Wahl zu gehen, wurden 38% der Befragten von ihrer Mutter, 36% von ihrem Vater, 34% von LehrerInnen, 28% von ihren FreundInnen, und 18% von ParteiaktivistInnen. Während die Väter ihre Söhne und Töchter in praktisch gleichem Ausmaß aufgefordert haben, zur Wahl zu gehen (36% und 38%), zeigt sich ein Geschlechtsunterschied dahingehend, dass die Mütter ihre Töchter signifikant häufiger als ihre Söhne zur Wahlteilnahme aufgefordert haben. Außerdem wurden Schülerinnen signifikant häufiger von ihren LehrerInnen zur Wahlteilnahme aufgefordert als Schüler.

Weiters wurden SchülerInnen sowohl von ihren Vätern als auch von ihren Müttern signifikant häufiger zur Wahlteilnahme aufgefordert als erwerbstätige Jugendliche. Wiederum zeigt sich ein klarer Alterseffekt dahingehend, dass 16- und 17-Jährige von ihren Eltern signifikant häufiger zur Wahlteilnahme aufgefordert wurden als 18-Jährige (Tabelle 8).

Tabelle 8: Aufforderung zur Wahlteilnahme

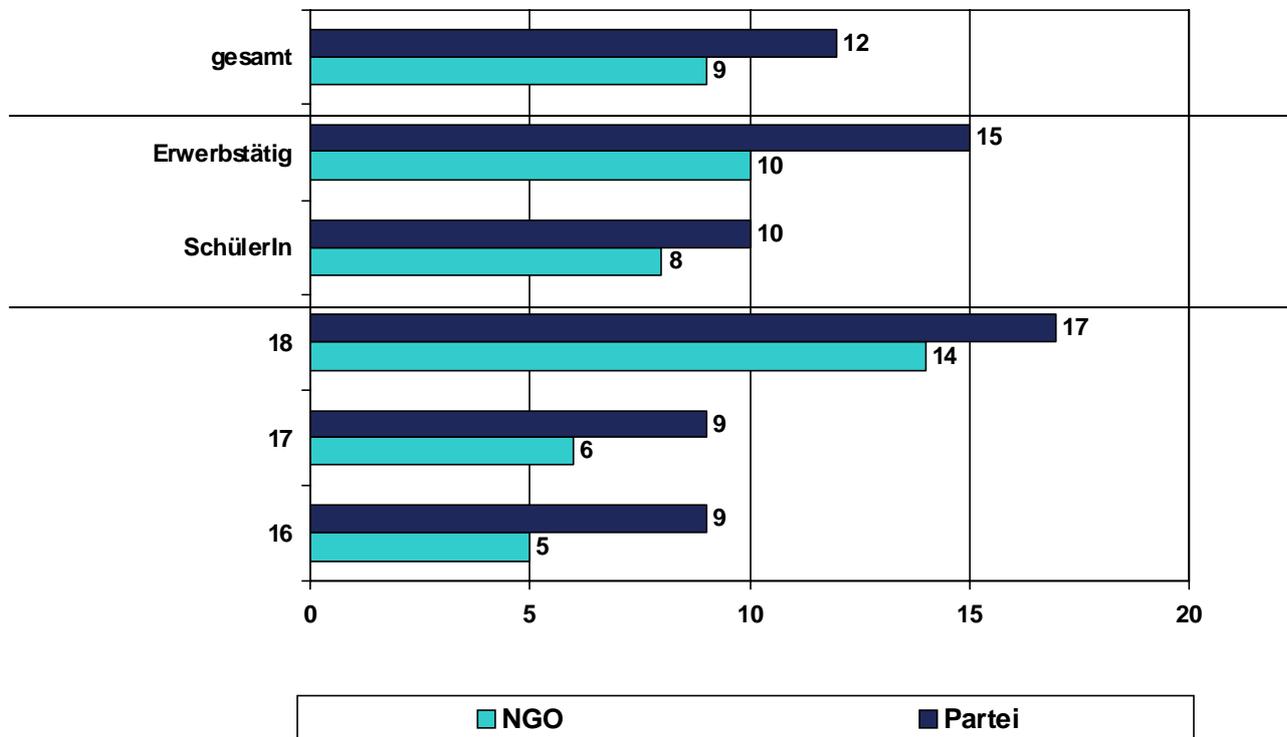
Aufforderung von	m	w	16	17	18	SchülerIn	Erwerbs-tätig
Vater			43	38	29	40	31
Mutter	35	45	45	44	30	43	32
LehrerIn	28	43					

Anmerkung: Angaben in Prozent

3.4.4.2 Aktive Mitarbeit in politischen Parteien und NGOs

Von den befragten Jugendlichen geben 12% an, in der Jugendorganisation einer politischen Partei bzw. in einer politischen Partei aktiv tätig zu sein. 9% sind ihren Angaben zufolge in einer NGO oder in anderen sozialen Einrichtungen aktiv.

Die folgende Abbildung 14 zeigt, dass Erwerbstätige im Vergleich zu SchülerInnen sowohl häufiger in politischen Parteien als auch in NGOs aktiv sind, wobei dieser Unterschied im Hinblick auf politische Parteien tatsächlich signifikant ist. Ein Alterseffekt zeigt sich außerdem dahingehend, dass 18-Jährige signifikant aktiver sind als 16- und 17-Jährige. Auch dies trifft sowohl für politische Parteien, für NGOs und andere soziale Einrichtungen zu.

Abbildung 14: Tätigkeit in politischer Partei oder NGO²⁴**3.4.4.3 Zusammenfassung**

Die grundsätzliche Bereitschaft, an Wahlen teilzunehmen, ist bei den Jugendlichen etwas höher als ihre tatsächliche Wahlbeteiligung. Nichtsdestotrotz liegt die Wahlbeteiligung der 16- bis 18-Jährigen im Bevölkerungsdurchschnitt.

Als besonders wichtige GesprächspartnerInnen im Hinblick auf die Nationalratswahl stellten sich die FreundInnen und Eltern heraus. Letztere waren sowohl für die 16- und 17-Jährigen als auch für die SchülerInnen deutlich wichtiger als für die 18-Jährigen und für die Erwerbstätigen.

Die Aufforderung zur Wahlteilnahme kam wiederum von Seiten der Eltern, wobei die Mütter bei den Töchtern eine weitaus größere Rolle gespielt haben als bei den Söhnen. Auch in diesem Fall waren die Eltern bei den Jüngeren präsenter als bei den 18-Jährigen und sie wurden bei den SchülerInnen häufiger genannt als bei den Erwerbstätigen.

Hinsichtlich der aktiven Mitarbeit in einer politischen Partei (bzw. deren Jugendorganisationen) hat sich gezeigt, dass die älteren Jugendlichen deutlich aktiver sind als die 16- und 17-Jährigen und dass Erwerbstätige in höherem Ausmaß aktiv sind als SchülerInnen.

²⁴ Fragestellung: In welcher der folgenden Organisationen sind Sie aktiv tätig?

3.5 Wähler und Nichtwähler

3.5.1 Vorbemerkung

Für eine repräsentative Demokratie ist es letztendlich von großem Interesse, wie sich die Meinungsbildungsprozesse in den institutionalisierten Foren der Mitbestimmung darstellen lassen und welche Auswirkungen die Wechselwirkungen von Mitbestimmung und Wahrnehmung des eigenen Einflusses auf die individuellen Entscheidungen von Wählerinnen und Wählern haben. Ein Maß für die Qualität dieser Wechselwirkungen ist die Wahlbeteiligung, oder genauer, die Unterscheidung zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen.

Diese Perspektive ergibt sich sowohl für das gesamte Elektorat, aber insbesondere im Hinblick auf die Personen, die zum ersten Mal an einer nationalen Wahl teilnehmen. In der Regel sind die Einstellungen unbekannt und die Motive für die bewusste oder unbewusste Entscheidung, die Stimme nicht abzugeben, in den gesellschaftlichen Diskursen weniger wichtig, als die Motive für die Stimmabgabe für die eine oder die andere Partei.

Die Wahlverhaltensforschung versucht das Stimm- und Wahlverhalten von Personen in der Regel mittels individuellen soziodemographischen Charakteristika und gesellschaftlicher Umgebungseffekte zu erklären. Diese Beschreibungen bzw. Erklärungsmodelle identifizieren aber auch grundsätzliche Verortungen von Individuen, die, unabhängig vom Wahlverhalten, tatsächlich vorliegen und von anderen individuellen und gesellschaftlichen Interaktionen nicht zu unterscheiden sind. Im Nachfolgenden wird zunächst auf die für eine Teilnahme an einer Wahl unmittelbar wichtigen Dimensionen politischen Vertrauens, politischen Interesses und politischer Partizipation eingegangen. Diese Darstellung arbeitet mit der grundlegenden Annahme, dass ein höheres Interesse an Politik auch die Bereitschaft zur Stimmabgabe steigert. Daran anschließend sollen auch andere Zusammenhänge problematisiert werden, nicht nur unmittelbar auf politisches Bewusstsein, sondern auch auf soziale Positionierungen, sozio-demographische Merkmale und die Zuordnung zu spezifischen Schultypen.

3.5.2 Wichtige Unterscheidungen der Gruppen

Die WählerInnen und NichtwählerInnen voneinander zu unterscheiden, dient nicht allein der Deskription, sondern stellt bereits den Versuch dar, ein Erklärungsmodell zu entwickeln und damit wichtige Einflussfaktoren zu bestimmen. Für die Differenzierung dieser Gruppen werden in der Folge alle jene Personen der Gruppe WählerInnen zugeordnet, die angegeben haben, eine bestimmte Partei gewählt zu haben. Als NichtwählerInnen werden alle jene

Befragten aus der Stichprobe bezeichnet, die entweder angeben, nicht an der Wahl teilgenommen zu haben, oder die bei der Nachfrage nach dem Stimmverhalten nicht angegeben haben, welche Partei sie gewählt haben. Damit erreicht die Wahlbeteiligung eine Größe von 66%. Diese Vorgehensweise hat sich bei ähnlichen Fragestellungen als besonders robust im Hinblick auf die Annäherung an die tatsächliche Wahlbeteiligung einer spezifischen Gruppe erwiesen.

Politisches Interesse

Eine der wichtigsten Hypothesen für politische Partizipation ist das politische Interesse. Betrachtet man nun diese Dimension für die beiden zu unterscheidenden Gruppen, so fällt auf, dass in der Gruppe der NichtwählerInnen das grundsätzliche Interesse an Politik und auch das kurzfristige Interesse am Wahlkampf deutlich schwächer ausgeprägt ist, als bei den WählerInnen.

Tabelle 9: Beurteilung von Demokratie und Politik

Dimensionen		WählerInnen	NichtwählerInnen
Politik und Demokratie	Zustimmung zur Demokratie	62%	70%
	Interesse an Politik*	62%	46%
	Interesse am Wahlkampf*	72%	56%

Anmerkung: (*) deutet auf einen statistisch signifikanten bzw. bedeutsamen Unterschied zwischen den Gruppen hin

Auch wenn sich WählerInnen von NichtwählerInnen in ihrer Zustimmung zur Demokratie nicht statistisch signifikant voneinander unterscheiden, sind WählerInnen doch etwas zufriedener als NichtwählerInnen.²⁵ Diese Beobachtung deckt sich mit anderen Charakteristika der beiden Gruppen. Die hier als NichtwählerInnen identifizierten Personen unterscheiden sich in nicht direkt auf die Wahlen bezogenen Faktoren kaum von der Gruppe der WählerInnen. Diese Ähnlichkeit ist wahrscheinlich in der anzunehmenden Homogenität der Altersgruppe 16 bis 18 zu sehen, die sich daraus ergibt, dass die individuellen Entwicklungspfade und Möglichkeiten, sowie die Einbindung in unterschiedliche Kontexte noch nicht so ausgeprägt ist, wie bei den WählerInnengruppen in der Gesamtheit.

²⁵ Als Erklärung für den Hinweis auf statistische Signifikanz ist anzumerken, dass durch statistische Tests für mögliche Effekte durch unterschiedlich große Gruppen in den jeweiligen Kategorien kontrolliert wird und so von tatsächlichen statistischen Zusammenhängen gesprochen werden kann.

Tabelle 10: Politische Partizipation

Partizipationsbereitschaft	WählerInnen	NichtwählerInnen
Wählen gehen*	99% (starke Zustimmung 88%)	94% (starke Zustimmung 75%)
Aus Protest nicht Wählen gehen	23%	27%
Einen Politiker kontaktieren*	43% (starke Ablehnung 21%)	35% (starke Zustimmung 32%)
Unterschriften sammeln*	47% (eher Zustimmung 31%)	40% (starke Ablehnung 27%)
Für eine NGO arbeiten*	33% (schwache Zustimmung 24%)	24% (starke Ablehnung 39%)
An einer Demonstration teilnehmen*	57% (starke Zustimmung 24%)	45% (starke Zustimmung 16% und starke Ablehnung 30%)
Im Wahlkampf mitarbeiten*	40% (starke Zustimmung 14%)	40% (starke Ablehnung 33%) ²⁶

Anmerkung: (*) deutet auf einen statistisch signifikanten bzw. bedeutsamen Unterschied zwischen den Gruppen hin

Politisches Interesse selbst ist aber nicht unmittelbar von diesen Erfahrungen abhängig, sondern wird in anderen Kontexten gelegt und gefördert. Dementsprechend ist hier auch ein deutlicher Unterschied zwischen den Gruppen abzulesen, der zudem statistisch signifikant ist. WählerInnen sind deutlich interessierter an der Politik und waren es auch am Wahlkampf. Interesse selbst ist allerdings nur ein erster Hinweis darauf, wie sich Individuen in die Sphäre des Politischen einbringen. Demnach ist Interesse allein nur ein schwacher Indikator für politisches Handeln. Wesentlich direkter wirkt sich tatsächliches politisches Verhalten auf die Wahlteilnahme aus.

Politische Aktivität bedeutet, dass sich Personen bereits wesentlich intensiver mit Politik beschäftigt haben und auch Erfahrungen darin haben, sich in dieser Sphäre zu bewegen.

An genau dieser Dimension unterscheiden sich WählerInnen von NichtwählerInnen am deutlichsten. Hier kann man die Apathie beziehungsweise die Nichtbeschäftigung von NichtwählerInnen mit Politik ablesen. Die Bereitschaft, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen, beschränkt sich also im Umkehrschluss nicht nur auf die Teilnahme an einer Wahl, sondern ist auch in anderen institutionalisierten und nichtinstitutionalisierten Partizipationsformen stark ausgeprägt.

²⁶ Während die Gruppe der WählerInnen in der Regel sehr starke Zustimmungen (Wert 1) und schwache Ablehnungen (3) aufweist, dreht sich dieses Verhältnis bei den NichtwählerInnen um, wo die Zustimmung eher schwach ausgeprägt ist (2) und die starke Ablehnung (4) besonders ausgeprägt ist.

Auffällig ist, dass eine Wahlverweigerung aus Protest in beiden Gruppen keine Rolle spielt. Insofern ist aufgrund der hier analysierten Stichprobe auch für die NichtwählerInnen keine bewusste Entscheidung für die Nichtteilnahme gegeben. Von den NichtwählerInnen wird einerseits Desinteresse als Grund für die Wahlenthaltung angegeben, andererseits aber auch eine Verhinderung durch räumliche Distanz oder andere Verpflichtungen. Inwiefern diese Verhinderungsgründe tatsächlich vorliegen, ist nicht zu überprüfen, allerdings sind die Hürden für eine Stimmabgabe aus der Distanz in Österreich sehr gering. Auch aus diesem Grund sollten Verhinderungen eher dem Desinteresse zugeordnet werden.

Im Gegensatz dazu führen die WählerInnen verschiedene Motive an, die ihre Wahlentscheidung für eine bestimmte Partei beeinflusst haben. Bei einer näheren Analyse dieser offenen Antworten zeigt sich, dass sowohl die KandidatInnen, als auch die Parteien und die Wahlprogramme für diese Entscheidung besonders wichtig waren. Andere Motive, wie Protest, besondere Themen oder auch besonders wichtige Werthaltungen werden hingegen kaum angeführt.

3.5.2.1 Einstellungen gegenüber Politik

Neben den Erklärungsdimensionen, die sich direkt auf die individuelle Bezugnahme der politischen Sphäre beziehen, kann aber auch die bloße Wahrnehmung oder die vermittelte Wahrnehmung die Positionierung eines Individuums beeinflussen. Diese Bilder werden entweder direkt und bewusst wahrgenommen oder mittels anderer Kanäle an die Individuen vermittelt.

Grundsätzlich muss Politik an sich eine gewisse Bedeutung zugeschrieben werden, damit eine Person überhaupt bereit ist, sich damit zu beschäftigen. Diese Zuschreibung kann auch als Vorbedingung für politische Partizipation gesehen werden, denn auch die Suche nach Informationen ist bereits eine Form der Beschäftigung mit und der Beteiligung an Politik.

So zeigen auch als WählerInnen identifizierte Personen ein deutlich aktiveres Informationsverhalten und nutzen Medien, die eine gewisse Aktivität verlangen, nämlich das bewusste Lesen einer Zeitung oder die bewusste Suche nach Informationen im Internet. Bei NichtwählerInnen hingegen ist eher der passive Modus der Informationsaufnahme mittels Radio und Fernsehen ausgeprägt (Tabelle 11).

Tabelle 11: Mediennutzung und Informationsverhalten

		WählerInnen	NichtwählerInnen
Umgang mit Medien	Medium	Der Zugang ergibt sich über Zeitungen und Internet	Passiver Konsum mittels Fernsehen und Radio ausgeprägt
	Informationsverhalten	Täglich oder mehrmals wöchentlich Lektüre zu politischen Themen	

Gleichermaßen stellt sich die Frequenz des Informationsbezugs dar. WählerInnen geben an, dass sie sich täglich oder mehrmals pro Woche über politische Themen informieren.

Im Fragebogen zur Studie wurden gängige Bilder der Politik abgefragt. Im Unterschied zur Frage nach der Einstellung zur Demokratie kann über diese Bilder besser bestimmt werden, ob es sich um eine grundlegende Ablehnung der Demokratie als System, oder nur um eine Art Performanzproblem, also die Wahrnehmung von PolitikerInnen, politischer Einflussnahme und Wiederentdeckung handelt.

Tabelle 12: Politikbilder und Politikperformanz

		WählerInnen	NichtwählerInnen
Einstellung zu Politik	...Politiker kümmern sich nicht um Dinge, die für Menschen wie mich wichtig sind...	45%	45% (starke Zustimmung 15%)
	...Politik ist ein Weg, um eine bessere Welt zu schaffen...	76% (starke Zustimmung 34%)	72% (starke Zustimmung 27%)
	...Politiker machen nur leere Versprechungen...	Ca. 67%	Ca. 66%
	...Die Demokratie mag Probleme mit sich bringen, aber sie ist besser als andere Regierungsformen*	83% (starke Zustimmung 55%)	85% (starke Zustimmung 45%)
			Das Vertrauen in Parteien ist weniger stark ausgeprägt und das Misstrauen gegenüber PolitikerInnen höher.

Interessant im Hinblick auf die Bewertung der Demokratie ist demnach insbesondere das Item „Die Demokratie mag Probleme mit sich bringen ...“, denn beide Gruppen zeigen eine sehr hohe Zustimmung, wobei die WählerInnen deutlicher überzeugt sind. Dahinter liegt zudem, dass die Demokratie als Wertesystem einen sehr hohen Stellenwert aufweist und die Messung, wie zufrieden eine Person mit der Demokratie ist, auf die Lesart einer Performanzbewertung zu korrigieren ist. Insgesamt lässt sich aber erneut festhalten, dass die Gruppe der WählerInnen sich kaum oder nicht wahrnehmbar von der Gruppe der NichtwählerInnen unterscheidet.

Beim Vertrauen in unterschiedliche formelle und informelle Institutionen und Organisationen lässt sich feststellen, dass NichtwählerInnen gegenüber den direkt mit der Performanz des österreichischen politischen Systems in Verbindung stehenden Parteien und PolitikerInnen ein besonders schwaches Vertrauen äußern. Auch wenn kein statistisch abgesicherter Unterschied zwischen den Gruppen besteht, macht die Betrachtung der Einzelkategorien dies deutlich. Abgesehen davon, muss Vertrauen auch unter dem Vorbehalt des Wissens über Institutionen und Organisation betrachtet werden. An Politik interessierte Personen können also in einzelnen Bereichen, wie zum Beispiel der EU, eine wesentlich kritischere Haltung einnehmen, als dies Desinteressierte tun, denn für letztere spielt es ja keine wesentliche Rolle.

Die im vorangegangenen Abschnitt dargestellten Unterscheidungen zwischen den Gruppen deuten an, dass den NichtwählerInnen in der zugrundeliegenden Stichprobe der generelle Zugang und Bezug zur Sphäre des Politischen nicht fehlt, sie aber weniger Interesse an Politik haben, sich weniger aktiv einbringen und auch den Zugang nicht aktiv suchen. Diese Unterschiede sind teilweise sehr deutlich herauszulesen und machen ein Problem sichtbar, das zwar in der Stimmabgabe kulminiert, aber eigentlich ein Problem auf der (politischen) Bewusstseins-ebene andeutet. Die insgesamt feststellbare Inaktivität wirft die Frage nach den Gründen auf, die nachfolgend erarbeitet werden sollen.

3.5.3 Die Gruppen verstehen – Unterschiede verdeutlichen

Die nachfolgende Betrachtung versucht mit Hinblick auf das Wahl- bzw. Nichtwahlverhalten die wichtigsten individuellen Charakteristika zu erarbeiten, um die beiden Gruppen besser darstellen zu können. Dabei soll versucht werden, unterschiedliche Merkmale eines Individuums zu verknüpfen und in die Darstellung einfließen zu lassen.

3.5.3.1 Soziales Umfeld

Die Familie und die Peer-Struktur von Jugendlichen können als besonders wichtige Faktoren in der politischen Sozialisation betrachtet werden. An dieser Stelle setzen sich Entwicklungen fort, die als die Vererbung sozialer Lagen aber auch von politischem Bewusstsein und politischen Einstellungen her betrachtet werden können. Vererbung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Charakteristika der Eltern sich auf ihre Kinder übertragen und dies sowohl direkt als auch indirekt geschieht.

Eine wichtige und erste Betrachtung ist die Unterscheidung nach Stadt- bzw. Nicht-Stadt-Bevölkerung. Auf den ersten Blick lässt sich allerdings mittels dieser Differenzierung kein Unterschied erkennen. Bei näherer Betrachtung fällt aber auf, dass junge Frauen in der Stadt eher an der Wahl teilnehmen, als ebenfalls in der Stadt lebende junge Männer.

Im Hinblick auf politisches Bewusstsein als Voraussetzung für die Bereitschaft an einer Wahl teilzunehmen, bedeutet das, dass sowohl die Beschäftigung mit und der Diskurs über Politik, aber auch das Vorleben politischen Verhaltens in der Familie oder im Freundeskreis sich auf Individuen auswirkt. Die Beobachtung im vorliegenden Datensatz, dass eher schlecht Gebildete sich nicht für Politik interessieren, kann unmittelbar auf die Situation im Elternhaus übertragen werden, denn die hier befragten ErstwählerInnen unterscheiden sich in ihrer Bereitschaft, ihre Stimme abzugeben auch nach dem Bildungsniveau der Eltern. NichtwählerInnen kommen aus einem Elternhaus, in dem zumindest ein Elternteil keine Matura hat. Möglicherweise damit in Zusammenhang steht die Beobachtung, dass NichtwählerInnen tendenziell eine eher negative Einschätzung bezüglich ihres Lebensstandards aufweisen. Dieser Effekt kann aber durch eine Kontrolle für das Alter und Geschlecht insofern relativiert werden, dass ältere Personen und Frauen einen eher negativeren Blick auf die Lebenssituation aufweisen.

Tabelle 13: Bildungshintergrund der Eltern, Alter und Wahlverhalten

	Männlich			Weiblich		
	Keine Matura bei den Eltern vorhanden	Ein Elternteil Matura	Beide Eltern haben Matura	Keine Matura bei den Eltern vorhanden	Ein Elternteil Matura	Beide Eltern haben Matura
WählerIn	63%	61%	73%	62%	70%	81%
NichtwählerIn	37%	39%	28%	38%	30%	19%

Darüber hinaus lässt sich aus der Darstellung auch ablesen, dass dieser Effekt bei jungen Frauen deutlich ausgeprägter ist, als bei Burschen (rote Markierung).

Aufgrund dieser Ergebnisse ist zu vermuten, dass sich das elterliche Bildungsniveau indirekt auf das politische Bewusstsein der Befragten auswirkt.

Die nachfolgende Tabelle problematisiert, wie sich die Gruppen der NichtwählerInnen und WählerInnen im Hinblick auf ihre politischen Gespräche mit unterschiedlichen sozialen Referenzgruppen unterscheiden.

Tabelle 14: Reden über die Nationalratswahlen

	mit dem Vater	mit der Mutter	mit den FreundInnen	mit ParteiaktivistInnen
WählerIn	70%	77%	89%	23%
NichtwählerIn	64%	69%	75%	13%

Es ist sehr gut zu erkennen, dass Personen, **die wenig** mit anderen über die Nationalratswahlen gesprochen haben, eher in die Gruppe der NichtwählerInnen einzuordnen sind.

Dabei fällt auf, dass deutlich häufiger mit der Mutter gesprochen wird, als mit dem Vater. Jedoch sind es in erster Linie die Peers, also Freunde, die als wichtige Referenzgruppe auch für politische Themen gesehen werden kann.

Auffällig ist außerdem, dass die jungen Menschen in der Stichprobe in der Regel kaum Kontakt zu Parteiwerbern gehabt haben dürften. Jedoch geben immerhin ca. die Hälfte der Befragten an, dass Sie auch mit ihren LehrerInnen über die Wahlen gesprochen haben.

3.5.3.2 Schule

Anhand der Gliederung nach berufs- und allgemeinbildenden Schulen und als dritte Gruppe die Einrichtungen der Lehr- und Berufsausbildung lässt sich, wie in der Tabelle unten dargestellt, ein Nichtbeteiligungstrend abseits der allgemeinbildenden Schulen (AHS) beobachten.

Tabelle 15: Schultypen und Wahlverhalten

	Berufsschulen Polytechnikum	Berufsbildende Schulen (BHS, BMS)	Allgemeinbildende Schulen (AHS)
WählerIn	63%	64%	75%
NichtwählerIn	38%	36%	25%

Jedoch sind Schulen nicht die wichtigste Einflussquelle, wenn es um politisches Bewusstsein und sich daraus ableitende Verhaltensweisen und Einstellungen geht. Die Tatsache, dass ca. die Hälfte der SchülerInnen angeben, mit ihren Lehrern über die Wahlen gesprochen zu haben, macht aufmerksam und sollte näher beleuchtet werden.

Tabelle 16: Schule und Nationalratswahlen

	Auf die Wahlen aufmerksam gemacht	Über die Senkung des Wahlalters informiert	Eine Diskussion mit Politikern veranstaltet
WählerIn	84%	85%	26%
NichtwählerIn	82%	88%	22%

Danach gefragt, wie in der Schule bzw. Berufsschule auf die Wahlen eingegangen wurde, zeigt sich, dass es keine Gruppenunterschiede in Bezug auf das Wahlverhalten gibt, allerdings sind die „Aktivitäten“ rund um die Wahlen auf Informationsvermittlung beschränkt. Nur ca. ein Viertel der Befragten gibt an, dass eine Veranstaltung mit PolitikerInnen stattgefunden hat.

Vor allem in einen schulischen Kontext sind auch die beiden Kampagnen bzw. Aktivierungsmaßnahmen „Entscheidend bist DU“ des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur, sowie des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung auf der einen Seite und der Demokratiewerkstatt des Österreichischen Nationalrats zu setzen. Betrachtet man die beiden nachfolgenden Tabellen vergleichend, so ist zunächst festzuhalten, dass zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen keine wirklichen Unterschiede festzustellen sind.

Tabelle 17: „Entscheidend bist DU“²⁷

	Von „Entscheidend bist DU“ gehört	Etwas über „Entscheidend bist DU“ gelesen	An einer Veranstaltung von „Entscheidend bist DU“ teilgenommen
WählerIn	20%	11%	2%
NichtwählerIn	21%	10%	2%

Tabelle 18: Demokratiewerkstatt²⁸

	Von „Demokratiewerkstatt“ gehört	Etwas über „Demokratiewerkstatt“ gelesen	An einer Veranstaltung der „Demokratiewerkstatt“ teilgenommen
WählerIn	22%	14%	2%
NichtwählerIn	20%	15%	2%

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass aktives Lesen ein besonderes Interesse am Sachverhalt oder der Thematik vermuten lässt. Insofern haben sich immerhin

²⁷ Fragestellung: Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung haben die Demokratieinitiative mit dem Titel „Entscheidend bist Du“ gemacht. Haben Sie ...?

²⁸ Fragestellung: Auch das Österreichische Parlament hat eine Politikinformations- und Jugendkampagne mit dem Titel „Demokratiewerkstatt“ gemacht, haben Sie ...?

75% derer, die etwas über die Demokratie-Initiative gelesen, also aktiv informiert haben, dann auch an der Wahl beteiligt.

Insgesamt kann beobachtet werden, dass das aktive Informationsverhalten zu politischen Themen vor allem in der Frequenz Unterschiede zwischen den Gruppen sichtbar macht.

Tabelle 19: Informationsverhalten

	Täglich	Mehrmals pro Woche	Ein- oder zweimal pro Woche	Seltener	Nie
WählerIn	31%	31%	22%	13%	3%
NichtwählerIn	24%	29%	25%	18%	4%

Zusätzlich zeigt sich, dass das Informationsverhalten ausgehend von der AHS hin zu den Berufsschulen absinkt. Zudem gibt es einen Alterseffekt dahingehend, dass 18-Jährige sich intensiver informieren und einen Geschlechtsunterschied in die Richtung, dass Frauen sich deutlich weniger informieren als Männer.

3.5.3.3 Soziale Lagen als Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten

Wie bereits an verschiedenen Stellen thematisiert, sind es nicht allein die direkt auf Politik zu beziehenden Dimensionen des Interesses, des Informationsverhaltens oder auch der Wahrnehmung von Politik, die das politische Bewusstsein und damit auch die Teilnahme an politischen Prozessen determinieren. Auch spezifische soziale Lagen und Wahrnehmungen können die Selbstverortung in der Sphäre der Politik beeinflussen.

Eine sehr wichtige Erklärungsdimension ist die Einbettung in einem sozialen Gefüge und die Wahrnehmung der eigenen Situation. Wie aus der nachfolgenden Tabelle zu erkennen ist, verorten sich NichtwählerInnen deutlich häufiger in einen eher niedrigen Lebensstandard, als dies die Gruppe der WählerInnen tut.

Tabelle 20: Einschätzung des Lebensstandards²⁹

	Sehr niedrig	Niedrig	Durchschnittlich	Hoch	Sehr hoch
WählerIn	1%	1%	50%	39%	8%
NichtwählerIn	1%	4%	56%	32%	7%

²⁹ Fragestellung: Alles in allem betrachtet, wie schätzen Sie Ihren derzeitigen Lebensstandard ein: als sehr niedrig, niedrig, durchschnittlich, hoch oder sehr hoch?

Insbesondere in der positiven Bewertung ihrer persönlichen Situation sind NichtwählerInnen eher als zurückhaltend zu beschreiben.

3.5.3.4 Einstellungen gegenüber der Europäischen Union

Während alle anderen politischen Handlungsfelder – abgesehen davon, dass sich NichtwählerInnen häufiger in der Mittelkategorie einordnen als WählerInnen - kaum Unterschiede zwischen den Gruppen aufweisen, ist es wieder einmal das Thema Europäische Union, das dann doch eine Differenzierung zwischen der Gruppe der WählerInnen und jener der NichtwählerInnen hervorbringt.

Tabelle 21: Einstellungen gegenüber der Europäischen Union - positiv³⁰

	Die Mitgliedschaft in der EU verbessert die Reise und Berufsfreiheit für Österreicher			
	Stimme sehr zu	Stimme ziemlich zu	Stimme wenig zu	Stimme gar nicht zu
WählerIn	47%	35%	15%	4%
NichtwählerIn	35%	37%	20%	8%

Anmerkung: hoch signifikante Differenz

Tabelle 22: Einstellungen gegenüber der Europäischen Union - negativ³¹

	Die Mitgliedschaft in der EU kostet viel und bringt Österreich nichts			
	Stimme sehr zu	Stimme ziemlich zu	Stimme wenig zu	Stimme gar nicht zu
WählerIn	15%	21%	41%	23%
NichtwählerIn	13%	22%	37%	28%

Bezogen auf die Europäische Union stimmen NichtwählerInnen also positiven Aussagen gegenüber der EU deutlich weniger zu, als dies WählerInnen tun. In den negativen Fragestellungen unterscheiden sich die beiden Gruppen dem gegenüber nicht besonders stark voneinander und sind in Ihrer Grundhaltung ähnlich skeptisch. Dieses Ergebnis zeigt also, dass es den NichtwählerInnen vor allem an positiven Assoziationen zum Thema EU fehlt.

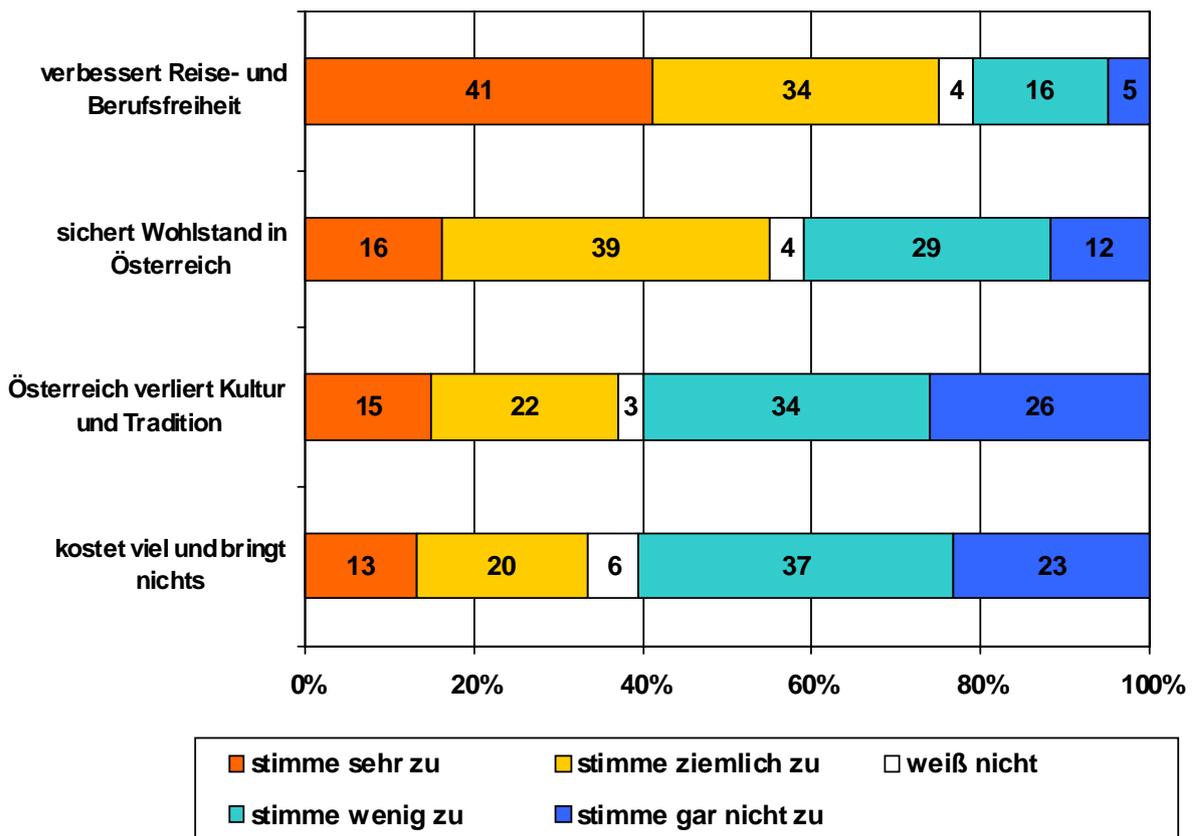
³⁰ Fragestellung: Stimmen Sie folgenden Aussagen zur EU-Mitgliedschaft sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?

³¹ Fragestellung: Stimmen Sie folgenden Aussagen zur EU-Mitgliedschaft sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?

3.6 Europäische Union

Junge WählerInnen haben ein recht positives Bild von der Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union. Drei Viertel der befragten Jugendlichen stimmen der Aussage ziemlich bis sehr zu, dass die EU-Mitgliedschaft die Reise- und Berufsfreiheit verbessert und etwas mehr als die Hälfte ist der Ansicht, dass die EU-Mitgliedschaft den Wohlstand in Österreich fördert (55% stimmen ziemlich bis sehr zu). Die Aussage, dass Österreich durch seine Mitgliedschaft in der EU in Gefahr ist, seine eigene Kultur und seine Traditionen zu verlieren, stimmen 60% der Befragten wenig bis gar nicht zu und auch die Aussage, dass die Mitgliedschaft in der EU viel kostet, aber Österreich nichts bringt, lehnt weitaus mehr als die Hälfte ab (60% stimme wenig bis gar nicht zu).

Abbildung 15: Einstellung zur EU-Mitgliedschaft Österreichs³²



³² Fragestellung: Stimmen Sie folgenden Aussagen zur EU-Mitgliedschaft sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?

Die männlichen Befragten unterscheiden sich von den weiblichen Befragten im Hinblick auf ihre Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft dahingehend, dass sie sowohl der Aussage zur verbesserten Reise- und Berufsfreiheit als auch jener zum Kulturverlust signifikant stärker zustimmen (47% stimme sehr zu im Vergleich zu 37% und 18% stimme sehr zu im Vergleich zu 12%). Sie äußern also etwas polarisiertere Einstellungen.

SchülerInnen stimmen den beiden positiven Aussagen signifikant höher zu als Erwerbstätige, während letztere den beiden negativen Aussagen signifikant stärker zustimmen. Im Detail stimmen 46% der SchülerInnen im Vergleich zu 38% der Erwerbstätigen der Aussage, dass die Mitgliedschaft in der EU die Reise- und Berufsfreiheit verbessert, sehr zu. Außerdem sind 60% der SchülerInnen im Vergleich zu 54% der Erwerbstätigen der Ansicht, dass die EU-Mitgliedschaft den Wohlstand in Österreich sichert (stimme ziemlich bis sehr zu).

Auf der anderen Seite sind 45% der Erwerbstätigen im Vergleich zu 31% der SchülerInnen der Ansicht, dass Österreich durch die EU-Mitgliedschaft Gefahr läuft, seine Kultur und Traditionen zu verlieren (stimme ziemlich bis sehr zu) und 19% der Erwerbstätigen stimmt im Vergleich zu 10% der SchülerInnen der Aussage zu, dass die EU viel kostet aber nichts bringt.

3.7 Wichtige Schlussfolgerungen

Im Hinblick auf die immer wieder zitierte Demokratie- bzw. Politikverdrossenheit von Jugendlichen belegen die in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse, dass die geäußerte Unzufriedenheit mit der Demokratie (ein Drittel der Befragten ist wenig bis gar nicht zufrieden) nicht per se als Ablehnung der Demokratie interpretiert werden darf. So vertritt die überwiegende Mehrheit (vier Fünftel der Befragten) die Meinung, dass die Demokratie trotz ihrer Probleme die bestmögliche aller Regierungsformen ist und nur fünf von hundert Jugendlichen können der Forderung nach einem starken Führer etwas abgewinnen. Zusätzlich zeigen das große Vertrauen sowohl in die Landesregierungen als auch in den Nationalrat, sowie die hohe Bereitschaft, an Wahlen teilzunehmen und die tatsächliche Wahlbeteiligung, die dem Bevölkerungsdurchschnitt entspricht, dass es nicht die Demokratie oder das demokratische System ist, das von den Jugendlichen abgelehnt wird.

Das tatsächliche Problem liegt an anderer Stelle und die vorliegenden Daten lassen auch einen Rückschluss darauf zu, worum es sich dabei handelt: So sind zwei Drittel der Befragten der Ansicht, dass PolitikerInnen leere Versprechungen machen und beinahe die Hälfte der Jugendlichen findet, dass sich PolitikerInnen nicht um die für sie wichtigen Dinge kümmern. Zusätzlich vertrauen nur zwei von

hundert Befragten den PolitikerInnen sehr stark, während jede/r Zehnte angibt, PolitikerInnen gar nicht zu vertrauen. In Anbetracht dieser letztgenannten Ergebnisse und im Hinblick auf einen Vergleich mit den davor beschriebenen, wird offensichtlich, dass die Kritik und die Ablehnung nicht die Demokratie als Staats- und Regierungsform, sondern vielmehr die in ihrem Namen agierenden Personen betrifft.

Die Mehrheit der Jugendlichen ist an der österreichischen Politik nicht nur interessiert, darüber informiert und selbstverständlich bereit, von seinem/ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, in den vorliegenden Ergebnissen steckt außerdem die Forderung danach, von den PolitikerInnen wahr- und ernst genommen zu werden. Dies betrifft nicht nur das Aufgreifen der für die Jugendlichen wichtigen Themen (Ausbildung, Jugendarbeitslosigkeit, Armut, Gleichberechtigung), sondern auch ein vorausschauendes Handeln bzw. ein Gestalten der Zukunft, in welcher die Ängste der jungen Generation, vor allem im Hinblick auf ihre Arbeitsplatz-, Einkommens- und Pensionssicherheit, nicht Wirklichkeit werden.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen außerdem jene Jugendlichen, die bei der vergangenen Nationalratswahl von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Diese Gruppe der NichtwählerInnen weist ein deutliches Desinteresse an Politik als solche auf. Sie unterscheiden sich vor allem in ihrer Wahrnehmung und ihrem Interesse von den WählerInnen, nicht jedoch in ihren Einstellungen und Positionierungen zu den wichtigen Fragen in der gegenwärtigen Politik. Es stellt sich also die Frage, wie diese spezielle Gruppe der Jugendlichen für die Politik begeistert werden kann, da (1) die Distanz eines Individuums zur Politik mit zunehmendem Alter eher steigt, und (2) soziale Problemlagen und individuelle wirtschaftliche Notwendigkeiten die Bereitschaft, aber auch die zur Verfügung stehende Zeit zur Beschäftigung mit Politik eher sinken lassen.

Auf Seiten der NichtwählerInnen finden sich weder grundsätzliche Protest-, noch Ablehnungsmotive. Dennoch sind ihre Beschreibungen des Politischen und ihre Werte, sowie Einstellungen, im Hinblick auf bestimmte Handlungs- und Politikfelder wesentlich negativer, als dies bei jenen zu beobachten ist, die ihre Stimme bei der Nationalratswahl abgegeben haben. Politik muss also für die Gruppe der NichtwählerInnen vor allem an Wert an sich gewinnen und muss interessant, sowie mit positiven und inhaltlichen Konturen und Orientierungen aufgeladen werden.

4 Fokusgruppen – Institut für Strategieanalysen (ISA)

Im Zuge der Post Election Study „Wählen mit 16“ wurden zwei Fokusgruppen mit Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren in Wien durchgeführt. An den Diskussionen, die im November 2008 angesetzt waren, nahmen insgesamt acht Mädchen und elf Burschen teil. Die Gruppen waren nach dem formalen Bildungsstand bzw. der aktuellen Tätigkeit (Schule/Lehre) gemischt. Jede der Gesprächsrunden dauerte rund 90 Minuten.

Neben einer leitfadengestützten Diskussion wurden die Jugendlichen in einem Wordrap um spontane Assoziationen zu einzelnen, themenrelevanten Begriffen und Personen gebeten; abschließend sollten sie ihre positiven und negativen Meinungen zu den jeweiligen Obleuten bzw. Vorsitzenden der im Nationalrat vertretenen Parteien schriftlich und anonymisiert festhalten. Die Auswertung erfolgte auf Basis der Beobachtung der Fokusgruppen und der Analyse der Transkripte.

Organisiert und moderiert wurden die Fokusgruppen von der Österreichischen Gesellschaft für Marketing (OGM).

4.1 Demokratie – Einstellungen und Werthaltungen

Die Demokratie als politisches System wird von den Jugendlichen grundsätzlich als „immer noch die beste Form“ des Staates befürwortet. Sie ist als Terminus positiv besetzt und wird mit Begriffen wie Gleichberechtigung, Volk, Freiheit, Wahlen, Gerechtigkeit und Mitsprache in Verbindung gebracht.

Demokratie als konkrete Staatsform, etwa in Österreich, wird hingegen von den jungen Menschen vor allem institutionell bzw. reduziert auf den politischen Wettbewerb zwischen den Parteien wahrgenommen. Diese Perspektive war von einem deutlich kritischeren Ton geprägt, die gelebte heimische (Parteien-)Demokratie wurde tendenziell negativ gesehen. Kritisiert wurde in den Diskussionen vor allem eine „mangelnde Kommunikationskultur“. In anderen Ländern vermuteten die Jugendlichen einen offeneren Umgang mit Politik in der Öffentlichkeit und eine entsprechend bessere Gesprächskultur.

Es werde nur gestritten, es sei ständig Wahlkampf. Dafür wurde den Medien eine Teilschuld zugeordnet, da diese „ja nur über die Streitereien“ berichten würden: „Die Medien reißen sich doch auch um die Top-Story über einen Koalitionsstreit, oder darum, einen parteiinternen Konkurrenzkampf zu finden“. Einige Jugendliche vertraten die Meinung, dass es den PolitikerInnen nur darum gehe,

sich gegenseitig zu übertrumpfen, nur Parteiinteressen durchzusetzen und „gewählt zu werden“, und nicht darum, was „das Beste für Österreich“ sei.

Ein weiteres Problem aus Sicht einiger DiskutantInnen ist die Entfernung der PolitikerInnen von den eigentlichen Problemen und Schwierigkeiten (siehe auch Punkt 3.2), ausgedrückt in zwei konkreten Kritikpunkten: Einerseits der Abgehobenheit individueller Personen in der Politik - „(..) es geht in der Demokratie darum, dass ein Mann aus dem Volk gewählt wird und das ist jetzt nun mal nicht so. Es wird ein Mann aus der gehobenen Klasse gewählt“ bzw. „Ich denke, dass die Politiker in ihren Villen wohnen und dort ihr geordnetes Leben führen und sie sind nie in Problembezirken oder Bezirken, wo's eben anders zugeht“ - und andererseits in einer zu indirekten Ausformung von Demokratie - „(..) deshalb wieder mein Argument von vorher, dass man mehr Menschen direkt fragen sollte. Und wenn es um Entscheidungen geht, die in solchen Bezirken passieren dann sollte man irgendeinen Zwischenweg zwischen direkter und indirekter Demokratie finden“.

Eine direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild wird von den Jugendlichen größtenteils als Idealbild beschrieben, da dort „zum Beispiel jedes Gesetz“ abgestimmt werde und „nicht einzelne Leute“, sondern „das Volk“ bestimme. Es ist „theoretisch die perfekte Form der Demokratie“. Im Umkehrschluss wurden nicht vorhandene Partizipationsmöglichkeiten in Österreich kritisiert: „Also mich stört, dass die Bürgerbeteiligung zu schwer ist oder zu kompliziert. Wenn es ein kleines Problem gibt, an wen wendet man sich da? Wie kann man eine Bürgerinitiative starten? Das sollte einfacher werden, dass man selbst aktiv etwas machen kann“. Relativierende Nachsätze hinsichtlich möglicher Nachteile einer solchen direktdemokratischen Staatsform gingen in den Diskussionen unter.

4.1.1 Mangelnde Kommunikationskultur als Problem

Wie angedeutet, kritisierten die Jugendlichen in erster Linie eine nicht vorhandene bzw. negativ ausgeprägte Kommunikationskultur in Österreich: „Die Leute können nicht kommunizieren. Wenn man sich die Fernsehdiskussionen anschaut, es hat keiner Disziplin, es will eigentlich gar niemand mit dem Anderen reden. Es kommt so rüber, als ob niemand verhandeln will. So kann nichts zustande kommen. Wenn man sich Diskussionen in Deutschland anschaut, da hört sich wenigstens jeder an, was der Andere zu sagen hat“. Dabei ist anzumerken, dass das Klima hier zweifelsfrei von der im Dissens zu Ende gegangenen großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP und dem Wahlkampf geprägt war. Eine gewisse grundlegende Kritik am öffentlich sichtbaren politischen Prozess ließ sich dennoch erkennen.

Dieses konfliktorientierte Verhalten führten sie unter anderem auf die individuellen Interessen der PolitikerInnen zurück und zeichneten gleichzeitig ein sehr negatives Bild der VolksvertreterInnen: „Ich glaube, dass es den Politikern darum geht, von den Österreichern gewählt zu werden, aber es geht ihnen nicht um Österreich. Sondern es geht ihnen nur darum, dass sie besser sind als die anderen“. Das entspreche der grundsätzlichen Mentalität der PolitikerInnen: „Es geht darum, dass sie eine gewisse Zeit an der Macht sind. Ich glaube, dass das generell die Mentalität der Politiker ist. Bei jeder Wahl reden sie groß, es gibt so viele Wahlversprechen. Und alle denken, dass jetzt irgendetwas passiert, aber es geschieht eh nie was“. Die Parteien könnten sich zuweilen gar nicht mehr miteinander unterhalten, weil schon zu viel Gehässigkeit zwischen den Personen existiere („Da sind nur noch Aggressionen da“, bezogen auf ein Beispiel einer Debatte um die FPÖ im Nationalrat).

Teilweise wurde aber auch konstatiert, dass es zum öffentlichen Spiel der Politik und der Parteien gehöre, ihre Uneinigkeit auszutragen und unterschiedliche Standpunkte darzustellen: „Das sind Politiker, die müssen ja gegensätzliche Meinungen haben und sich streiten. Wenn sie sich immer nur zustimmen würden, wäre das auch komisch“. Ebenfalls wurde wiederum die Rolle der Medien thematisiert und die Meinung geäußert, dass PolitikerInnen „doch nur vor den Medien“ streiten, abseits davon aber gut miteinander auskommen würden.

Als Folge der Konflikte und Streitereien in der österreichischen Politik wurde teilweise auch konkret ein sinkendes Interesse und eine Enttäuschung bis hin zur Abkehr genannt: „Ich habe mich früher mehr für Politik interessiert. Da habe ich auch öfter die Zeitung gelesen. Jetzt habe ich keine Lust mehr die Zeitung zu lesen, weil immer wieder dasselbe drinnen steht. Sie reden viel und machen wenig. Weniger reden und dafür mehr machen, das würde dem Volk mehr gefallen und würde auch Österreich mehr bringen. Ich bin sehr enttäuscht von der ganzen österreichischen Politik, weil man sie wirklich nur streiten sieht“.

4.1.2 Wählen mit 16

Durchaus (selbst)kritisch zeigten sich die Jugendlichen über ihre eigene demokratische Involvierung und die ihrer Altersgenossen, ausgedrückt im Thema Wählen mit 16. Der überwiegende Teil der Diskutierenden äußerte sich gegen die Wahlaltersenkung, die bei der Nationalratswahl 2008 erstmals bundesweit in Österreich zum Tragen kam, und nannte dafür folgende Gründe:

- Geringer Informationsstand: Jugendliche hätten zu wenig Wissen über Politik und politische Prozesse: „Wir haben das (die Nationalratswahl, Anm.) auch am

Anfang des Jahres besprochen und viele haben gesagt, dass sie nicht wählen waren, weil sie nicht genug informiert waren“ .

- Mangelnde Reife: Jugendliche würden keine informierten Entscheidungen treffen, sondern einfach „irgendwas“ wählen: „Ich bin schon sehr interessiert, und ich war auch wählen, aber es gibt sehr viele 16-Jährige, die nicht reif genug sind, die hingehen und irgendwas wählen“ oder „Ich finde nach wie vor, dass man mit 16 nicht wählen sollte. Ich dürfte dann auch noch nicht wählen. Ich denke, dass viele 16-Jährige oder auch viele 18-Jährige sich sehr stark von Plakaten oder Werbung beeinflussen lassen“ .

- Kein Interesse an Politik: Andere Lebensbereiche hätten für Jugendliche schlicht Vorrang, Politik sei hingegen weniger wichtig, Wahlen erhielten daher nicht den notwendigen Stellenwert.

- Manipulation: Jugendliche ließen sich zu leicht beeinflussen (etwa durch Wahlgeschenke, Disco-Besuche etc.) und daher sei das niedrige Wahlalter kritisch zu sehen: „Ich glaube, dass 16-Jährige schon noch mehr beeinflussbar sind, z.B. von einem Herrn Strache oder so. Die kann man schon noch eher beeinflussen als einen 25-Jährigen“ .

Als Problem wurde auch genannt, dass bei 16 bis 18-Jährigen die Betroffenheit fehle, um wirklich die Tragweite der eigenen Entscheidung nachvollziehen zu können: „Ich finde, wählen mit 16 ist eine gute Idee, um Jugendliche einzubinden, aber die Jugendlichen haben einfach teilweise keine Ahnung und stimmen bei Sachen mit, die man einfach erst später versteht, wo man erst im Arbeitssystem eingegliedert sein muss, Steuern zahlen muss usw., damit man weiß, warum man diese Ansichten hat“ . Bei aller mitschwingenden Selbstkritik ist anzumerken, dass hier in der Diskussion (wie an anderer Stelle auch immer wieder) zumindest implizit grundsätzliche Aspekte der Demokratie angesprochen wurden, nämlich eine (möglicherweise fehlende) Deckungsgleichheit zwischen politischen Entscheidungen und der gesellschaftlichen Realität und Notwendigkeit. Die Jugendlichen demonstrierten ein teils hohes Maß an Selbstreflexion.

Die TeilnehmerInnen gestanden aber zu, dass Wählen mit 16 grundsätzlich schon wichtig wäre, um Jugendlichen eine Stimme zu geben und sie mehr in die Politik einzubinden. Es könnte insbesondere einen Beitrag dazu leisten, dass die jugendliche Perspektive – die durch die Distanz der Politik und der Erwachsenenwelt zu wenig Beachtung findet – stärker in die politische Diskussion eingebracht würde: „Ich finde schon, dass die 16-Jährigen wählen sollten.“

Manche sind schon einfältig und primitiv, das stimmt schon, aber es ist halt nicht so, dass die Erwachsenen das gleich sehen, wie es die Jugendlichen sehen. Meine Mutter wird nie sehen, was ich sehe, was mir bis jetzt passiert ist“. Zudem gäbe es auch zahlreiche Jugendliche, die sich sehr dafür interessieren und das Angebot annehmen würden.

Die selbst genannten Kritikpunkte wurden teilweise auch wieder von den TeilnehmerInnen selbst relativiert, etwa jener Aspekt der mangelnden Reife. So gebe es ältere Personen, die „keine Ahnung“ hätten und trotzdem wählen dürften.

Eine Grundvoraussetzung für Wählen mit 16 sei aber in jedem Fall eine Verstärkung der politischen Bildung, auch bereits in der Unterstufe: „Es könnte (..) etwas mehr politische Bildung geben, vor allem in der Unterstufe, dass dann auch darauf vorbereitet“. Das wäre ein Anreiz, schon früher damit anzufangen, sich für das Thema zu interessieren, was die Kompetenz im Umgang mit Politik und das Interesse daran positiv fördern könnte: „(..) wenn man langsam einmal die Grundkenntnisse hat, dann fällt es leichter sich generell damit zu beschäftigen und dann wird auch eher das Interesse geweckt. Weil wenn man alles auf einmal als Gesamtpaket geliefert bekommt, dann wäre das zu kompliziert und dann lässt man es wahrscheinlich lieber. Aber wenn man es so nach und nach bekommt, das wäre viel besser“.

Die Schule wurde hierbei – neben der Familie – als wichtige Bildungsinstanz und Informationsquelle gesehen, als jener Ort also, an dem die Kompetenzen für die Wahlteilnahme vermittelt werden könnten: „Stimmt, weil wenn man nicht in der Familie konfrontiert ist oder in der Schule, wo dann? Weil welcher 16-Jährige schaut sich schon tagtäglich die ZiB an und informiert sich selbst genügend darüber. Wir haben auch dieses Jahr dazubekommen dieses Fach ‚Politwissenschaft und Recht‘ und da haben wir uns sehr genau mit der Nationalratswahl beschäftigt und dadurch ist das für uns auch interessant geworden“.

Derzeit, so die Meinung der Jugendlichen, würden sie zu wenig auf die Wahl vorbereitet, teils hätten sie das entsprechende Fach erst nach der Wahl bzw. zum Zeitpunkt der Wahl dazubekommen. Politische Bildung wäre aus Sicht der DiskutantInnen ein wichtiger und hilfreicher Beitrag im Rahmen der notwendigen Wahlvorbereitung.

Anzumerken ist vor allem hinsichtlich der Debatte um das Wahlalter, dass sich die Jugendlichen in der Diskussion sehr selbstkritisch gaben und damit eine Reflektiertheit demonstrierten, die für den demokratischen Diskurs als sehr positiv gewertet werden kann.

Zu hinterfragen ist hingegen die Sichtweise von Demokratie als einen hauptsächlich auf das Wählen fokussierten Prozess. Zwar hat vermutlich der Schwerpunkt der Nationalratswahlen in den Fokusgruppen zu dieser Perspektive beigetragen, dennoch deutet dies ein reduziertes Demokratieverständnis der Jugendlichen an.

4.2 Distanz / Verdrossenheit

Grundsätzlich zeigte sich in beiden Fokusgruppen eine vergleichsweise große Distanz zwischen Jugendlichen und der institutionalisierten Politik. Die Kluft wurde von den TeilnehmerInnen auch selbst als solche beschrieben. Sie ergab sich vor allem daraus, dass die politischen Parteien und PolitikerInnen keine Vorstellung hätten, wo die Probleme lägen und sie „überhaupt nicht wissen, worum es Jugendlichen geht“.

Besonders von der Kritik betroffen waren SPÖ und ÖVP, was vor allem auf deren öffentliche Dominanz im Wahlkampf und die Konflikte in der damaligen Koalition zurückzuführen ist. So wurde etwa konkret hinsichtlich der SPÖ die Meinung geäußert, dass diese sich „ja nur um die Pensionisten“ kümmere. Man bekomme nicht mit, dass etwas für die Jungen geschehe. Politiker wurden als realitätsfern betrachtet, sie kämen aus gesellschaftlichen Schichten, die von den echten Problemen und Anliegen der Jugendlichen „meilenweit entfernt sind“.

Wirklich ernst genommen fühlten sich die TeilnehmerInnen von der Politik nicht, vielmehr waren sie der Meinung, dass diese „halt ein paar Stimmen mehr haben“ wolle, um dann anschließend das zu machen, was sie ohnehin vorgehabt hätte.

Demgegenüber hob sich die FPÖ in den Augen der Jugendlichen im Kontext des Nationalratswahlkampfes positiv ab. Von ihr fühlten sie sich „eher verstanden“, ihre Politiker „sprechen eine klare Sprache mit klaren Aussagen“. Insbesondere im Vergleich mit den Großparteien wurde das als untypisch für Politik und somit positiv bewertet.

Der große Unterschied zwischen vor allem SPÖ und ÖVP auf der einen und der FPÖ auf der anderen Seite ergab sich in weiterer Folge aus der Klarheit der Positionierung. Während man bei den erstgenannten Parteien überhaupt nicht wisse, „wofür die wirklich stehen“, sie profillos und austauschbar seien, so wären bei der FPÖ zumindest die Standpunkte eindeutig.

Dieser Befund aus Sicht der Jugendlichen lässt sich ebenso auf das so genannte Ausländer-Thema umlegen. Auch hier wisse die Politik schlicht nicht um die realen Gegebenheiten, mit denen sich die Jugendlichen konfrontiert sehen. Die klaren Ansagen der FPÖ dazu wurden entsprechend besser eingeschätzt, nicht

unbedingt im Sinne einer inhaltlichen Zustimmung (die Partei wurde durchwegs von den TeilnehmerInnen kritisiert, ihre Zugewinne als „traurig“ bezeichnet: „Die haben Angst gemacht, vor allem vor Ausländern und ich glaube, dass Angst eine große Anziehungskraft hat“), aber doch in Anerkennung der Selbst-Positionierung.

Zusammengefasst hat sich in den Fokusgruppen ein distanzierendes und kritisches Politikbild gezeigt, das besonders auf negative Assoziationen mit Parteien und PolitikerInnen gründet. Zu beachten ist, dass die allgemeine Stimmungslage im Wahlkampf und rund um die Nationalratswahl von einer tendenziell negativen Meinung beherrscht wurde, die besonders auf die damals gescheiterten Koalitionspartner zurückfiel. Der Wahlkampf war aus Sicht der Jugendlichen dann auch folgerichtig eine Fortsetzung der Regierungskonflikte und ein permanenter Kampf zwischen SPÖ und ÖVP. Dementsprechend sind die geäußerten Meinungen der TeilnehmerInnen etwas relativiert zu betrachten. Dennoch muss die Einhelligkeit der Diskussion als ein klares Indiz für ein tiefgehendes Image-Problem der Politik (verkörpert durch Parteien und PolitikerInnen) in der Gruppe der 16 bis 18-Jährigen gewertet werden.

4.3 Parteipräferenzen und Wahlmotive

Die expliziten Parteipräferenzen der Jugendlichen wurden in den Fokusgruppen ebenso wie das Wahlverhalten nicht abgefragt. Es hat sich jedoch gezeigt, dass eine gewisse Grunddistanz zu allen politischen Parteien im Nationalrat und ihren SpitzenvertreterInnen vorhanden ist (siehe auch Punkt 3.2).

Im Laufe des Nationalratswahlkampfes konnte sich keine der Parteien durch ihre Wahlwerbung offenbar einen Vorteil in der Wahrnehmung der 16 bis 18-Jährigen verschaffen. Alle Kampagnen wurden von den TeilnehmerInnen in den Diskussionen kritisch betrachtet (v.a. SPÖ und ÖVP) oder überhaupt nur wenig wahrgenommen (Grüne). Allein wiederum die FPÖ konnte durch ihre – aus Sicht der DiskutantInnen – klaren Botschaften einen erfolgreichen Wahlkampf umsetzen. Die BZÖ-Kampagne wurde eindeutig und ausschließlich mit der Person Jörg Haider assoziiert.

4.3.1 Selbstsicht der Wahlmotive

Die grundlegende Skepsis schlug bei den Wahlmotiven durch: So war ein wichtiger Faktor für die Wahlentscheidung der Jugendlichen nach eigenen Angaben das Ausschlussverfahren („Also ich habe die Parteien weg gestrichen, die ich nicht wählen kann, und da ist dann eine übrig geblieben“), das Streichen von Parteien, die für sie grundsätzlich nicht wählbar waren. Darüber hinaus

spielten inhaltliche Motive eine Rolle, etwa die Parteiprogramme („Ich habe mir die Parteiprogramme ausgedrückt von den Parteien die mich nur irgendwie interessiert haben. Teilweise hab ich da über Themen die mich interessiert hätten nicht viel gefunden (..)“) und die TV-Diskussionen, denen ein relativ großes Gewicht eingeräumt wurde: „Bei vielen meiner Bekannten waren die TV-Diskussionen ausschlaggebend, weil sich viele dadurch ein Bild machen konnten“. Gleichzeitig wurden sie aber auch kritisch gesehen, da sie erneut das Problem der mangelnden Kommunikationskultur widerspiegeln („Ich habe mir auch die TV-Diskussionen angeschaut aber schon oft nach 10 Minuten abgeschaltet, weil die nur gestritten haben“). Thematisch fokussierten die TeilnehmerInnen nach eigenen Angaben vor allem auf den Bildungsbereich als jenen Teil der Politik, welcher sie direkt betrifft.

4.3.2 Fremdsicht der Wahlmotive

Diese starke Betonung einer inhaltlichen Entscheidung wurde in den Diskussionen durch die indirekte Frage nach Wahlmotiven von gleichaltrigen FreundInnen und Bekannten relativiert. Hier waren die Jugendlichen sich relativ einig, dass viele sich nur auf Basis von banalen Gründen für eine Partei entschieden hätten, nicht jedoch im Sinne einer inhaltlichen Entscheidung eine reflektierte Wahl getroffen hätten: Wahlzuckerl („Nach welchen Kriterien meine Freunde die Entscheidung getroffen haben weiß ich nicht. Nach dem besten Wahlzuckerl vielleicht?“), Einladungen in die Disco, Veranstaltungen, „die die Jungen mitreißen“ standen hier hoch im Kurs. Auch die Eltern spielten offenbar eine nicht unerhebliche Rolle bei der Parteiwahl (v.a. bei SPÖ und ÖVP): „Oder sie (die Jugendlichen, Anm.) werden von den Eltern beeinflusst. Die Eltern sagen was zu wählen ist, die Kinder kennen sich nicht aus und tun das aber“.

Besonders kritisch äußerten sich die Jugendlichen über die Motive von FPÖ- und BZÖ-WählerInnen in ihrem Umfeld. Diese hätten ihnen auf Nachfrage oftmals keine plausiblen Gründe für ihre Entscheidung nennen können: „Wenn mir jemand sagt, ich habe FPÖ gewählt und ich frage dann: warum? können sie mir meistens keine Antwort geben“. Einige hätten sich anscheinend von „Wahlsprüchen beeindrucken lassen“, „weil sie den Strache in der Nachtschicht getroffen haben“ und „nicht weiter darüber nachgedacht“: „(..) eine Woche vor der Wahl sagen sie noch, das sei eine unwählbare Partei und dann haben sie doch die FPÖ gewählt“.

Gleichzeitig hätten aber viele der jungen ErstwählerInnen auch die FPÖ gewählt, „weil sie etwas gegen Ausländer haben und vielleicht negative Erfahrungen mit Ausländern gemacht haben“. Diese inhaltliche Entscheidung wurde von den Jugendlichen sehr wohl wahrgenommen und in den Debatten als zu wenig

reflektiert bedauert: „Man schaut auf die Plakate und sieht, aha, ja, die sind gegen Ausländer und ich mag keine Ausländer – passt, die wähl ich. Es ist traurig, aber es ist so“ .

Stimmen von in Österreich lebenden MigrantInnen für die FPÖ erklärten sich die Jugendlichen in erster Linie mit einem Verdrängungswettbewerb und einer Mehrklassen-Gesellschaft im Sinne von „guten“ und „schlechten“

ZuwandererInnen: „Ein Mädchen aus meiner Klasse kommt aus der Türkei und hat selbst gesagt, sie würde die FPÖ wählen, wenn sie wählen könnte. Ihre Familie kommt aus Istanbul und sie weiß, inzwischen kommen so viele Leute aus den Vororten von Istanbul nach Österreich. Das sind immer mehr Kriminelle und nicht die, die wirklich erfolgreich sein wollen und Positives bieten. Sie sagt aus ihrer Erfahrung, dass immer mehr Menschen kommen, die auch Negatives bringen“ .

4.3.3 Nichtwahl-Motive

Nichtwählen wurde in den Fokusgruppen neben Bequemlichkeit großteils mit Protest gleichgesetzt, ausgelöst durch austauschbare Parteiprogramme, verwaschene Ideologien (die Parteien versuchen „alles abzudecken und sind nicht bei ihrem Parteiprogramm geblieben, sondern haben von überall irgendetwas genommen um zu gewinnen. Viel zu schwammig (..). Man muss Prioritäten setzen“) und den Mangel an wählbaren Parteien: „Ich glaube, dass Menschen einerseits nicht wählen, weil sie keine Lust haben, keine Zeit haben, also Bequemlichkeit. Und das Zweite ist, dass sie auch keinen Ansporn haben, weil es niemanden im Parlament gibt“ . Bemerkenswert war die eindeutige Meinung in den Gruppen, dass trotz einer allfälligen Proteststimmung die grundsätzliche Wahlteilnahme von den TeilnehmerInnen nicht in Frage gestellt wurde: „Auch wenn eine keine Partei anspricht, ist es doch trotzdem besser, das kleinere Übel zu wählen“ . Ungültig zu wählen sende das deutlichere Signal, als überhaupt der Wahl fernzubleiben: „Die Leute denken nicht nach, dass ihnen wählen gehen helfen könnte“ .

4.4 Europa

Europa und die EU spielte in den Fokusgruppen bewusst keine Rolle. Aufgrund der Nähe zur Nationalratswahl und der dann aktuellen Debatte rund um einen möglichen Rechtsruck bei den 16 bis 18jährigen, wurde diesem Thema der Vorrang eingeräumt. Im Wordrap kam zur EU ein ambivalentes Bild zustande, das zwischen der guten Grundidee und doch deutlich kritischen Punkten pendelte. Positiv an der Europäischen Union fanden die Jugendlichen das Friedensprojekt, sowie die Chancen für ein kleines Land wie Österreich, im

Verbund besser und erfolgreicher gegenüber großen Ländern bestehen zu können. Die Reise- und Niederlassungsfreiheit kamen im positiven Zusammenhang ebenfalls zur Sprache.

Unter den Kritikpunkten fand sich unter anderem die Ansicht, dass Österreichs Stimme in Europa untergehe und das Land ohne EU-Mitgliedschaft besser dastehen würde, vergleichsweise etwa wie die Schweiz („Ich persönlich denke, dass die Schweiz zu gescheit ist für die EU“ - auch an dieser Stelle kam ein idealisiertes Bild der schweizerischen Demokratie als verwirklichte direkte bzw. als Abstimmungsdemokratie zum Ausdruck). Eine Rückkehr zu diesem Status sei Österreich aber aufgrund des Beitritts verbaut: „Wenn wir jetzt austreten würden, würden uns alle EU-Länder boykottieren. Wenn wir gar nicht erst eingetreten wären, dann wären wir jetzt wie die Schweiz“.

Daneben wurde eine angebliche Teuerung der Europäischen Union angelastet und eine um sich greifende Vereinheitlichung, beispielsweise der Wirtschaft, die in der Dominanz einzelner Geschäftsketten sichtbar würde, aber ein grundsätzliches Problem der Identität aufwerfe: „(..) man muss sich überlegen, wie weit man gehen will und ob es da irgendwelche Grenzen geben soll, um eben Nationalitäten zu bewahren“.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament wurden durchwegs als „überflüssig“ und „bringt uns wenig“ bezeichnet, die Institution sei einfach zu weit weg und Österreich bzw. seine Abordnung nicht groß genug, um etwas bewirken zu können.

Vergleichsweise gut war in den Fokusgruppen das Wissen zur Union: Das Monat der kommenden Wahl zum Europäischen Parlament war ebenso bekannt, wie die Tatsache, dass zum damaligen Zeitpunkt – Ende 2008 – ein baldiger Wechsel der Ratspräsidentschaft, weg von Frankreich hin zu Tschechien, bevorstehe. Diese Informationen können als Einzelmeinung aber natürlich kein allgemeines Bild über den tatsächlichen Wissensstand bieten.

4.5 Wichtige Schlussfolgerungen

Die Fokusgruppen haben eine – methodisch zweifellos überbetont – politisch interessierte, informierte und reflektierte JungwählerInnenschaft gezeigt, die aber der institutionellen Politik in Form von Parteien und PolitikerInnen sehr kritisch und reserviert gegenübersteht. Aus ihrer Sicht fehlt größtenteils das Verständnis für ihre Probleme, ihre Lebenswelt und die Themen, die sie beschäftigen.

Was von den Jugendlichen geschätzt und gleichzeitig als vielfach fehlend kritisiert wurde, waren (mangelnde) klare Positionierungen und eindeutige

Standpunkte im politischen Diskurs. Das Vorhandensein eines entsprechenden Profils wurde – unabhängig von der inhaltlichen Zustimmung oder Ablehnung – positiv bewertet.

Demokratie wird von den Jugendlichen zum überwiegenden Teil mit Wahlen gleichgesetzt. Auch wird Demokratie relativ deckungsgleich mit dem politischen System Österreichs wahrgenommen und in ihrer Ausgestaltung und Leistung entsprechend kritisch beurteilt. Das größte Defizit sehen sie dabei in einer mangelnden Gesprächs- und Kommunikationskultur.

Dem eigenen Wahlrecht stehen die Jugendlichen selbst kritisch gegenüber, was sie mit mangelndem Wissen begründen – im Umkehrschluss ist durchaus ein Bedürfnis nach einem Mehr an politischen Informationen festzustellen.

5 Tiefeninterviews - Dr. Ulrike Kozeluh

Kapitel 5 der vorliegenden Studie will insbesondere den Einstellungen zu Demokratie, der Orientierung im politischen Spektrum, den Einstellungen gegenüber anderen Gesellschaftssystemen, sowie den Wahlmotiven und Begründungen für Parteienpräferenzen der 16 bis 18-Jährigen auf den Grund gehen.

Die dafür gewählte qualitative Vorgehensweise, leitfadengestützte Tiefeninterviews³³ soll dazu beitragen, die durch die beiden anderen methodischen Datenzugänge erarbeiteten Erkenntnisse weiter zu vertiefen, um so einen noch breiteren Zugang zu den spezifischen Einstellungen und Werthaltungen Jugendlicher zu Demokratie, Mitbestimmung und Wahlverhalten zu erhalten.

Dabei wird besonderes Augenmerk auf eine ausgewogene Repräsentanz zentraler Merkmalskombinationen gelegt – die interviewten Personen wurden nach Geschlecht und Ausbildungsstatus ausgewählt, wobei bei der Interpretation der Daten zu berücksichtigen ist, dass alle Interviewees in Wien leben oder in Wien die Schule besuchen.

Spezifische Forschungsfragen für die Tiefeninterviews

Die Tiefeninterviews gestatten, den befragten Personen einen weiten Gestaltungsspielraum der Beantwortung einzuräumen. Der Blickwinkel der Befragten rückt in den Vordergrund – ein besseres Verständnis der Lebenswelt wird möglich. Im Zentrum steht also: was ist der befragten Person wichtig?

In der Interviewsituation wird besonders auf „Zwischentöne“, spontane Assoziationen, individuelle Begründungen und Deutungen auf Grund persönlicher Wertmaßstäbe und Lebensstile geachtet. Welche Erfahrungen bringen Jugendliche dazu, diese oder jene Partei zu wählen? Welche Einflussfaktoren bestimmen ihre Teilnahme an der Wahl und ihre Einschätzung einer Sinnhaftigkeit demokratischer Prozeduren? Welche Zugehörigkeiten (auch entlang der theoretischen Ansätze wie in der Einleitung dargestellt) prägen das demokratische Verhalten der Jugendlichen?

Die Leitfragen wurden in Ergänzung bzw. vertiefend zum quantitativen Teil und den Fokusgruppen gestellt und decken folgende Bereiche ab:

³³ Vgl. den Leitfaden im Anhang des Berichts

- Informationsverhalten, generell
- Einstellung/ Werthaltungen zu Politik/Demokratie/Beteiligung/Mitbestimmung
- Kenntnis von/Einstellung zu unterschiedlichen Regierungsformen, Affinität zu Autoritarismus
- Zuordnung von Inhalten zu Parteien/Personen: Begründungen für Zustimmung/Ablehnung
- Einordnung von Inhalten und Parteien Rechts-Links-Mitte
- Orientierungsfindung - Wahlbegründung
- Reflexion über den Ablauf der Wahl
- Persönlicher Stellenwert des Ergebnisses
- Reflexion über Demokratie/Beteiligung/ Mitbestimmung

Zusätzlich werden Beziehungen zwischen jugendkulturellen Aspekten (Szenen, Stilen und sonstige Zugehörigkeiten) zu Parteienpräferenzen abgefragt bzw. Einschätzungen dazu erhoben:

- Lese-Musikverhalten
- Sonstige Freizeitgestaltung
- (Selbst-)Definition aktueller jugendkultureller Stile
- Zugehörigkeit, Begründung
- Einschätzung der jugendkulturellen Stile auf der Rechts-Mitte-Links Skala
- Selbsteinschätzung Rechts-Mitte-Links

Durchgeführt wurden 15 Interviews, von diesen wurde das erste Interview nach Feedback mit dem Projektteam zur methodischen Adaptation des Leitfadens verwendet. Die durchschnittliche Dauer der Interviews war 1 Stunde 20 Minuten. Zusätzlich zur Aufnahme wurden die Interviews betreffend Umgebungssituation oder sonstiger Besonderheiten beobachtet und ebenfalls protokolliert.

Tabelle 17 Interviewees³⁴

Name	Schultyp	Datum des Interviews	Gewählte Partei
Julia, 17	HBLA Herbststrasse, 1160 (Schwerpunkt Mode)	10. Nov.2008	Die Grünen
Lara, 16	GRG Haizingergasse, 1180 (Schwerpunkt Neue Medien)	11.Nov.2008	ÖVP
Nicole, 16	Berufsschule Längenfeldgasse, 1120, Lehrling Bürokauffrau	15. Nov.2008	FPÖ
Michelle, 16	Vienna Business School, 1210 (Schwerpunkt Marketing)	15. Nov.2008	BZÖ
Sebastian, 16	GRG Haizingergasse, 1180 (Schwerpunkt Neue Medien)	24. Nov.2008	Die Grünen
Flora, 17	GRG Parhamerplatz, 1170 (Schwerpunkt Sprachen)	24. Nov.2008	Die Grünen
Irina, 16	De La Salle – Gymnasium Strebersdorf, 1220 (Schwerpunkt Sprachen)	27.Nov.2008	ÖVP
Thomas, 17	De La Salle Gymnasium Strebersdorf, 1220 (Schwerpunkt Informatik)	27.Nov.2008	ÖVP
Markus, 18	Zivildienstler, Jugendzentrum 1050 Vorher AHS Theodor-Kramer Straße, 1220 (Naturwissenschaftlicher Zweig)	11. Dez. 2008	Keine Aussage, Argumentation BZÖ - nahe
Firas, 17	ORG Hegelgasse 14, 1010 Bildnerischer Schwerpunkt	11. Dez. 2008	SPÖ
Wolfgang, 16	Berufsschule Mollardgasse, Ausbildungszweig Installateur	19. Jan. 2009	BZÖ
Lukas, 16	BRG Billrothstraße 26-30, 1190, Wirtschaftskundlicher Zweig	21. Jan. 2009	Die Grünen
Valentina, 16	GRG Kundmannngasse, 1030; Humanistischer Zweig	28. Jan. 2009	Die Grünen

³⁴ Durchführung: Ulrike Kozeluh, Transkription: Mag. Bettina Fibich, mit bestem Dank für die präzise Arbeit.

5.1 Demokratie – Einstellungen und Werthaltungen

5.1.1 Informationsverhalten

Die befragten Jugendlichen geben an, wenig Zeit zu haben, Bücher zu lesen, betonen aber großteils (je nach Ausbildungs- bzw. Bildungsstandard Interesse an Büchern. Während der Schulzeit wird eher Literatur gelesen, die in der Schule verlangt wird.

„Ich les sehr gern. Allerdings, wenn viel Stress ist in der Schule ist, eher weniger. (...) Bunt durchgemischt, also Klassiker. (...)Aber auch Neues, jetzt les ich grade vom Glavinic ein Buch. Weiß ich jetzt aber nicht, wie's heißt. (...) Weil, weil für den Deutschunterricht muss ich das andere lesen, das ‚Der Kameramörder‘, und das hat mir gefallen.“ (Valentina, 16, humanistisches Gymnasium)

„Na lesen tu ich überhaupt nicht. (...) Also Bücher gar nicht. Sobald ich a Buch anfang zum Lesen, nach zwei, drei Seiten hab i entweder Kopfweh, oder mir reicht's schon vom langen Lesen. Taugt mir überhaupt nicht.“ (Wolfgang, 16, Berufsschule Mollardgasse)

Zeitungen:

Als Lektüre von allen genannt: Heute *„(...) das liegt überall herum, aber das zählt ja eigentlich nicht als richtige Zeitung“ (Lukas, 16),*

An Tagespresse wird gelesen, „was zu Hause herumliegt“, was die Eltern lesen. Genannt werden: Österreich, Presse, Standard, Falter, Kurier, Krone. Selten finden Selbstkäufe von Zeitungen statt, wenn, dann für die Schule. Die Zeitung wird meistens „von vorne nach hinten“ gelesen. Eltern weisen auf Interessantes hin. Die Interessen beim Zeitungslesen zeigen sich je nach Bildungshintergrund und Geschlecht. Ausgelassen wird v.a. von den Mädchen: Wirtschaft, Wissenschaft, Innenpolitik:

„Ich tu eigentlich jede Früh, weil wir haben einige Zeitungen bestellt und da tu ich jede Früh eine Viertelstunde während dem Frühstück eigentlich ‚Presse‘ lesen. Eigentlich ist es meistens so, mein Vater liest und er gibt mir halt irgendwelche Seiten und die les ich dann, wenn's mich interessiert.“ (Irina, 16)

„Ja, ja, Zeitungen tu ich eh jeden Tag lesen. Kronenzeitung meistens. (...) Na, z'Haus, Ein Abo hamma halt. (...) Ja, das les ich, halt wie's so zugeht bei uns in Österreich, was da alles vorg'fallen is. Wenn zum Beispiel irgendein Überfall war, oder sowas.“ (Wolfgang, 16)

„Ich werd mir morgen wieder den ‚Standard‘ kaufen, weil ich ihn einfach für die Schule brauch. Oder, also ‚Kurier‘, ‚Standard‘ und so weiter. Privat les

ich auch gerne mal das ‚InTouch‘, einfach so über die Stars und Klatsch und Tratsch.“ (Michelle, 16)

„Ja, und in der Früh bin ich immer die Erste, die die Zeitung in der Hand hat. (...) Noch vor meinen Eltern, weil die haben mehr Zeit. Ich hab meistens zehn Minuten bis eine Viertelstunde Zeit, mir das so ein bisschen so durchzublättern. (...) Kann das natürlich dann nur überfliegen, aber, das mach ich eigentlich jeden Tag. (...) ‚Standard‘, weil den haben meine Eltern abonniert und. (...), ‚Falter‘, weil den haben meine Eltern auch abonniert, aber da, für den ‚Falter‘ nehm ich mir dann immer am Nachmittag Zeit.“ (Valentina, 16)

Printausgaben werden bevorzugt. Online Ausgaben dienen als Recherche Archive für die Schule. Mädchen betonen, Printausgaben zu bevorzugen.

„Also ich hab lieber das Papier in der Hand.“ (Julia, 17)

„Lieber Papier.“ (Flora, 17)

„Online nur zur Recherche.“ (Thomas, 17)

„Sicher, wenn's mich wirklich interessiert und ich vergess nicht, dann schau ich ma's auch im Netz näher an.“ (Markus, 18)

Fernsehen wird als relevantes Informationsmedium nur im Zusammenhang mit der Informationseinholung rund um die Wahlen genannt.

5.1.2 Meinungsbildung

Im Freundeskreis, mit den Eltern und den Großeltern sind die Meinungen meist ähnlich. Heftige Meinungsunterschiede gibt es kaum, es wird „diskutiert“, selten gestritten:

„Politische Themen nur, wenn mein einer Onkel dabei ist, weil der ist da sehr, ich weiß nicht, der wird da dann ganz impulsiv.“ (Lara, 16)

„Ja, über Politik wird zu Hause sehr viel geredet. Also es ist mit, mit den Großeltern ist es immer ganz spannend.“ (Sebastian, 16)

„Gerade in der Politik reden wir doch sehr viel. (...) Das ist eigentlich so ein Dreiergespräch zwischen mir und meinen Eltern.“ (Thomas, 17)

„Meistens red ich mit Freunden, die haben nicht alle dieselbe Meinung, aber so ähnlich.“ (Nicole, 16)

„Also im Rahmen der Wahl haben wir jetzt total viel mit Freunden diskutiert. (...) Und mit den Eltern (...) ja doch auch. Na ja, man spricht dann irgendwie ein Thema an. (...) Und dann, also ich kenn kaum Personen, die wirklich exakt die gleiche Meinung haben.“ (Flora, 17)

„Ja, manchmal mit meiner Oma, mit der kann man schon gut diskutieren. (...) Die kennt sich gut aus. (...) Ja, da war das Thema Faymann und Haider. Da hamma halt diskutiert, wer da g'scheiter is, wer da besser is. (...) Das ist halt dann so eine Diskussion.“ (Wolfgang, 16)

„Dann bin ich schon eher stur und die anderen Personen meisten auch und dann. (...) Ja, also jetzt nicht, dass man sich jetzt wirklich anschreit, aber. (...) Die Stimmung verändert sich.“ (Flora, 17)

„In der Schule reden wir manchmal. (...) Halt in der Pause freiwillig, nicht vor'm Lehrer, sondern. (...) Wir haben da auch nicht die selbe Meinung. (...) Also jeder sagt da was anderes. Was er überzeugt ist. (...) Meistens bleibt jeder bei seiner Meinung.“ (Lukas, 16)

Aktuelle politische Themen, die auch zu Hause und im Zuge des Wahlkampfes diskutiert wurden, sind Weltwirtschaftskrise, Sozialpolitik, sowie:

„Das mit der Mehrwertsteuersenkung. (...) Bildung, also die Bildungspolitik und auch das mit den Ausländern. (...) Ja, oder wir haben uns auch manchmal diese, am Abend diese Wahlgegenüberstellungen angeschaut.“ (Julia, 17)

Diskussionen, Referate, Projekte wurden in der Schule anlässlich der Wahl durchgeführt und waren relevant für die Meinungsbildung:

„Ja, in der Schule haben wir ziemlich viel diskutiert“ (Irina, 16)

„Die Kommentare von den Burschen, die sich sowas einbilden auf ihre Meinung und das war dann wirklich schon nervig, also da haben sich echt schon alle geärgert. Weil es waren dann immer halt die Kommentare zum, ich weiß nicht, zu bestimmten Parteien einfach und dann hätten sie das Referat darüber objektiv halten sollen und das war dann, ach, das war einfach nervig, also. Da haben wir viel diskutiert“ (Lara, 16)

5.1.3 Engagement

Engagement wird von den Befragten durchwegs als wichtig bis sehr wichtig bezeichnet. Deutlich wird, dass Engagement nicht unmittelbar mit politischem Handeln, politischem Engagement in Verbindung gebracht wird. Engagement findet beiläufig statt, das macht man eben, wenn es individuell als notwendig scheint, ist nicht institutionalisiert.

„Man muss sich jetzt nicht für alles so total einsetzen, dass es schon fanatisch wird, aber doch, das ist schon gut, wenn man sich für etwas engagiert, vor allem, wenn's was Positives ist, natürlich.“ (Lara, 16)

„Also, irgendwelche Ideale muss man haben. (...) Die sollte man dann auch vertreten. (...) Ja, das ist abhängig, welche Ideale das sind.“ (Thomas, 17)

Engagement findet im unmittelbaren Lebensumfeld statt (Schule, Schulprojekte, Freunde), durch Meinungsäußerung, durch ein „den eigenen Standpunkt vertreten“, fußt auf konkreten Anlässen im unmittelbaren Lebensumfeld, man setzt sich entsprechend der eigenen Fähigkeiten, Interessen und Ressourcen ein.

„Das ist schon so, also es ist schon so, dass ich eigentlich zu fast allem meinen Senf dazugeb. (...). Dass ich gern diskutier, dass ich mich gern auseinandersetze, dass ich gern entweder Personen verteidige, oder Sachen, die mir wichtig sind, verteidige, oder einfach meinen Standpunkt.“ (Michelle, 16)

„Wenn wer gemobbt wird, oder so, bin ich einer der wenigen eher, der sich da auch einsetzt. [Frage: Passiert das an der Schule?] Schon, ja. Viel. Ja, wir haben jetzt besonders eine arge Klasse. (...) Da, da wollen alle besonders cool sein und. Auch wenn man schon bei allen beliebt ist, und Macht kriegt, wird man halt besonders beliebt, wenn man auch andere niedermacht. (...) Das ist anstrengend. (...) Und da ist es auch nicht leicht, wenn man sich für wen einsetzt, der wirklich bei allen nur verhasst ist.“ (Lukas, 16)

Aber auch ganz konkret in Projektform:

„Ja, damals in der Schule, in der Mittelschule. Haben wir uns eingesetzt damals, wie der Tsunami war. Da haben wir Spenden gesammelt und alles und haben halt Plakate erstellt und sowas. (...) So was find ich wichtig. (...) Und wir helfen halt Menschen, die sich zum Beispiel einen Installateur nicht leisten können. (...) Wo zum Beispiel die Therme kaputt ist und so eine Reparatur einer Therme kost scho a Stange Geld. (...) Da können wir auch schon ein bisschen helfen.“ (Wolfgang, 16)

Auswirkungen des Engagements für oder gegen eine Sache (z. B. im Rahmen eines Projekts in der Schule) werden reflektiert:

„Ja, man wird dann einfach mehr auf die Politik aufmerksam, man nimmt auch diese Kleinigkeiten wahr, wenn irgendwo auf einer Randspalte in der Presse steht, ja, es ist wieder in Amerika, ist wieder irgendeine Bank bankrott gegangen, oder das oder das Gesetz wurde beschlossen, hinterfragt man das einfach, was die jetzt gesagt haben.“ (Sebastian, 16)

Dass ändert sich aber möglicherweise mit dem Eintritt in die Arbeitswelt:

„In der Schule, ja, früher hab ich immer g'sagt, was mir nicht passt, aber ja. Berufsschule ist halt was anderes.“ (Nicole, 16)

Mitbestimmung wird von den Befragten unterschiedlich – und abhängig vom Bildungsgrad – definiert, Wählen bedeutet jedoch für alle die wichtigste Form der Mitbestimmung. Wählen gilt dabei als Minimalchance, die institutionelle Politik zu erreichen. Eine Verantwortung, diese Chance wahrzunehmen, wird mehrfach ins argumentative Spiel gebracht. Mitbestimmung heißt:

- Die eigene Meinung kundtun
- Etwas verändern wollen/können und auch dürfen
- persönliche Freiheit
- persönliches Recht
- Bürgerschaftliche Verantwortung
- Setzt einen bestimmten Wissensstand, Informiertheit voraus
- Argumentative Auseinandersetzung
- Aushandeln der Regierungsparteien bzw. der Abgeordneten im Parlament

„Wenn man seine Meinung sagen kann, wenn einem zugehört wird und wenn man auch etwas verändern kann.“ (Julia, 17)

„Dass alle Leute was zu melden haben, dass es nicht nur so ist, dass der Politiker sagt, er macht das und das.“ (Michelle, 16)

„Das ist die Chance, dass man alle vier oder fünf Jahre eben diejenigen bestimmt, die über, die über einen dann quasi die Gewalt haben. Das ist, ja.“ (Sebastian, 16)

„(...) nicht machen, was man will, sondern eher wählen.“ (Irina, 16)

„Mitbestimmung, dabei sein, sich einmal, wenn man jetzt schon in dem Alter ist, auch ein wenig dafür interessieren, vielleicht schauen, OK, ich bin jetzt, Entschuldigung, kein Kind mehr.(...) Ich sollte vielleicht jetzt auch achten, ich meine, jede Stimme zählt.“ (Firas, 17)

„Mitbestimmung? Dass ich vielleicht mitstimmen dürfte? Mitreden darf, oder kann. (...) Wenn. Ich sag einmal, wenn's um sowas Höheres geht, wo mein Wissen vielleicht noch nicht so ausgereift ist für das, da kann ich vielleicht nicht so mitbestimmen und mitreden. Aber zum Beispiel bei Sachen, wo ich mich gut auskenn. Zum Beispiel, bei Computern, oder so, wo ich mich da gut auskenn, ja, da kann ich schon mehr mitreden und mehr mitbestimmen und auch meine Meinungen sagen, weil ich mich darin auskenn und weil ich weiß, das stimmt.“ (Wolfgang, 16)

„Man muss informiert sein, glaub ich, um mitbestimmen zu können.“ (Valentina, 16)

„Ja einfach in der Gruppe, dass man einfach was mitsagen kann. (...) überzeugen, die andern. (...) Gute Argumente bringen einfach. Für etwas.“ (Lukas, 16)

Am Entferntesten von Mitbestimmung als persönliches, individuelles Recht ist Nicole (16, FPÖ):

„Na ja, Mitbestimmung, das haben eigentlich alle Parteien, die halt im Regierungsrat, glaub ich, oder, gewählt werden, in dieses, die haben halt die Bestimmungskraft, das heißt, nicht nur eine Partei kann entscheiden.“ (Nicole, 16)

Politische Beteiligung heißt eindeutig: wählen zu gehen. Wählen wird als durchsetzungs- und umsetzungsorientiert verstanden. Der Unterschied zu Mitbestimmung ist: das passiert im unmittelbaren Lebensumfeld.

Demonstrationen, Leserbriefe schreiben, Institutionen kontaktieren, sich bei NGOs oder bei einer Partei engagieren, sind als Formen der politischen Beteiligung zwar bekannt, werden aber von den Befragten nicht ausgeübt.

„Na ja, dass sich das Volk zum Beispiel, also generell eben das Volk, an der politischen Lage beteiligt. Und zur Wahl geht. Und sich informiert. Ja, also man kann, wie heißt das, so Volksbegehren, oder was auch immer, Aufstände [machen].“ (Lara, 16)

„Ich weiß nicht, zum Beispiel einen Brief schreiben an irgendeine. (...) An irgendein Magistrat, keine Ahnung. (...) Aber ich glaub, zuerst muss man mal wirklich wissen, was man will und auch wissen, dass es realistisch ist.“ (Irina, 17)

„Also eben irgendwelche Zeitungsannoncen schreiben, irgendwelche Leserbriefe schreiben. (...) Sich unter Umständen bei irgendwelchen Gruppen beteiligen, bei irgendwelchen Tierschutzgruppen, oder. (...) Irgendwelchen Organisationen ganz einfach, die man für gut befindet, dann unter Umständen an Demonstrationen teilnehmen.“ (Thomas, 17)

„Und die politische Beteiligung ist wirklich korrekt auf das politisch bezogen, also jetzt auf die Politik. (...) Na ja dann, wenn wirklich das, was die Menschen auch haben wollten. (...) auch durchgesetzt wird.“ (Markus, 18)

„[Frage: Politische Beteiligung? Kannst du damit etwas bewirken?] Ich selber, glaub ich nicht. (...) Sondern alle zusammen, wir bestimmen das. Also ich allein rei da sicher nicht viel. (...) Aber durch die, durch die Wahl, ja. Das is schon. (...) Eigentlich eh nur durch's Wählen, oder?“ (Wolfgang, 16)

„Aber ich würd sagen, politische Mitbestimmung ist, bei einer Wahl, eine Verantwortung auch. (...) Weil jeder Bürger, der halt schon das Recht besitzt, politisch mitzubestimmen, soll diese Verantwortung wahrnehmen und ich find, das ist eher schon eine, eine, eine Pflicht.“ (Valentina, 16)

Das Recht auf Beteiligung in einer Demokratie ist bei den Befragten orientiert an:

- der Staatsbürgerschaft
- der Steuerleistung der Arbeitnehmer/innen
- dem Wohnsitz
- den Einschränkungen nach Alter
- (thematischer) Betroffenheit
- Ausländer/Inländer (nur FPÖ)
- Grenzen der Meinungsfreiheit bei Verdacht auf Wiederbetätigung

„Gilt für alle, die da wohnen. Die die Staatsbürgerschaft haben.“ (Lara, 16)

„(...) wenn man arbeiten geht und das Geld bringt, sollte man auch ein Recht haben, mitzureden.“ (Michelle, 16)

„Na ja, wenn man Staatsbürger ist von einem Land. (...) Sollte man sich auch an der Politik von dem Land beteiligen können.“ (Markus, 18)

Unterschiedliche Formen von Einschränkungen werden genannt:

„(...) wenn das jetzt Fragen sind, die Österreich betreffen. Dann sterreichische Staatsbürger. Wenn's um Rechte für Katholiken geht, dann katholische Bürger. (...) Wenn's um Rechte für Evangelische geht, Evangelische, weil, warum soll ich für einen Evangelisten, zum Beispiel, entscheiden? Genau, ja. Die Gruppe, die betroffen ist, soll entscheiden.“ (Thomas, 17)

„Na die Herkunft eigentlich nicht, weil Mensch ist Mensch. (...) Und die sollten alle das Recht haben, wählen zu gehen. (...) Arbeit auch nicht, weil jeder hat freie Berufswahl. Vom Alter vielleicht, weil es gibt halt Jugendliche, die sind mit 16 schon reifer wie als ein 19-Jähriger.“ (Wolfgang, 16)

„Nein, nein, ich find's, ja sicher nicht gut, wenn die Ausländer auch mitwählen können, weil er dann nicht rausfliegt, weil sie dann nicht zurückgeschickt werden [können]“ (Nicole, 16)

„Wenn jemand national, nationalistisch redet. Ich weiß nicht, ob man das wirklich verbieten kann, ja, aber es soll halt nicht ausarten. (...) Wenn man nämlich jedem die Meinungsfreiheit lässt, dann kann's auch nicht immer perfekt funktionieren.“ (Lukas, 16)

5.1.4 Einschätzung der Funktionsweise der österreichischen Demokratie

Generelle Einschätzung der Befragten: die österreichische Demokratie funktioniert gut, hat jedoch hier und da verbesserungswürdige Schwachstellen. Diese betreffen hauptsächlich Politikfelder innerhalb des Systems. Thematische Bereiche, die als krisenhaft bezeichnet werden, bzw. in denen „zu wenig getan wird“:

- Kärnten, Thema Ortstafeln und das „Gefangenenlager auf der Alm“ (Flora, 17)
- Ausländerpolitik
- Bildungspolitik, wenig Mitsprache in der Schulpolitik
- Gesundheitssystem
- Sozialpolitik, Pensionssystem
- „EU-Vertrag“, keine Volksabstimmung möglich gewesen, so wie in Irland (Markus, 18)

„Ich würde sagen, unsere Demokratie funktioniert gut, weil sonst wär Österreich nicht so ein wohlhabendes Land.“ (Lara, 16)

„Freiheit ist gut, aber man sollte sich schon an gewisse Regeln halten. Ja, also die, ich glaub, Demokratie, also sprich Republik, die läuft ganz gut.“ (Firas, 17)

„Also bisweilen befind ich's für relativ gut funktionierend. (...) Es ist immer was verbesserungswürdig. (...) Gerade das Schulsystem und so. (...) Und das Gesundheitssystem. Die Zwei-Klassen-Medizin.“ (Thomas, 17)

„Ich find irgendwie die Ausländerpolitik, find ich nicht gut. (...) Und das Pensionssystem eben, (...) Ich find, die Politiker sind sich selbst irgendwie nicht einig, erstens einmal, wie das Ausländerproblem überhaupt ausschaut in Österreich.“ (Irina, 16)

„Na ich glaub, es gibt da schon ein paar Schwachstellen. (...) Zum Beispiel mit der Ausländerfeindlichkeit. (...) Zum Beispiel, wenn ich hernehm den 16. Bezirk. (...) Da sind fast nur Ausländer, wenn ich das so sag. (...) Und irgendwie find ich's unfair von denen, wenn ich zum Beispiel hör, dass Österreich ein Scheiß-Land ist, das und das, dass da alles nicht passt, das und das, dann versteh ich nicht, warum die da sind?“ (Wolfgang, 16)

Systemkritik betrifft die Prozedere der Entscheidungsfindung:

„Ich denk mir mal, vielleicht, also ich denk schon, dass Demokratie auf jeden Fall besser ist, vielleicht funktioniert's ganz am Anfang in einer Diktatur besser, weil eben nicht dauernd herumgestritten wird und weil

eben was entschieden wird und.(...) Weil das halt leichter entschieden wird (...)" (Nicole, 16)

„Meiner Meinung nach funktioniert die Demokratie relativ gut. (...) Total. Es gibt Sachen, da könnte sie besser funktionieren. (...) Aber. (...) Ja so wie damals bei, wie sie die, das Volksbegehren zur, zum EU-Vertrag haben wollten. (...) Da hat sich nicht das Volk beteiligen können, da hat's rein theoretisch nur die Politik entschieden.“ (Markus, 18)

„Ja, ich denk, im Vergleich zu anderen Ländern, funktioniert's eigentlich ganz gut.(...) Ja, ich weiß jetzt keine bestimmten Länder, aber es gibt.(...) Sicher genug Länder, wo man, wo die Leute nichts sagen können, nicht mitbestimmen halt. Wo es nicht funktioniert? Ja, dass, dass Leute abgeschoben werden. (...) Zum Beispiel jetzt die Arigona. Sie finden jetzt irgendeinen Weg, sie abzuschieben. (...)" (Lukas, 16)

5.1.5 Andere Staatsformen / Unterschiede

Je nach Ausbildungsstand herrscht graduell unterschiedlich, jedoch generell wenig Kenntnis über die Funktionsweisen anderer Gesellschaftssysteme.

- Demokratie hat Schwächen, vor allem wenn es um die Prozedere der Entscheidungsfindung geht. Die Vorteile autoritärer Strukturen werden in der Verkürzung von Entscheidungsfindungsprozessen gesehen, es kann schneller und effizienter entschieden werden.
- Sicherheit und die Übernahme und konkrete Verortung von Verantwortung werden in einem autoritären System als Positiva angeführt, jedoch entkräftet durch die Aussage, dass aber diese Vorteile jenen der Demokratie, hier v.a. Freiheitsrechten, auf keinen Fall überlegen wären.

„Unser Gesellschaftssystem? Na ja (...) ja, wir entscheiden eigentlich selber, wir haben schon Grenzen so, aber wir sind jetzt nicht eine, also wir sind eine Demokratie. Und keine, also. (...) Wie heißt das schnell? (...)Ja, wie heißen die anderen, wie heißt das andere, eine? (...) Wo nur einer herrscht. (...) Diktatur, genau das wollte ich sagen, genau. (...) Wir sind eine Demokratie.“ (Nicole, 16)

„Demokratie ist sicher nicht das beste Mittel. (...) Aber wir haben noch kein besseres gefunden. Und das ist das Problem dran, weil es (...) funktioniert schon über, über weite Strecken hinweg, aber es gibt einfach so Sachen, wo ich mir denk, ah, jetzt könnten wir irgendwas Anderes gebrauchen. Aber es (...) gibt nichts Besseres, also es haben bis jetzt irgendwie, es haben sämtliche Regierungsformen, die was anders machen wollen, haben, meiner Meinung nach, gnadenlos versagt. (...)" (Sebastian, 16)

„Na ja, es gibt die Diktatur. (...) Also Tyrannei und Anarchie. Und (...) na ja, es gibt (...) es gibt dann noch in Gesellschaftsformen verschiedenes und so, aber das ist ja dann auch (...) Diktatur, oder.“

[Frage: Und könntest du diesen Gesellschaftsformen irgendwas Positives abgewinnen?]

Na ich denke mir, der Prozess bei Entscheidungen ist wesentlich kürzer. (...) Aber es ist dann zu bezweifeln, ob die Entscheidungen richtig sind und in

wessen Interesse die dann gefällt worden sind. (...) Weil Demokratie sicher mehr die Interessen des Volkes vertritt, als bei einer Alleinherrschaft. (...) Da fällt mir noch ein, es gibt noch die Aristokratie. (...) Ja, so was bislang für Formen gibt, ist schon die Demokratie die beste, finde ich, also würde ich sagen.“ (Flora, 17)

„Na ja, Diktatur. (...) Kommunismus. Faschismus. Ja. Ich glaub halt da ist noch immer dann Demokratie das Beste. In gewisser Weise gibt's natürlich auch Vorteile. (...) Zum Beispiel Diktatur hat immer so einen negativen Beigeschmack, aber wenn's ein wirklich guter Diktator ist, dann hat er halt den Vorteil, dass er auch nicht-populistische Maßnahmen ergreifen könnte. (...) Was eben in einer Demokratie jetzt nicht so möglich ist, teilweise. (...)“ (Irina, 17)

„(...) in Diktaturen zum Beispiel ist die, also ich mein, es hat riesen Nachteile, aber es hat auch gewisse, sicher gewisse Vorteile in der Sicherheit, oder so. (...) Durch eben exorbitante Strafen, denk ich natürlich, dass man die Kriminalität zum Beispiel verringert. (...) Also gewisse Vorteile gibt's sicher, aber die Nachteile überwiegen, denk ich doch. (...) Also ich befind die Demokratie auf jeden Fall für's beste System.“ (Thomas, 17)

(...) Ja Vorteile sind zum Beispiel, wenn das ein Mensch ist, der sich wirklich für's Volk einsetzt, dann sind das auch Sachen, die er auch macht, die wirklich für das Volk sind. (...) Aber Nachteile sind zum Beispiel auch, wenn er was sagt, wird das so sein und auch wenn der, das ganze Volk dagegen ist, ist's trotzdem so. (...)“ (Markus, 18)

„Ja, Diktatur halt. (...) Dass einer, einer alles bestimmt, oder wenn's Könige gibt. (...) Ich denke, das hätte nur für den Diktator einen Vorteil. (...) Aber für die Bevölkerung nicht. (...) Da is schon besser, dass jeder mitbestimmen kann, halt.“ (Lukas, 16)

5.1.6 Idealvorstellungen von Demokratie

Die ideale Demokratie wäre gekennzeichnet (mit der Einschränkung der Befragten: wenn es sie gäbe) durch:

- Verteilungsgerechtigkeit
- Ideale Fähigkeiten als Voraussetzung für demokratisches Handeln
- Mehr Mitbestimmung, als Konsequenz für politisches Versagen direkte Wahl/Abwahlmöglichkeiten als Kontrollinstrumentarium - Rotationsprinzip
- Verantwortung gewährleistet durch entsprechend glaubwürdige Führungspersönlichkeiten

„Na ja, ich finde irgendwie (...) so, noch so ein bisschen, also nicht Kommunismus, oder so, aber dass zumindest mal alle dieselben Voraussetzungen haben (...).“ (Julia, 17)

„Nein, keine Ahnung. (...) Also so richtig ideal, weiß nicht. Aber ich glaub, dass es eine ideale Demokratie nicht gibt und (...) auch nie geben wird, ehrlich gesagt.“ (Lara, 16)

„Also ich fand zum Beispiel dieses System im Kommunismus ganz gut, dass man die Arbeiterräte sofort wieder abwählen konnte. (...) Aber das würde

wahrscheinlich dazu führen, dass wir alle zwei, drei Monate eine neue Regierung bilden müssten und das wär's auch nicht“ (Sebastian, 16)

„Ich würde es nicht so schlecht finden, wenn wir eine parlamentarische Monarchie wären. Also ich find, ein (...) König, eine Königin, ein Kaiser haben durchaus irgendwie Sachen, die ansprechend sind. Ich finde es ist, es ist nicht so schlecht, wenn man eine Person hat, die ein bisschen so Führungspersönlichkeit ist. (...)“ (Sebastian, 16)

„Das Idealbild von Demokratie? Ja das setzt natürlich ein Idealbild des Menschen voraus. (...) Aber prinzipiell natürlich gleiches Mitbestimmungsrecht für alle (...), ein gutes Sozialsystem. (...) Auch ein gutes Bildungssystem, tja, dann würde das Gefüge gut funktionieren. (...)“ (Thomas, 17)

„In Griechenland, Rom, ich weiß nicht, ich glaub, bei der Aristokratie war es so, man durfte nur immer für eine gewisse Zeit gewählt werden. (...) Das war dann auch, glaub ich, ein Gremium aus zwei, dreien und aber wenn sie einmal den Vorsitz hatten, durften sie dann nicht mehr den Vorsitz haben. Und das ist vielleicht ganz gut (...) so ein Rotationsprinzip, dann ist das vielleicht auch mehr Gleichberechtigung innerhalb auch der Partei, würde ich sagen.“ (Valentina, 16)

5.2 Distanz / Verdrossenheit

5.2.1 Was ist Politik?

Politik wird von den Befragten eindeutig bei den Institutionen, beim Staatshandeln verortet und Politik heißt für sie:

- Staats-Gesellschaftsorganisation
- Regelwerk / Ordnungssystem
- Macht das Zusammenleben damit erst möglich
- Ist eine Verhandlungstechnik

„Politik ist einfach die Ordnung, oder das System, das man braucht, damit ein, ein Staat oder damit eine Bevölkerungsgruppe funktionieren kann.“ (Irina, 16)

„Ja, das ist einfach, das sind für mich alle Angelegenheiten, in denen nicht mehr der einzelne entscheiden kann, sondern eine, eine höhere Gewalt, (...) eine höhere Staatsgewalt über jemanden entscheidet. (...) Und sobald das auftritt, ist es für mich Politik.“ (Sebastian, 16)

„Ohne unsere Politiker würden wir nicht wissen, wie wir uns verhalten sollen, glaub ich.“ (Michelle, 16)

„Politik. Eine, eine Art, wie man das Volk zufriedenstellt. (...) Keine Ahnung. Einfach irgendjemand muss, muss was machen, damit alle zufrieden sind. (...) Handeln. Um die Menschen zufrieden zu stellen. (...) Probleme, die halt auftreten (...) die irgendwie zu beseitigen, oder Kompromisse machen.“ (Lukas, 16)

Politik wird aber auch im Sinne einer Aktivbürgerschaft verstanden:

„Was, also was du glaubst, ist der Vorteil, das wählst du (...) Ja, oder was eher benachteiligend ist, das wählst du, das kannst du selber entscheiden,(...) Das wäre Politik.“(Firas, 17)

„Politik, würde ich einmal sagen, ist, wenn sich Menschen zum Beispiel für Österreich einsetzen. (...) Wenn sich der bestimmte Mensch der Partei, zum Beispiel, sich für Österreich einsetzt. (...) Und schaut, dass mit der Regierung wieder bisschen, mit der Wirtschaft bisschen bergauf wieder geht.“(Wolfgang, 16)

Die wichtigsten Eigenschaften für die Befragten sind Authentizität, Ehrlichkeit, Geradlinigkeit, starke Persönlichkeit, orientiert an Inhalten, bei einer Linie bleiben, sich einsetzen für die WählerInnen, aber auch Verhandlungsgeschick, Volksverbundenheit, ohne populistisch zu sein.

Populismus (von den Befragten in einem Atemzug genannt mit Jörg Haider) wird zwar als Fähigkeit generell anerkannt, aber von Nicht-BZÖ-WählerInnen abgelehnt. Von den Befragten wird in den Antworten durchwegs die männliche Form („der Politiker“) bevorzugt. Als „gute Politiker“ werden genannt (frei assoziierte Nennungen der Personen und ihrer Eigenschaften, wurden nicht vorgegeben):

- Alexander van der Bellen (ist authentisch, hat Intellekt, Analysefähigkeit)
- Ursula Plassnik (Ernsthaftigkeit, standfest in der EU-Debatte)

Als „schlechte Politiker“ werden genannt:

- Werner Faymann (populistisch, angepasst, es ist unklar, wofür er steht)
- Eva Glawischnig (unsympathisch, profillos)
- H.C. Strache (hetzt auf)
- Martin Graf (unehrlich)

„Also er muss mal Versprechen einhalten und ehrlich sein. Und er darf den Leuten nichts verschweigen, also wenn gerade irgendeine Krise ist, (...)und der muss auch intelligent sein, damit er Lösungen findet. Und, ja, ein bisschen sympathisch sollte ein Politiker auch sein.“ (Julia, 17)

„Ein guter Politiker ist eben (...) für mich, wenn er sich einsetzt für alle.“ (Nicole, 16)

„Ein guter Politiker ist für mich auf jeden Fall, der wirklich eingeht auf seine Wähler, der nicht nur an sich denkt und nicht nur an seinen Erfolg und nicht nur an seine tolle Karriere und das, sondern der sich wirklich auch mit den

Menschen auseinandersetzt und auch mit, auch mit dem, was Österreich braucht (...)“ (Michelle, 16)

„Ein guter, ein guter Politiker ist jemand, der auf jeden Fall mal auf alle schaut. Und auf die Zukunft und möglichst nicht so (...) populistisch arbeitet, ja. (...) Also für mich persönlich war jetzt keiner wirklich gut. Aber ich find persönlich jetzt, dass zum Beispiel der Faymann, schon ziemlich populistisch ist. (...) Ja, weil einfach, seine Aussagen waren einfach so wie, ich weiß nicht, als ob man einem kleinen Kind Zuckerl geben würd, verteilt er halt die ganzen Wahlgeschenke.“ (Irina, 16)

„Also meiner Meinung nach, gute Politiker sind solche, die sich auch für die Menschen selbst einsetzen und nicht nur ihre eigenen Interessen durchsetzen.“ (Markus, 18)

„Er muss seiner Linie treu bleiben (...) Es geht, es geht um Glaubwürdigkeit, ja.“ (Valentina, 16)

5.2.2 Dazugehören?

Wichtiges Thema in den Interviews war, die Relevanz von Zugehörigkeit für die Jugendlichen zu erfahren und damit Hinweise auf den Einfluss von Sozialstrukturen³⁵ für das Wahlverhalten ableiten zu können. Aktuelle Jugendszenen sind allen Befragten bekannt, Mehrfachnennungen betreffen: Krocha, Gabba (von den Befragten definiert als: Jugendliche mit Migrationshintergrund), Proleten (bezeichnet als: ausländerfeindlich), Styler, Freestyler (eher ausländerfeindlich), Shuffler, Tectoniker, Hardstepper; Emos, Snobs, Metler, Punks, Zecken, Indies, Gothic, Alternatives, Hippies, Hip Hopper.

Zugehörigkeit zu diesen Szenen wird eher abgelehnt. Die jeweils anderen wollen dazugehören, selbst ist man Individuum und holt sich höchstens ein paar Stilelemente von den jeweils ansprechenden, akzeptablen Stilrichtungen. Zugehörigkeit oder der Wunsch nach Zugehörigkeit zu Parteien oder NGOs wird nicht formuliert. Freizeitorientierte Vereine (Sport, Theater, Musical) werden nicht mit Zugehörigkeit im Sinne einer Identifikation in Zusammenhang gebracht.

„Also, ich will zum Beispiel keiner Gruppe zugehören, weil ich will nicht irgendwie in eine Schublade gesteckt werden“ (Julia, 17)

„Ich bin auch, sag ich einmal, leicht proletenmäßig angehaucht, sag ich so. (...) Aber ich sag einmal, ich kann auch total anders sein, (...) Ich sag einmal, wenn mich irgendwas provoziert und wenn's eine Sache gibt, wo ich mich wirklich aufregen muss. (...) Dann kommt schon so ein bisschen das Proleten-Image raus, das geb ich zu. (...) Aber sonst würde ich eigentlich gar nicht sagen, dass ich so zu den Proleten dazugehör. Würde ich eigentlich nicht so sagen. Ich glaub schon, ich glaub, dass ein Prolet schon so sein Image selber schafft, so eben mit dem (...) auf jeden Fall einmal, als erstes einmal gegen die Ausländer und dann überhaupt gegen alle anderen Gruppen, also irgendwie überhaupt nicht aufgeschlossen für andere Sachen“ (Michelle, 16)

³⁵ (vgl. Otte 2004)

„Also ich bin eigentlich so ein typischer FM4-Mensch. Ich hör eben gerne österreichische Musik. Und ich würd sagen, zu der Szene gehöre ich auch am ehesten dazu.“ (Sebastian, 16)

„Aber so bei den Snobs gibt's ja auch die ganz starken Snobs, die nur Markenartikel tragen und dann nicht so starke. (...) Also ich gehör auf jeden Fall zu den nicht so starken, wenn überhaupt.“ (Flora, 17)

„Aber ich selber glaube, persönlich glaube eher nicht, dass ich zu einer speziellen Gruppe angehörig bin. (...) Glaub ich nicht. Nein.“ (Firas, 17)

„Ja, ich gehöre zu meinen Freunden. (...) Zu meinem Freundeskreis.“ (Lukas, 16)

„Nein, ich bezeichne mich lieber als individuell. (...) Ich möchte nicht jetzt so in eine Schublade gesteckt werden. (...) Das g'fällt mir nicht so gut.“ (Valentina, 16)

Andere Formen der Verbundenheit: zur Schule, hier die Zugehörigkeit zur Privatschule:

„Der Schule fühl ich mich auch sehr verbunden. (...) Und dadurch, dass es doch eben eine Ganztagschule ist, ist man irgendwie, nimmt das einen großen Platz in seinem Leben ein. (...) Und hat auch einen hohen Stellenwert dann. (...) Ist doch wie eine zweite Heimat, irgendwie.“ (Thomas, 17)

5.3 Orientierung Rechts-Mitte-Links

Rechts kann von allen Befragten klar definiert werden. Links wird mehrheitlich als Gegensatz zu Rechts, als reaktiv zu Rechts, beschrieben ³⁶.

„Na ja, Rechts ist auf jeden Fall konservativ. Und eher national. Und Links ist, ja(...), also einfach nicht konservativ. [Die Rechten] Ja, die sind so (...) ich weiß nicht, die sind so irgendwie so auf ihr Volk, die stellen sich auch so hin und reden, also die halten auch ur viele Vorträge, also Vorträge halt. Und auch eher so, also Heimat und auch so (...), ja eben sehr für die Heimat. Und die Linken, ich weiß nicht, denen ist das irgendwie egal, kommt mir vor. Also die brauchen nicht unbedingt was gegen Ausländer, die lassen sie einfach auf sich zukommen und nehmen's einfach so, wie's ist. Oder sind einfach dafür, dass, ich weiß es nicht, dass es allen Menschen besser geht.“ (Julia, 17)

„Ja, also rechts ist eher rassistisch und mehr Ausländerfeindlichkeit. Und konservativer. Links ist dann toleranter und liberal. Und ja, aber das hat auch seine schlechten Seiten. (...) Na ja der Kommunismus“ (Lara, 16)

„Rechts würde ich auf jeden Fall sagen, dass Rechts dagegen ist.(...) Dagegen, gegen Ausländer und gegen das und gegen das, also Rechts ist auf jeden Fall, sag ich mal, irgendwie so, wie ich das so interpretier, irgendwie so die aggressive Seite.(...) Einfach so, die mehr Platz für Österreicher schaffen will und Links würde ich eher so sagen, so die defensive Seite, die sich mehr zurückhält. Und eigentlich nicht so, sag ich mal, auf aggressiv und

³⁶ Die Einstiegsfrage lautete: Kennst du das politische Spektrum? Weißt du, was damit gemeint ist? Die aktuellen Jugendszenen konnten ebenfalls im politischen Spektrum mehrheitlich zugeordnet werden.

auf Angriff ist, wo schon Rechts irgendwie so das Ruder übernimmt, oder übernehmen will in der Politik.“ (Michelle, 16)

„Na ja, Rechts ist alles, was irgendwie so, sagen wir mal, extreme Meinungen sind, irgendwie. (...) Und auch im Sinn von ein bisschen, ich weiß nicht, geordnet und so, also so dass der Staat mehr Ordnung hat und so und auch halt zum Beispiel jetzt gegen Ausländer eben. (...) Und Links ist auch ein bisschen liberaler und ja, ja so ungefähr.“ (Irina, 16)

„Rechts, oder Mitte Rechts würde ich ganz einfach so erklären, dass es eben in gewissen Bereichen, gerade in Ausländerpolitik und Sicherheitspolitik und so, dass sie einfach restriktivere, konservativere Ansichten haben. (...) Jetzt im Gegensatz zu Links.“ (Thomas, 17)

„Mitte ist einfach (...) so, dass es viele Leute anspricht, so ein Mittelweg halt“ (Julia, 17)

„Also Rechts würde ich sagen, das sind, extrem Rechts sind dann Ansichten, die dann, wo's dann so wird, dass man beleidigend, diskriminierend gegenüber Menschen anderer Herkunft, Hautfarbe, Religion wird. (...) Ja, würde ich so sagen und Links sind eher Leute, die sich auch für Menschen anderer Herkunft einsetzen, die eher auch für Gleichberechtigung sind, auch halt zum Beispiel bei homosexuellen Leuten, die auch und so, es muss jetzt nicht nur Ausländerfragen betreffen, die auch liberaler und offener sind.“ (Valentina, 16)

Nur für Sebastian, 16, stehen unterschiedliche ökonomische Konzepte als Unterscheidungsmerkmale im Vordergrund:

„Also die linken Parteien, also sind einfach die, die die generell wirtschaftlich für die Umverteilung von oben nach unten sind. (...) Und in Ausländerfragen sehr aufgeschlossen sind, dass man, dass wir eigentlich froh sein können, dass wir in so einem (...) schönen Land leben, wo's eigentlich relativ wenige Probleme gibt, dass wir durchaus auch Leute aufnehmen können, die in weniger guten Verhältnissen gewohnt haben. Und Rechts ist für mich, also wirtschaftlich, immer das Kapital soll in nationalen Händen bleiben und die, die Großfamilien stärken. (...) und Mitte? Das sind so die Leute, die für mich, die sich irgendwie davor fürchten, in ein Extrem zu gehen. Ich mein, ich find's gut so, weil's einfach, weil man wahrscheinlich mit dem Mittelweg auch was erreichen kann.“ (Sebastian, 16)

Eine eindeutige Zuordnung zu Rechts kann von den Befragten bei FPÖ und BZÖ vorgenommen werden. Für alle anderen Parteien gilt: Unsicherheiten bei der Zuordnung, in Einzelfällen einander widersprechend.

„Ja also die SPÖ ist ein bisschen links von der Mitte, die ÖVP ein bisschen rechts und die Orangenen sind ziemlich rechts und die Blauen ein Stück mehr in der Mitte. (...) Und die Grünen, die sind, glaub ich, so in der naja, Mitte zwischen links und Mitte.“ (Julia, 17)

„Ja, auf jeden Fall die FPÖ und die BZÖ einmal rechts. (...) Dann glaub ich, die Grünen links. ÖVP (...) Rechts, das auf jeden Fall. Die Grünen eben links und dann vielleicht Liste Fritz, oder Fitz. Oder wie sie heißt, auch links, was ich so mitbekommen hab. Und die ÖVP neutral und die SPÖ links. (...) Schon relativ weit links. (...) Und KPÖ ist eh klar.“ (Michelle, 16)

„Ja, na ja, FPÖ und BZÖ, also FPÖ ist am meisten rechts. (...), und Grüne sind eher links und ÖVP und SPÖ sind ungefähr Mitte.“ (Irina, 16)

„Blau, Orange. Mal rechts. Halb rechts. Dann ÖVP schon weniger rechts. (...) Ja, dann SPÖ links. Dann Kommunisten, so wirklich stark links. (...) die Christlichen eher rechts, ‚Rettet Österreich‘ hab ich mich jetzt nicht so befasst, muss ich sagen. (...) Was gibt's denn da noch? (...) Die Grünen, ja, links.“ (Flora, 17)

Manche treffen Überlegungen, wo die SPÖ stehen könnte:

„Die SPÖ? Na ja. Die schließt ja viele Kompromisse ab, muss man so sagen. Also bei der SPÖ hab ich das Problem, ich kann denen jetzt nicht wirklich mehr was abnehmen. (...) Ich weiß nicht, wo sie stehen, weil früher war's ja so, die rote Partei, die soziale, die Arbeiterpartei und da haben wir auch in Geschichte darüber gelesen und ein Referat gehabt über das Rote Wien und so, wie's früher war. Aber jetzt, ich war, ich kann nicht beurteilen, wo sie jetzt steht. (...) Weil, es ist so, dass die SPÖ, ja, alles tut, um es der ÖVP recht zu machen und somit, glaub ich, stellt sie sich ein bisschen auf dieselbe Stufe. (...) Auch wenn sie, ich will das jetzt nicht verallgemeinern, ich glaub, es gibt auch liberalere Menschen innerhalb der SPÖ, es wird sicher liberalere Menschen innerhalb der SPÖ geben, als in der ÖVP, (...) glaub ich. (...) Ich würd sagen, die SPÖ ist Mitte. (...)“ (Valentina, 16)

Eindeutig die Zuordnung von Sebastian, 16:

„Ach so, natürlich ganz links die KPÖ. Dann die Grünen, das Liberale Forum, oder vielleicht noch Teile von der SPÖ. Vor allem die Jüngeren. Und dann eben in der Mitte (...) SPÖ, ÖVP. Teile vom BZÖ, aber relativ wenige. Dann eben BZÖ, FPÖ. Und dann zwischen, zwischen dem BZÖ und FPÖ noch die ‚Rettet Österreich‘ und die ganzen Kleinparteien, aber die sind ja jetzt eben. Die gibt's ja eh nicht mehr mittlerweile.“ (Sebastian, 16)

Die Selbsteinstufung auf der politischen Skala ist hauptsächlich Mitte bzw. an der Mitte orientiert, also eher Mitte-Links oder eher Mitte-Rechts, eher Links oder eher Rechts. Je nach Standpunkt verschiebt sich die Definition von Mitte.

„Ich bin auf jeden Fall eigentlich eh auch irgendwo Mitte.“ (Irina, 16)

„Ich (...) Ich würde sagen ich bin neutral bis ein bisschen rechts angehaucht. Also eher Mitte, also ich bin schon ein bisschen rechts angehaucht.“ (Michelle, 16)

„Politisch, also. Eher, eher eigentlich in der Mitte, würde ich sagen.“ (Firas, 17)

„Von, von, von meiner Umgebung würde ich sagen, bin ich schon stilmäßig rechts, aber so eigentlich, sonst bin ich gedanklich eher auf der linken Seite. (...) Ja, es, ich, eher links, ja, eher links. (...) Das schon, so Mitte links, auf jeden Fall. (...) Also zu Rechts tendier ich eigentlich gar nicht so.“ (Flora, 17)

„Ich? Wahrscheinlich eh so zwischen Grün und LIF. Also eher gegen links.“ (Sebastian, 16)

„Ich bin eher links“ (Lukas, 16)

„(...) Na ja, ich würde sagen, ich bin eher liberaler, also ich hoffe das, dass ich jetzt nicht ganz, ganz liberal, weil es gibt ja immer diese Extreme, also extrem Rechts, extrem Links, aber ich würde sagen, ich bin Links.“
(Valentina, 16)

Die beiden BZÖ- Wähler:

„Weiß nicht, wie ich das erklären soll.(...) Na, ich weiß nicht, ich glaub, ich bin eher in der Mitte.“ (Wolfgang, 16)

„Ich, ich möchte mich gar nicht, nicht rechts, oder links zugehörig fühlen. (...) Ich bin (...) eher in der Mitte.“ (Markus, 18)

Eine eindeutige Selbst-Zuordnung ohne „eher“ bei der FPÖ- Wählerin:

„Ich würde mich selbst rechts einordnen. Na, wie gesagt, die meisten Leute, mit denen ich befreundet bin und die ich, also Bekannte auch, mit denen man so jetzt fortgeht, die wählen eigentlich meistens die FPÖ.“ (Nicole, 16)

5.4 Parteipräferenzen und Wahlmotive

5.4.1 Einstellung zu Wahl

Durchwegs positiv, ist keine Frage. Wenn Einschränkungen, dann nur, wen man wählen soll. Es werden Zweifel geäußert, ob des Angebotes, aber nicht ob des Stellenwertes, der Notwendigkeit, der Verpflichtung, des Rechts, wählen zu gehen:

„Wählen gehen? Das war keine Diskussion.“ (Sebastian, 16)

„Das war für mich immer klar.“ (Markus, 18)

„Ich kenn jetzt, glaub ich, selber niemanden, der die Wahl irgendwie gemieden hat. (...) Wenn, also ich hab schon gehört, dass die Leute sich einfach nicht sicher waren, was sie wählen sollen, nicht ganz zufrieden waren mit dem Parteienangebot.“ (Flora, 17)

Wenig Kenntnis herrscht über Nichtwähler-Argumentationen, es werden eher Vermutungen formuliert, da im eigenen Familien,- und Freundeskreis fast durchwegs gewählt wurde. Die Befragten mussten selbst auch nicht überredet werden, waren überzeugt, sehen das Angebot, wählen zu dürfen, als wichtige (und meist einzige) Möglichkeit der Mitbestimmung. Sonst gilt: jede/r muss selbst wissen, was er/sie tut.

Genannte NichtwählerInnen-Argumentationen:

- Keine Zeit
- Nicht wissen, was wählen, passt alles nicht
- Etwas anderes vorhaben, Organisation zu mühsam
- Nicht aufstehen wollen nach dem Samstagabend, zu faul
- Deklariertes Desinteresse an Politik
- Eh nichts verändern können, Stimme nützt nichts

Überredung anderer mit folgenden Begründungen:

- Ungültig wählen ist besser als nicht wählen
- Ist doch kein Aufwand
- Gibt eh so wenig Möglichkeiten, also...

„Nein, nicht wirklich überredet, aber wenn jemand gesagt hat, ich will nicht zur Wahl gehen, weil da ist es besser, ungültig zu wählen, als gar nicht hinzugehen.“ (Julia, 17)

„Ja, nein, ich wollt hingehen. (...) Weil die meisten Leute, die ich kenne, sind sowieso von sich aus wählen gegangen. Überreden? Nein. Wer war nicht wählen? Ja, vereinzelt, aber die, mit denen bin ich jetzt nicht so gut, dass ich da jetzt sag: oh ja, geh wählen, komm. (...)“ (Nicole, 16)

„Ja, es war klar, auch wenn, wenn die Entscheidung relativ schwierig war, weil es, es gab nichts, was mich wirklich angesprochen hat. Das fand ich irgendwie schlimm. (...) Es war wie diese Entscheidung zwischen Pest und Cholera. (...) Mir war klar, wen ich nicht wählen würde, aber mir war nicht klar, wen ich wählen würd.“ (Sebastian, 16)

„Ja, etliche aus der Klasse, nachdem wir in der Achten sind, sind prinzipiell alle wahlberechtigt gewesen. Viele haben gesagt, sie wollen nicht gehen, ist zu mühsam zum Wahllokal, die am Bisamberg hinten wohnen und so, wieder so weit runter fahren und. (...)“ (Thomas, 17)

„Ich hab ihm gesagt, denk einmal ein bisschen vielleicht darüber nach. (...) Ich meine, jede Stimme zählt. Ich meine, wenn ich dich überzeuge, überzeugst du vielleicht andere Freunde, oder Nachbarn bei dir und die überzeugen dann andere und das wird dann immer mehr, immer mehr. Und. Ja. (...) Er war, er war schon wählen, ja. (...) Wir waren zusammen mit meinem Vater und sein Vater. Und wir haben gewählt.“ (Firas, 17)

„Ich hab mir eigentlich zuerst überlegt, nicht wählen zu gehen, weil. (...) Weil's mich einfach nicht interessiert hat und ich mir gedacht hab, ja, ich, ich kenn mich eh nicht so gut aus und. (...) Ja, aber dann haben wir in der Schule sehr viel d'rüber geredet und viel gemacht, ja. (...) Ja und jeder hat einfach g'sagt, dass es ein Blödsinn ist, nicht wählen zu gehen und jede Stimme zählt, und so.“ (Lukas, 16)

5.4.2 Information über die Wahl

Als wichtig wurde die Informationsbereitstellung durch die Schule genannt, mehrheitlich gab es Denkanstöße, Informationsmotivation durch Projekte, engagierte LehrerInnen, auch durch die Einladung von PolitikerInnen an die Schule, oder sonstige Diskussionsveranstaltungen an der Schule. Einen hohen Stellenwert in der Vorbereitung auf die Wahl nehmen auch ein:

- Reflexion in der Familie (Eltern, aber auch wichtige Rolle: Großeltern) und mit FreundInnen
- Eigenrecherche in den Zeitungen, Vergleich von Parteiprogrammen im Internet
- Diskussionsveranstaltungen im Fernsehen

„Ja überhaupt mit Freundinnen, wenn wir z'sammg'sessen sind, haben wir noch drüber geredet und hab ich manchmal in die Zeitung reing'schaut. (...) Und in meiner Klasse sind zwei bei der FPÖ so Jugend, irgendwas bei der Jugendpartei. (...) Ja, genau wirken da mit, machen da mit und, ja, mit denen hab ich halt auch geredet. Im Fernsehen war ja auch viele, so Diskussionen, hab ich mir auch manchmal bissi angeschaut und so, nicht.“ (Nicole, 16)

„Wir haben ziemlich viel wirklich von unseren Lehrern bekommen. Viele Informationen. (...) Ich hab, ich hab zum Beispiel meinen Großvater gefragt, ja, was er wählt und weswegen. (...) Und was er von den anderen Parteien hält und was da, ob er was über das Programm eben weiß. Und das gleiche dann bei meiner Mutter und meinem Vater. Und meiner Oma auch, aber die war auch so unentschlossen (...) deswegen konnte sie mir nicht wirklich helfen. (...) Sonst im Fernsehen. Und Plakate natürlich. Vielleicht hab ich Informationen von Parteien zugesandt bekommen, aber meine Mutter sortiert die Post immer aus und ich glaub, das hat sie da eher weggeschmissen.“ (Lara, 16)

„Ja, also einmal klarerweise die Tageszeitungen, aber verschiedene. (...) Also ich hab eben den 'Kurier', den ma abonniert haben, gelesen. Ich hab dann aber auch die 'Krone' gelesen. Teilweise die 'Presse' und den 'Standard'. (...) Eben für detailliertere Wirtschaftsinformationen. Ich hab aber auch zum Beispiel Zeitungen, wie die 'Augustin' und so, gelesen. (...) Ganz einfach, damit man auch einmal von ganz anderen Blickpunkten das ganze sieht.“ (Thomas, 17)

„Na ja, vor allem in der Schule. Also wir haben, ich glaub, in drei verschiedenen Fächern, vorher über die Wahlen geredet und auch in Geografie, haben wir so Referate gehabt mit den verschiedenen Parteien. Ja, oder auch eben Zeitung und auch mit den Eltern ein bisschen reden, oder auch bisschen auch mit Freunden reden. Noch ein bisschen im Fernsehen die Wahldiskussionen. (...) Die hab ich auch manchmal angeschaut, wenn's halt irgendwelche Themen auch waren, die mich interessiert haben, ja.“ (Irina, 16)

„Wir haben uns [in der Schule] sehr viel über Parteien durchgelesen, über die einzelnen, welche Partei für was is. (...) Die Wahlversprechen, ja, die Programme. (...) Halt zusammengefasst und so, die Wahlversprechen sind wir durchgegangen von den einzelnen Parteien, ja. Und wahlkabine.at. (...) Das haben wir sogar ziemlich oft gemacht. (...) Und ich glaub auch, dass das mich sehr beeinflusst hat, also was ich dann gewählt hab. (...) Die, die Fragen dort und die Antworten von den einzelnen Parteien.“ (Lukas, 16)

Zusendungen durch die Parteien, die Wahlplakate werden als nicht relevant für die Entscheidungsfindung eingestuft.

„Ja, einerseits im Internet, Zeitungen. (...) Durch verschiedene Medien. (...) Also ich hab mir eigentlich den Großteil mal das durchgelesen, für was diese Parteien stehen. Was sie machen und was ihre Vorschläge sind. (...) Ja, aber das, was sie per Post g'schickt haben, zum Beispiel. (...) Das hat mich eigentlich wenig interessiert, oder das, was auf Plakaten steht. (...) Nämlich auf den Plakaten steht meiner Meinung nach immer nur das, womit sie sich präsentieren wollen und nicht so Sachen, mit denen sie sich eigentlich nicht präsentieren wollen, aber trotzdem dazu stehen.“ (Markus, 18)

5.4.3 Wissen über das Wahlrecht

Die Geschichte des Wahlrechts oder unterschiedliche Formen des Wahlrechts ist mehrheitlich nicht bekannt. Nur Sebastian, 16, und Lara, 16 gaben an, in der Schule (Haizingergasse) vor der Wahl darüber informiert worden zu sein.

„Nein, nicht wirklich, also schon kurz, aber also ich wüsste nicht, was es da, also das, man kann einfach wählen gehen und dass es halt anonym ist, aber mehr weiß ich auch nicht. (...) Und dass man halt irgendwann man nicht wählen durfte, aber ja.“ (Julia, 17)

„Wahlrecht? Nein“ (Flora, 17)

„Eigentlich nicht.“ (Irina, 16)

„Nein.“ (Markus, 18)

5.4.4 Wahlkampf

Der Wahlkampf wird eher als „lästig“ empfunden. Die Informationen, die man über einzelne Parteien und die Themen der Auseinandersetzung bekommen will, werden nicht über die Statements auf Plakaten oder Werbebroschüren vermittelt. Die „wirkliche Information“ muss man sich selber besorgen.

„Wahlkampf aufgefallen? Wahrscheinlich auf der Straße. (...) Also an der Schule eben einfach, also ich, ich erinnere mich immer wieder gerne an die armen Seelen, die am Gürtel stehen und mit den SPÖ-Wahlplakaten auf den Zebrastreifen laufen. Also, (...)die tun mir schon richtig leid und da denk ich mir schon, wow, der muss entweder wirklich viel Spaß daran haben, oder du kriegst ein Geld dafür, also. (...)“ (Sebastian, 16)

„Ja, war eh alles zuplakatiert. (...) Also überall prinzipiell und vor allem ich wohn in der Nähe vom Spitz, da waren immer wieder Wahlveranstaltungen eben. (...) Irgendwelche Leute, Reden, haben Reden gehalten. (...) Flyer ausgeteilt, Geschenke ausgeteilt.“ (Thomas, 17)

„Ja, klar, die sind ja überall gehangen. Und meiner Meinung nach hat das keinen Sinn, diesen, rein nur diesen Plakaten zu vertrauen, sondern man sollte sich wirklich darüber informieren, wozu die einzelnen Parteien wirklich stehen. (...) Nicht das, was auf dem Plakat steht, ist, sondern nur das, wofür sie sich positiv einsetzen, was dann viele Menschen auch glauben, aber den Rest, für was sie sich einsetzen, oder wo sie dagegen sind, weiß eh niemand. (...)Wenn man sich nicht genauer darüber informiert.“ (Markus, 18)

„Also da sind überall Plakate. Mit irgendwie mehr oder weniger spritzigen Slogans, oder sonst irgendwas. (...) Dann sind meistens halt immer die Parteiobmänner oben, die irgendwie da runter grinsen. Ob man das jetzt mag, oder nicht, bleibt einem überlassen. (...) Zum Beispiel Strache mit seinen funkelnden Augen (...) oder der Faymann mit seinem tollen Lächeln, oder sonst irgendwas, das sind nur halt dann alles die Männer von dieser Partei.“ (Valentina, 16)

Themen, die den Wahlkampf geprägt haben und an die sich die Befragten noch erinnern konnten, waren:

- Bildungspolitik
- Studiengebühren
- Hacklerregelung
- Kinderbetreuung
- Steuerreform
- Ausländerthema (Zuwanderung, Integration)
- Österreich, Heimat

„Bildung, Ausländer und ja, das mit der Teuerung und so. Und auch, ich weiß nicht, ob das damals schon war, das mit der Wirtschaftskrise und so.“ (Julia, 17)

„Ja, diese Mehrwertsteuerabsenkung.(...) Hab ich auch gut gefunden vom Strache, weil er hat ja irgendwie so gemeint, ja können wir schon machen, aber eben nicht bei allen Produkten, irgendwas war da, so Kaviar, oder so, nicht absetzen, weil, das denk ich auch, weil die ganzen Leute, die sich das leisten können, diese Produkte, die so viel kosten. (...) Die brauchen das sowieso nicht, dass sie dann weniger zahlen müssen.“(Nicole, 16)

„Die provokantesten Sprüche waren von der FPÖ. (...) Aber sonst hab ich mir eigentlich keine wirklich gemerkt noch.(...) Von, von den Grünen war, glaub ich, der Van der Bellen immer sein Gesicht drauf, oder so. Es, es muss sich was ändern, glaub ich, oder so. (...) Und vom, vom Haider, BZÖ. (...) Der hat irgendwie geschrieben, Ärmel aufkrepeln. Jetzt packen wir's an, oder so. (...) Und auch Fotos von sich. Ja.“ (Lukas, 16)

„Ja, Zuwanderung oder Bildungspolitik waren Themen. Was war sonst noch ein Thema? (...) Na ja, ich weiß, dass sowohl SPÖ und ÖVP so, jeweils so eine junge Kandidatin hatten, die extra Jugendliche ansprechen sollten. (...)Die auch irgendwie, eigentlich weiß ich nicht genau, für was die jetzt so eingetreten sind.(...) Allerdings auf dem Gebiet weiß ich halt, das ist mir in Erinnerung geblieben, weil die extra jetzt so, ja, jung, dynamisch, sollen das junge Zielpublikum ansprechen und so, ja.“ (Valentina, 16)

Themen sind zu Parteien zuordenbar³⁷, wenn auch zum Teil nicht konkret, sondern über die Annahme, wofür diese Parteien stehen. Dominant sind beim

- Ausländerthema (raus): BZÖ, FPÖ
- Ausländerthema (rein): SPÖ, Grüne
- Ausländerthema (restriktiver Zuzug) : ÖVP
- Bildung: Grüne, ÖVP
- Studiengebühren: SPÖ, Grüne
- Gesamtschule pro: SPÖ
- Gesamtschule kontra: FPÖ
- Steuern erhöhen für Mehrverdiener: Grüne
- Steuerreform, Mehrwertsteuer: SPÖ, FPÖ
- Hacklerregelung: SPÖ, FPÖ, BZÖ

³⁷ Die Themen waren nicht vorgegeben, sondern wurden frei genannt, die Parteien dann dazu assoziiert.

- Wirtschaft: ÖVP
- Deutschkurse für Immigranten: ÖVP
- Sparen: SPÖ
- Umverteilung, Sozialpolitik: SPÖ
- Umweltpolitik: Grüne
- Mehr Grün in der Stadt, weniger CO₂-Ausstoß, öffentlicher Verkehr: Grüne
- Sozialversicherung für Österreicher/Ausländer bzw. „Medizinsteuer“ : BZÖ, FPÖ
- Die Welt verbessern: LIF
- Austritt aus der EU: FPÖ
- Rauchverbot an öffentlichen Plätzen/Restaurants: Grüne
- Gleichgeschlechtliche Ehen: Grüne
- Legalisierung von Marihuana: Grüne

„Das war von der ÖVP, die hatten das ja so nett, so die Punkte richtig aufgereiht. (...) Oh Gott, was die da genau draufgeschrieben haben? Ich weiß noch, dass nicht, ich glaub, wie war das? Eh auch was mit der Staatsbürgerschaft. Genau, Deutschkurse für Immigranten und ja das zum Beispiel. Gott, was sonst noch? Ich weiß nicht. Das war so unwichtig. (...)“
(Lara, 16)

Kritik wird geübt an der Austauschbarkeit der Argumentation, an zu allgemein gehaltenen Botschaften, als Partei an der Polemik der FPÖ, an den Grünen:

„ (...) die Grünen, sind die, die hab ich eigentlich überhaupt nicht irgendwie mitbekommen, die sind für mich eigentlich irgendwie immer nur so die Umweltschützer. (...) Was ich irgendwie auch schlimm find, dass sie sich irgendwie null mit den Menschen oder der Wirtschaft, oder so, auseinandersetzen, sondern dass die irgendwie immer auf die Tiere und auf die Bäume bedacht sind, wo ich mir auch denk, was, was hat das für einen Sinn, so eine Partei, dann sollen sie zu Greenpeace gehen. (...) Wenn's ihnen dann besser geht, aber ich find nicht, dass es in der Politik wirklich was beiträgt. (...) Ja, da fehlt mir, da fehlt mir auch irgendwie ein gescheites Argument, irgendwas, was auch wirklich was dazu beiträgt, weil, ich sag einmal, die Grünen gewinnen sowieso nie irgendwie irgendwas, ja. (...) Und können sowieso nichts verändern mit ihrem Umweltschwachsinn.“
(Michelle, 16)

5.4.5 Thema „Ausländer“ im Wahlkampf

Für die Befragten haben sich alle Parteien mit dem Thema beschäftigt. Der Tenor der Diskussion wurde eindeutig von FPÖ/BZÖ bestimmt.

- Klare Position nur von BZÖ und FPÖ, bei allen anderen relativ unklar, eher pro Integration, aber nicht wie.
- Deutlich wird, dass von den beiden Parteien Problemabgrenzung und Ablehnung klar formuliert werden kann, auch im Kontext mit der zuvor erfolgten Definition von „Rechts“.
- Die anderen Parteien bieten hier durchwegs wenig Konkretes, am ehesten wird noch bei SPÖ und ÖVP eine Annäherung an BZÖ/FPÖ bemerkt.

„Ja, na ja, das war eigentlich so die Blauen und die Orangenen waren also sowieso gegen Ausländer und so. Obwohl man eigentlich nie erfahren hat, was sind Ausländer. Na ja, also die waren einfach gegen Ausländer, dann die Grünen waren, also für Ausländer, also dass gleich alle die Staatsbürgerschaft bekommen und solche Sachen. Und die Roten und die Schwarzen haben's dann irgendwie so auf die Seite gestellt, wo sie glauben, dass es die Wähler mehr mögen.(...) Also die Schwarzen haben ja auch dann mit irgendwelchen ausländerfeindlichen Themen geworben, obwohl einfach nur so, ich weiß nicht, es hat irgendwie nicht zu ihnen gepasst. Das haben sie einfach nur hingeschrieben, damit sie mehr auf, also damit sie einfach mehr Wähler fangen.“ (Julia, 17)

„Ich hab mich viel mit dem Ausländerthema auseinandergesetzt. Weil ich auch für mich geschaut hab, wie sehr beeinflussen, so quasi, die Ausländer mein Leben und wie sehr stören sie mich, oder wie sehr finde ich es OK, dass sie da sind? Und da hab ich eigentlich so gesucht, hab ich eigentlich so versucht, meinen Standpunkt mit einem der Politiker übereinander zu bringen, also dass wir denselben Standpunkt vertreten, so, das war eigentlich das Thema, was mich viel beschäftigt hat. (...) Das Ausländerthema, weil das auch das ist irgendwie, was mich so in meinem Leben begleitet so.“ (Michelle, 16)

„Ich hab befunden, dass eigentlich alle Parteien in gewisser Weise restriktiver geworden sind, dass auch die SPÖ gesagt hat, man muss die Zuwanderungspolitik eben (...) mit mehreren Augen betrachten. Man sollte noch drüber nachdenken. (...) Auch die, die ÖVP ist, ist restriktiver geworden mit eben dieser Forderung von Deutschkursen und so, dass es eben Deutsch verpflichtend zu lernen ist und. (...) Eigentlich find ich, dass sich (...) die Meinung über die Zuwanderungspolitik verschärft hat, bei allen Parteien, also bei denen, die halt publik gemacht haben, sozusagen.(...) Also dass eben zum größten Teil, gerade in so Ballungsräumen, wie Wien und so, dass die Ausländerthematik eben vorrangig ist.(...) Und auch die Wähler, also die Parteien erkannt haben, dass die Wähler fordern, sozusagen, dass man in dem Bereich eben ein bisschen umdenkt, oder unter Umständen eben, sozusagen den Gürtel enger schnallt.“ (Thomas, 17)

„Ja, die FPÖ sind halt eine ausländerfeindliche Partei.(...) Grüne und Liberales Forum, die sind, ja sie wollen's den Ausländern halt leicht machen, nach Österreich zu kommen, hier Arbeit zu finden und (...) ja. Die SPÖ (...) Bei Ausländern (...) ich glaub, die sind relativ neutral dazu.“ (Lukas, 16)

5.4.6 Zum Wahlkampf: Was hat abgestoßen - irritiert?

Mehrfachnennungen waren:

- Populismus
- Polemiken, kein Inhalt
- Ausländerhetzsprüche
- Wahlplakate- dumme Sprüche
- Parteien-Hickhack

„Ja, eben die ganzen Ausländerhetzsprüche und so. Das fand ich ein bisschen blöd. (...) Also das war irgendwie unnötig. Und dass, irgendwie bei

Bildung, ist es nur um Gesamtschule oder nicht Gesamtschule gegangen.“ (Julia, 17)

„Dass auch in der ‚Nachtschicht‘ auch SPÖ-Werbung war. (...) Aber es war keiner da von der, also niemand vor Ort, Faymann war sicher nicht dort. Strache war schon dort, also das ist halt auch wieder sowas, gut Geld ausgeben für die Werbung, aber selber eigentlich nicht dort sein. (...) Na einfach nur Geld ausgeben wieder. (...) Und viel Werbung machen.“ (Nicole, 16)

„Besonders geärgert hat mich dieses ganze Krone-Kooperations-Gerede. Also das hat, das hat mich geärgert, dass die SPÖ sich richtig auf dieses Niveau heruntergelassen hat und dass sie mit der Kronenzeitung paktieren und dass das jetzt irgendwie so (...) wirklich sehr offensichtlich Wahlwerbung ist. (...)“ (Sebastian, 16)

„Na ja schon abgestoßen, dass es einfach so populistisch war. (...) Also ich hab wirklich teilweise fast lachen müssen, wie ich die, wie ich die Plakate gesehen hab, weil die wirklich, ich weiß nicht, einfach dumme Sachen gesagt haben.“ (Irina, 17)

„ (...) diese Plakate sind auch relativ unnötig, weil eben, meiner Meinung nach, nur das draufsteht, was die Partei wirklich draufstehen haben will, aber der Rest steht nicht d'rauf. (...) Na ja, also zum Beispiel die, die TV-Diskussionen und so waren ziemlich gut. Ich find, da hat man wirklich gesehen, welche Standpunkte die einzelnen Parteien vertreten.“ (Markus, 18)

„Geärgert? Eigentlich eh auch manche Plakate, zum Beispiel das ‚Wien darf nicht Istanbul werden‘. (...) Was soll denn das? (...) Das find i a bissel a komische Botschaft.“ (Wolfgang, 16)

„Was hat mich gestört? Eben, dass, ja, was hat mich gestört, dass wieder mal zu viele Versprechungen gemacht werden, es ist auch das, ich mag das nicht. Ich find, Politiker sollten nur so viel versprechen, was halbwegs durchsetzbar, halbwegs durchführbar ist. (...) Und es hat mich weiter gestört, ja, bei der FPÖ, diese ganzen Slogans. (...) Die sie immer auspacken, bei den Wien-Wahlen waren das ja auch schon solche Slogans, wie ‚Immer ruft der Muezzin‘ und solche gab's ja wieder auch. (...) Und solche Slogans stören mich wirklich.“ (Valentina, 16)

Themen, die die Befragten als persönlich wichtig erachten und die im Wahlkampf aus ihrer Sicht vernachlässigt wurden, waren:

- Bildung
- Gesundheitssystem
- Sozialsystem
- Obdachlosigkeit
- EU-Politik
- Klimaschutz
- Ausländerthematik: weniger polemisch, seriöser behandeln
- Ausländerthematik: Abschiebung bei rechtlichen Vergehen
- Sportförderung

„Themen gefehlt? Ich, ich glaube, sie hätten mehr vielleicht über die Ausländerbildung reden sollen. (...) an einer Polytechnischen, da sind auch die meisten Ausländer, also, die hätten wirklich mehr über unsere Bildung, etwas mehr über die Bildung reden sollen. Also, da, man soll sie überzeugen vielleicht, dass sie auch eines Tages studieren. (...) Und sei es, was sei, also Diplomatie, oder Arzt, oder. (...) Alles mögliche.“ (Firas, 17)

„Ja, zum Beispiel das mit der Obdachlosigkeit, dass sie. (...) ja Unterkünfte bauen, oder. (...) Dann eh vielleicht eine, eine Lohnerhöhung für alle, oder so, dass sie da mehr diskutiert hätten und. (...) Und halt das auch mit die Ausländer, wenn die ein Verbrechen begehen, dass die halt wieder zurückkommen in ihr Land und.“ (Wolfgang, 16)

5.4.7 Wahlentscheidung - Orientierung

Wichtige Faktoren bei der Entscheidungsfindung waren:

- Der persönliche Informationsstand
- Überzeugung durch den Inhalt
- Klarheit der Botschaft
- Problemlösungsorientierung
- Diskussion und Überzeugung durch Eltern/Großeltern.
- Protestverhalten (gegen Eltern) bei BZÖ/FPÖ WählerInnen.

„Aber mir ist auch aufgefallen, dass die Roten zum Beispiel gesagt haben, wir wollen das besser machen und wir wollen das besser machen, aber sie haben eigentlich nie gesagt, wie sie's machen wollen und so. Da hab ich mir auch gedacht, die werd ich sicher nicht wählen.“ (Julia, 17)

„Also ich wollte, ich wollte mich über das LIF informieren. Im Internet, aber dann hab ich irgendwie das Wahlprogramm nicht gefunden auf ihrer Seite. Ich, also ich hab gedacht, die haben gar keines. Sie hatten, sie hatten dann glaub ich eh irgendwo was, oder so, aber ich hab's nicht gefunden, deswegen hab ich mir gedacht, OK. Spricht nicht so ganz dafür. (...) Mein Vater hat mir die eigentliche Partei ausgedeutet. Also er hat mir so einiges erzählt, was ihn daran stört und ja, ein paar Geschichten, wo ich mir dann auch gedacht hab, OK, find ich nicht so. Und, ja, das war dann ausschlaggebend dafür, dass ich mich umentschieden hab. Ich hätte dann Grün gewählt, eigentlich wegen dem Van der Bellen. Weil er wirklich ein sympathischer Mensch ist und ich finde, er ist ein guter Politiker. Dann hab ich ÖVP gewählt. Und mein Vater wollte eigentlich das LIF wählen. Aber dann hat er sich auch gedacht, ja, das ist eine verschwendete Stimme.“ (Lara, 16)

„Also ich hab mir die Parteiprogramme angeschaut von allen Parteien, die zusagen für mich in Frage gekommen sind. Ich hab mir von SPÖ, ÖVP und FPÖ das Programm angeschaut. (...) Das hat mich bestärkt. Ja, die wichtigsten Unterschiede waren, waren einfach in der Durchführungsmöglichkeit. Daher ÖVP.“ (Thomas, 17)

„Also meine Mama hat gemeint, nein, BZÖ, das kann ich nicht machen und nein und das ist nicht das Richtige und was werden da die Leute und das und nein und oh mein Gott und ich so: Mama, es ist meine Sache, weil es ist meine Einstellung und von da an werde ich auch die Leute wählen gehen.“ (Michelle, 16)

„Aber, aber ich hab eigentlich nicht wirklich, ich mein, ich bin Ausländer, mir gefällt's hier und ich, und ich versuche hier mein Glück und ich geb einfach mein Bestes. Aber. (...) Meine Meinung ist halt manchmal von den Grünen dann zur SPÖ rüber geschwungen, geschwankt und die ÖVP gewinnt jetzt eh viele Jahre hintereinander, hab ich gedacht, nein. (...)“ (Firas, 17)

„War für mich immer klar. (...) Den Haider. Auch wenn meine Oma dagegen war.“ (Wolfgang, 16)

„Die Grünen hab ich dann gewählt. Weil (...) ich hab Wahlkabine.at ziemlich oft gemacht. (...) Zuerst mal die Fragen beantwortet, so wie ich's geglaubt hab. (...) Das, also wie's für mich richtig war, dann haben wir viel in der Schule d'rüber geredet, haben die Fragen wirklich genau analysiert auch und dann hab ich meine Meinung auch geändert, weil ich vielleicht zuerst Fragen bisschen falsch verstanden hab, oder so. (...) Aber insgesamt hatten die Grünen immer einen, einen großen Vorsprung und ich glaub, das hat mich sehr beeinflusst und auch wegen dem Rauchen eben, weil sie die einzigen waren, die das, die das abschaffen wollten. (...) Liberales Forum ist auch mal rausgekommen. (...) Das war sehr ähnlich. (...) Aber die waren einfach zu klein irgendwie.“ (Lukas, 16)

„Ja, die Grünen, aber nicht jetzt, weil ich jetzt wahnsinnig überzeugt bin und das, sondern auch ein bisschen mangels Perspektive, weil, wie gesagt, die Großparteien. Da hab ich mein Vertrauen drin verloren und ich hab nicht so rechte Ansichten, darum, ich werd nie die FPÖ, oder das BZÖ wählen. Und über's Liberale Forum wusste ich einfach zu wenig. Und die Kommunisten, nein, also ich wähle jetzt auch keine Kommunisten, oder so. Es war ein Kompromiss, ja.“ (Valentina, 16)

5.4.8 Begründung der Wahl: Inhalt oder Person

Die Überzeugung der Inhalte steht vor den Personen. Wenn ein/e Spitzenkandidat/in ausschlaggebend war, dann auf Grund der Überzeugungskraft, wofür diese Person einsteht. Taktisches Wählen wurde mit folgender Begründung praktiziert: die Stimme für der eigenen Überzeugung näheren, aber kleinen Partei (Grüne, LIF), ist eine verschwendete Stimme, die größere Partei (SPÖ oder ÖVP) kann mehr Sicherheit, Stabilität bieten.

„Eher Inhalte eigentlich. Also vor allem die Bildungspolitik eben und dass sie, und mir hat auch gut gefallen, dass irgendwie so viele Sachen hinterfragt haben. Zum Beispiel das mit dieser Mehrwertsteuer, da hat eben in dieser einen Diskussion hat der Van der Bellen zum Beispiel gesagt, dass das eigentlich überhaupt nichts bringt und so und dass es da eine viel bessere Möglichkeit gibt und dass die irgendwie die besten Lösungen für alles haben und dass die auch den Gratiskindergarten gemacht haben, das fand ich eben auch gut.“ (Julia, 17)

„Ja, eigentlich schon, eher die Partei. Die Inhalte. Aber ich fand auch den Molterer eigentlich nicht so schlecht. Weil die meisten haben eh gemeint, ja, der ist so unsympathisch, der wirkt nicht gut aufs Volk, der ist. Blöd, was auch immer. Ich fand eigentlich, dass er auch, ich finde, er hat's, er hat sich gut präsentiert, weil er war, er war einfach ein, ein, ich weiß nicht, er war nicht so impulsiv zum Beispiel, wie andere Kandidaten. Und er hat, er hat

sich da auch nicht von seiner Linie abbringen lassen. Also ich fand es, ich fand ihn eigentlich ganz ansprechend deswegen.“ (Lara, 16)

„Ich hab dann die Grünen gewählt. (...) Also weil ich einfach gemerkt hab, eine Stimme an das Liberale Forum ist relativ verschwendet. (...) und ich, ich war eigentlich schon relativ lange überzeugt, dass ich das LIF wählen werde.(...) Andererseits hab ich mich von den Grünen dann wieder wegbewegt, das mit dem Balluch, also das hab ich irgendwie auch nicht in Ordnung gefunden, (...) dass man eine, eine Person aufstellt, gegen die ein Strafverfahren läuft.(...) Aber man kann's auch übertreiben.(...) Und noch ein Problem hab ich mit den Grünen: ich find die Eva Glawischnig unsympathisch.“ (Sebastian, 16)

„Beides eigentlich: Ja, also, die meisten, was ich kenne, warum ich FPÖ wähl, is halt einfach, weil ich mir denk eben, sicher das mit den Ausländern. Weil ich die überhaupt nicht brauch. Und es ist halt einfach so, dass SPÖ so Schilder macht so, wo sie auf Türkisch raufschreiben, willkommen in Österreich. Und das find ich ur schlimm, weil es sind so viele Tschuschen schon da, in Wien vor allem. Und ja und außerdem Strache, ich weiß nicht, ich find ihn irgendwie sympathisch, zum Beispiel, er ist in die ‚Nachtschicht‘ gekommen. Er zeigt halt irgendwie Interesse an Jugendlichen, dass halt, dass halt unsere Meinung auch irgendwo wichtig ist, weil wir auch wählen und das find ich auch gut.“ (Nicole, 16)

„Also ich hab zum Beispiel den Spitzenkandidaten, den Molterer, eher als unansprechend gefunden, für mich selbst. (...) Aber nachdem ich nicht nach der Person entschieden hab, sondern nach der Partei und nach den Inhalten. (...) Hab ich trotzdem die ÖVP gewählt. (...) Ja wirtschaftliche Inhalte. (...) Und meiner Meinung nach, dass sie irgendwie den Mittelweg versuchen zu verfolgen. (...) Also weder zu weit nach links ausschweifen, noch zu weit nach rechts. (...) Dass sie, vor allem, denk ich auch, in der Durchführbarkeit, ein vernünftiges Programm vorgeschlagen haben. (...)“ (Thomas, 17)

„Sowohl als auch, glaube ich. (...)Wir wissen jetzt, die SPÖ sind für die Ausländer, (...) wollen uns helfen, dass wir, also, dass auch, wenn jetzt neue Ausländer sind, dass wir jetzt eine Kinderbeihilfe und alles dabei ist. Ich mein, ist der wirklich besser? Und, ja.“ (Firas, 17)

„Beides eigentlich. (...) Ja, so wie er's, ich weiß nicht, ich hab ihn irgendwie so als, er hat irgendwie a leiwande Art g'habt, der Haider. (...) Und ja, ich denk ma halt auch, dass der das durchg'setzt hätte, was er vorg'habt hat. (...) Kann er jetzt nimma, weil jetzt gibt's erm nimma. [Frage: Und die Nachfolger? Sprechen die dich an?] Ich hoff ja. Hab ich mi no net so ganz auseinanderg'setzt mit denen. (...) Nein, ich glaub ich wähl trotzdem die Partei weiter.“ (Wolfgang, 16)

„Ich weiß nicht, ich muss jetzt nicht sagen, ich hab die Grünen gewählt wegen Alexander Van der Bellen, aber es war einfach so, die konnten sich, er stand eben für die Grünen, man fragt sich irgendwie, ja, man konnte die Grünen, also mit Alexander Van der Bellen identifizieren, sozusagen. Also ich würde jetzt nicht sagen, dass ich sie nur gewählt hab wegen Alexander Van der Bellen. Auch wegen den Inhalten, wie gesagt, es war halt eine Kompromisswahl.“ (Valentina, 16)

5.4.9 Vorbereitung auf den Wahlakt

Das Wissen über die Durchführung der Wahl ist abhängig von Informationen durch die Schule und das Elternhaus. Die Befragten sind mehrheitlich bereits als Kind mit den Eltern bis in die Wahlkabine mitgegangen.

„Ja, wir haben in der Schule so eine Probewahl gemacht. (...) Wo wir so einen richtigen Zettel hatten, wie der wirklich aussieht. (...) Und das ist dann auch leichter gefallen und ja, sonst. (...) Meine Mama hat den Pass und so für mich mitgenommen. Ich muss, es war, man hat eigentlich eh alles darüber erfahren.“ (Julia, 17)

„Aber, aber heutzutage ist das schon was ganz Natürliches. (...) Ich wusste, ich muss in die Kabine gehen und einfach was ankreuzen. (...) Ich war schon einmal mit meiner Mutter, wo ich noch ziemlich klein war, deswegen hab ich gewusst, dass das ein großes Papier ist, mit ganz vielen kleinen Namen dann auch noch d'rauf. Aber, ja, im Großen und Ganzen, war's ja nicht so eine große Überraschung und auch nicht so schwer.“ (Lara, 16)

„Nein hab ich nicht gewusst so genau, nichts Genaues, dass man da hingehet, sich anmeldet, also mit den Ausweisen. Dann eben ankreuzen muss, da hab ich halt nicht genau gewusst. (...) Ja, wir haben zwar so Politik, aber wir haben so einen verwirrten Lehrer, der sich nicht auskennt. (...) Also nicht wirklich ganz hell, weil der hat sich selber nicht so wirklich ausgekannt.“ (Nicole, 16)

„Ich hab Wahlkarte gewählt.“ (Flora, 17)

„War kein Problem. (...) Nachdem ich auch früher immer mit meinem Vater in die Kabine und so reingegangen bin, mit meiner Mutter auch.“ (Thomas, 17)

„Ja, also mein Vater hat mich natürlich informiert, dass es so und so abläuft, aber. (...) Auch mein älterer Cousin, der hat gesagt, also kreuz an, lass es, ich glaub es war anonym. (...) Glaub ich. Man musste nicht den Namen dazuschreiben, aber kreuz das an und kreuz es an und pass auf, was du ankreuzt und eigentlich sind wir bis jetzt die ganzen Jahre nur zum Jugendzentrum hier wählen gegangen, also. Hat man wählen können, hier, genau. War ein geschlossener Raum.“ (Firas, 17)

„Die Mama hat's einfach g'sagt, hol den Pass. (...) Das hab ich nicht, nicht jetzt g'wisst, dass man den mitnehmen muss. Aber ich hab gewusst, wo das Wahllokal ist. Weil wir sind früher mitgegangen. (...) Wir haben draußen gewartet.“ (Lukas, 16)

„Wir waren ja zu der Zeit in Amerika, also Briefwahl.“ (Valentina, 16)

5.4.10 Vorzugsstimmen

- Scheiterte an mangelnder Information
- Nur 2 Befragte haben Namen angekreuzt: einmal aus Gründen einer persönlichen Beziehung, einmal nach Geburtsdatum – der jüngste Kandidat wurde gewählt „um ein Zeichen zu setzen“ (Sebastian, 16)

„Nein“ (Julia, 17)

„Ich, ich hab mit den Namen, ich hab, nein, ich hab mich da, ich hab mich da nicht informiert, deswegen.“ (Lara, 16)

„Das hab ich vergessen. (...) Ich hab's, hat mir keiner gesagt. Meine Mutter wollte nicht, dass ich FPÖ wähle. (...) Und deswegen hat sie mir das leider nicht gesagt, dass ich da unten eben die Namen ankreuzen kann. Ich hab dann schnell FPÖ. (...) Das Papier in den Briefumschlag gegeben und hab's reingeworfen“ (Nicole, 16)

„Ja, aber ehrlich gesagt nur, weil das die Bürgermeisterin war, von unserem Dorf und ich die jetzt gekannt hab. (...) Also die anderen kannte ich eigentlich fast gar nicht.“ (Irina, 16)

„Nein.“ (Thomas, 17)

„Nein.(...) Nur die Partei, ja.“ (Markus, 18)

„ Nein, ich hab nur die Abkürzung gelesen von der SPÖ“ (Firas, 17)

„Nein. Das hab ich eigentlich nicht gewusst. (...) Nur die Partei.“ (Wolfgang, 16)

Der Ausgang der Wahl wurde mit Eltern, Großeltern und Freunden/innen beobachtet, kommentiert, diskutiert. Koalitions-Kombinationen wurden erstellt und deren Konsequenzen, auch für die persönliche Lebenssituation, überlegt. Zeitungsberichte verfolgt. Das Ergebnis nach dem guten/schlechten Abschneiden der eigenen Partei beurteilt. Nach diesem Abend /dem Tag nach der Wahl war das Thema jedoch erledigt:

„Und das war's dann, ich hab's dann eigentlich gar nicht mehr, ich hab's eigentlich überhaupt nicht mehr weiter verfolgt, es war dann irgendwie so zu Ende für mich.(...) Weil ich mir gedacht hab, ja, ich hab meinen Teil dazu beigetragen.“ (Michelle, 16)

„Ich bin dann am Abend gesessen mit meinen Eltern. (...) Und hab das geschaut. Am nächsten Tag hamma halt darüber geredet, uns aufgeregt wieder, aber es war eigentlich eh ganz gut für die FPÖ dieses Mal.“ (Nicole, 16)

„Gestört hat mich (...) Ja, also teilweise das zu starke Abschneiden der Rechten. (...) Also das finde ich schon schlimm, dass, dass es in einem Land, wie Österreich, wo es den Leuten wirklich gut geht, dass es trotzdem so viele Protestwähler gab und gibt und dass es ja, ich mein, sicher ist die Unzufriedenheit groß nach zwei Jahren Streitigkeiten, aber (...). Das hat mich schon irgendwie ein bisschen getroffen, dass es dann doch fast 30 Prozent waren. (...)Also ich, ich finde einfach, dass es in Österreich keine wirkliche Protestwahlkultur gibt, die es in Deutschland mittlerweile schon gibt, mit der Linkspartei. Nur in Österreich gibt's, wenn du der Regierung einen Denkkzettel verpassen willst, geht nur Rechts. (...) Weil, weil die Linken halt einfach versucht haben, sich sehr als Regierungspartei vorzustellen und dementsprechend auch relativ sanft in den Wahlkampf gegangen sind. (...) Zum Protestwählen sind die Grünen sicher nichts, nein, nein.“ (Sebastian, 16)

„Also wieso Grün jetzt nicht noch mehr Stimmen geschafft hat, das weiß ich nicht, weil ich einfach mit den Leuten, mit denen ich geredet hab, muss ich eigentlich schon sagen, die Mehrheit von den Leuten, die ich kenne. (...) Hat auf jeden Fall Grün gewählt. Und (...) ich hab einfach das Gefühl, dass, dass es einfach, dass die einfach zu gute Redner sind, einfach so Populisten. (...) Blau und Orange, dass sie den Leuten das sagen, was sie hören wollen. (...) Und die Leute das vielleicht zu wenig hinterfragen, was sie wirklich sagen. Das denk ich mir, oder so.“ (Flora, 17)

„Nein, gar nicht zufrieden. (...) hätte mir, na ja, schon eigentlich, gewünscht, dass die FPÖ weniger hat und vor allem die SPÖ weniger Stimmen.“ (Irina, 16)

„In den Zeitungen hab ich gelesen, also FPÖ, BZÖ die wahren Sieger und so und das, ich hoffe, das geschieht nicht, also ich meine, mir gefällt's hier in Österreich. Und wär's wirklich brenzlich und dachte ich mir wirklich noch mehr Gas geben, noch mehr, also versuchen, auch vielleicht das ein bisschen in der, in der Schule so. (...)“ (Firas, 17)

„Angeschaut hab ich mir das Ergebnis eh mit meiner Oma. (...) Ja, es war eh OK eigentlich, dass der Faymann worden is. [Frage: Was hat deine Oma gesagt?] Na die hat si glei g'freit.“ (Wolfgang, 16)

„Ja, in Amerika, Ich hab's gegoogelt, gleich. Und ja, muss gestehen, dass ich einigmaßen entsetzt war. (...) Ja und dann hab ich auch gleich nach Hause eine SMS geschrieben und meine Mutter schreibt mir dann zurück, nein, wir betrinken uns jetzt, aber wir lassen uns nicht unterkriegen. (...)“ (Valentina, 16)

5.4.11 Wieder wählen gehen - warum?

Durchwegs ja. Die Frage nach einer Begründung, warum, wird eher mit Erstaunen kommentiert.

- Wenn man dieses Recht erhält, nützt man es
- Ist doch kein Aufwand
- Wenigstens da kann man einmal mitbestimmen
- Kleiner Aufwand, größtmöglicher Effekt

„Irgendwie kein Aufwand wählen zu gehen, also warum soll man es nicht machen. das dauert eine Viertelstunde vielleicht und es ist gleich in der Nähe, wo man wählen gehen kann, also.“ (Julia, 17)

„Ja, klar.“ (Lara, 16)

„Oh ja, auf jeden Fall, weil ich mir denk auch mit einer kleinen Stimme und wenn immer mehr Leute wählen gehen, dann kann man auch mit einer einzigen Stimme. (...) Schon was verändern. Das auf jeden Fall.“ (Michelle, 16)

„Ja (...) Ich mach's gern. (...) Ich find, das sind zehn Minuten, die man sich Zeit nimmt (...), für den Aufwand ist es wahrscheinlich doch ein relativ großer Erfolg, den man damit erzielen kann.“ (Sebastian, 16)

„Ja, weil ich's einfach wichtig finde, mitzubestimmen und ich meine, auch wenn man nicht wählt, dann gibt man praktisch nur, das ist eine verschenkte Stimme, also ich fänd das unnötig und ich glaub (...) da, also,

ja, also bevor ich nicht wähle, werde ich schon eine Partei finden, bei der ich wähle. (...) Bevor ich gar nicht hingeh, ja.“ (Flora, 16)

„Ja. (...) Ja einfach, um wieder mitentscheiden zu können. (...) Im kleinen Rahmen halt.“ (Thomas, 17)

„Ja, ich werd auf jeden Fall wieder wählen.(...) Ja, weil ich schon auch, denke ich, mitbestimmen möcht und für das eigentlich, es geht auch um meine Zukunft.(...) Und daher, wenn ich mich entscheiden kann, möchte ich schon mitentscheiden.“ (Markus, 18)

„ Ja, sicher“ (Firas, 17)

„Ja. (...) Ja weil ich find, dass Jugendliche genauso ein Recht d'rauf haben, ihre Meinung vertreten zu können und. (...) Weil ich find, dass wir a ein bisschen dran teilnehmen sollten.“ (Wolfgang, 16)

„Ja, schon. Ja, einfach um meine Interessen auch zu vertreten.“ (Lukas, 16)

„Ja. Wie gesagt, weil ich will, dass meine Stimme gehört wird und Wählen ist auch ein bisschen eine Verantwortung.“ (Valentina, 16)

5.5 Europa

Einstellungen pro/kontra EU können analog zu den gewählten Parteien festgestellt werden, dementsprechend sind die FPÖ/BZÖ WählerInnen eher EU-skeptisch. Vor- und Nachteile werden bei allen in der Argumentation abgewogen, Vorteile überwiegen letztendlich bei den ÖVP-, SPÖ- und Grünen-WählerInnen. Mehrfach wird darauf hingewiesen, zu wenig über die Funktionsweisen der Europäischen Union zu wissen, um wirklich ein Urteil abgeben zu können.

Pro:

- einheitliche Währung
- Reisefreiheit
- Anderswo studieren können
- Lernen von anderen Kulturen
- Sicherheitsaspekt in ökonomischem und militärischem Sinn
- Dabei sein, nicht ausgeschlossen sein
- Krisenschutz
- Europa ist als Einwanderungsland sicherer als Asien und die USA

Kontra:

- Vormundschaft
- Vereinheitlichung, Verlust von kultureller Identität
- Schwerfälligkeit des Institutionengefüges EU
- Für andere zahlen müssen
- Verteuerung der Lebenserhaltung durch den Euro, weniger Lebensqualität, sich weniger leisten können - Euro=Teuro.

„Das find ich schon ganz gut, so die Idee, dass sich einfach mehrere Staaten zusammenschließen, aber ich find's halt irgendwie blöd, dass so viele Sachen aufgedrängt werden von der EU, dass alles gleich sein muss.“ (Julia, 17)

„Also es hat sicher Vorteile, aber auch Nachteile natürlich. Weil wir halt doch eines der reichsten Länder sind in der EU und aber ich glaub schon, dass es, es ist schon eher, also es ist positiv. Ich find, ja, ich find auch zum Beispiel, dass es irrsinnig angenehm und praktisch ist, dass jetzt alle diese einheitliche Währung haben, den Euro. Und ich möchte einmal in einem englischsprachigen Land studieren.“ (Lara, 16)

„Mit EU kenn ich mich nicht so aus. (...)Also, es ist halt dann blöd, wenn solche Länder dazukommen wollen, ich weiß nicht (...) Welche, welche Länder sind da von den Staaten, von den Oststaaten dazugekommen? (...) Ich mein, ich versteh schon, wenn man ärmere Länder unterstützen will, aber ich seh's auch nicht ein, wenn eh alle bei uns sind, dann sollte man die schon, man sollte sie schon auf jeden Fall unterstützen, aber. (...) Wenn man dann alle Reinholt (...) sollen die auch selber mal was dafür tun.“ (Nicole, 16)

„Wenn man dafür aber einfach sagt, dass man jetzt diese ganze Eigenstaatlichkeit ein bisschen einschränkt und dafür der EU mehr Macht gibt, würd das, glaub ich, viel besser funktionieren. (...) Und ich hätt auch kein Problem damit, dass ich jetzt nicht mehr sag, ich bin Österreicher, sondern ich bin Europäer. Das wär mir eigentlich egal.“ (Sebastian, 16)

„Hier ist es irgendwie geordneter, die Menschen gehen an bestimmten Schulen und es gibt keinen, der also mit vierzehn jetzt irgendwo einen Beruf, ein Beruf gerade ausübt, oder mit zwölf in einem, an einem Geschäft steht, das gibt's, gibt's hier nicht. (...) Europa, ich glaub, ist zum Beispiel besser als USA, oder Asien, also Asien, na ja, da. Läuft das eine oder andere Desaster rum, Afghanistan und so weiter.“ (Firas, 17)

„Ja ich denk, eher schlecht. Erstens der Euro, eine Katastrophen-Währung. (...) Es haben immer alle g'sagt, wenn der Euro kommt, wird alles billiger und es ist genau das Gegenteil passiert. (...)Was ich denk, was mein Vater damals verdient hat und was er jetzt verdient. Wir können uns viel weniger leisten durch den Euro.“ (Wolfgang, 16)

„Ich denk mal, die EU bringt uns Vorteile. (...) Natürlich gab es Förderungen für uns. Wir sind natürlich jetzt sind wir ein Nettozahler, also wir zahlen mehr, als wir kriegen. Aber ich denk mal, wir sind eh eines der reichsten Länder Europas. Und ich denke, insgesamt ist es für österreichische Firmen und alles. Besser jetzt so aktiv dabei zu sein und Handelspartner zu haben und ja. Also die Verfassung ist wieder eine andere Sache, weil, wie gesagt, so viele Länder in so einem Bund, ist es natürlich hier schwierig, Kompromisse zu finden und nie kann jeder zufrieden sein. Es gibt immer was. Dass jemand unzufrieden ist.(...) Generell positiv, auch wenn schwierig mit Konflikten.“ (Valentina, 16)

5.5.1 Wissen über die nächste Wahl

Mehrheitlich ist wenig Wissen über die nächste Wahl vorhanden. Zwei der Befragten (Sebastian, 16 und Valentina, 16) wussten von der kommenden Wahl für das Europäische Parlament.

- „Wahrscheinlich irgendeine Wahl von Wien, oder so.“ (Julia, 17)
- „Ich glaub Bundespräsident, oder, oder nicht?“ (Lara, 16)
- „Nein, keine Ahnung“ (Nicole, 16)
- „Nein, wann soll das sein?“ (Michelle, 16)
- „Die EU-Wahl“ (Sebastian, 16)
- „Das ist, Moment, irgendeine Wahl gibt's, glaub ich, in zwei Jahren. Die Präsidentenwahl, oder ist es nicht? Das weiß ich nicht, nein.“ (Flora, 17)
- „Weiß ich eigentlich gar nicht, nein“ (Irina, 16)
- „Bei welcher Wahl. (...) Nein.“ (Wolfgang, 16)
- „Weiß ich nicht, nein. [K: Ist die Wahl des Europarlaments im Juni.] Die geht auch für 16-Jährige?“ (Lukas, 16)

5.5.2 Informationsbedürfnis

Das Informationsbedürfnis und die Bereitschaft, sich zu informieren, sind hoch. Mehrfach eingefordert wird:

- Die Schule als wichtigster neutraler Informationsvermittler sollte diese Rolle wahrnehmen.
- Ein klarer Überblick über Abgeordnete und Parteien, über die Inhalte der Parteiprogramme im Vergleich.
- Information zu den Funktionsweisen der Institutionenordnung auf europäischer Ebene.
- Information zu den Auswirkungen der Wahl auf die Politikgestaltung in Österreich.

„Also von der Schule, von der Schule aus. Dann, ja, Zeitungen natürlich. Und mit meiner Familie werd ich auch wieder darüber reden.“ (Lara, 16)

„Ja, es würde mir eigentlich reichen, wenn ich einfach irgendwie eine Broschüre krieg, wo drin steht, was das jetzt kann. Es sollte schon so erklärt sein, dass man es auch versteht (...) aber mehr brauch ich eigentlich nicht. Wie's funktioniert und was es kann.“ (Sebastian, 16)

„Also, nicht mehr über's Internet, also auf jeden Fall mehr Material für die Hand. (...) Ja, Schule hoffe ich doch, aber. (...) Auf jeden Fall hätte ich gern irgendwo, wo ich mir Prospekte holen kann, also was faktisch Schriftliches, was ich, was es zum Lesen gibt.“ (Flora, 17)

„Na ja, ich brauch natürlich generell Information, weil da kenn ich mich gar nicht aus, mit dem. (...) Also, ich find schon am besten, wenn man's in der Schule bespricht. (...)“ (Irina, 16)

„Keiner weiß wirklich im Detail, oder nur wenige, wie das System funktioniert. Und das, finde ich, wär relativ wichtig.“ (Thomas, 17)

„Ja, wie das alles so funktioniert.“ (Markus, 18)

„Nein, da wurde ich noch nicht informiert. (...) Ja, ich würde mich informieren lassen, so gut wie möglich.“ (Firas, 17)

„So Zusammenfassungen von den einzelnen Wahlprogrammen. (...) Welche Partei was vertritt. Ja. Und vielleicht halt so die Wahlversprechen, die

wichtigsten. (...)Oder einfach aufschreiben und dass man sie nebeneinander als Vergleich hat irgendwie.“ (Lukas, 16)

Reflexion: Was hat die Wahl für dich persönlich bewirkt?

Mehrheitlich bezeichnen sich die Befragten als aufmerksamer, was politische Geschehnisse betrifft.

- Sie verfolgen vermehrt die politische Berichterstattung in der Tagespresse.
- Haben gemerkt, wie wichtig es ist, sich persönlich zu informieren „und nicht irgendwelchen Sprüchen zu glauben“ .
- Sind stolz auf die Erfahrung, den Wissenszuwachs.
- Den Effekt der eigenen Stimmabgabe kennengelernt, man kann doch was bewirken.

Nur Markus, 18: Hat „nicht unbedingt etwas “ bewirkt.

„Auf jeden Fall kenn ich mich ein bisschen besser aus“ (Julia, 17)

„Also ich hab mir gedacht, dass man sich wirklich informieren sollte. Und nicht zum Beispiel einfach, wenn man seit 20 Jahren jetzt eine Partei wählt, die wieder wählen. Sondern wirklich das, was einen anspricht und so sollte man sich dann entscheiden.“ (Lara, 16)

„Ja, ich glaub schon. (...) Ich bin wahrscheinlich aufmerksamer geworden, was irgendwie so, so, so rechte Parteien angeht, was, was Leute angeht, die bissel so das Gedankengut in sich haben.(...) Und auch ich hab versucht einmal zu schauen, ob's diese Probleme, die die anprangern, wirklich gibt und das, das hat mich schon, in die Richtung hat's mich schon beeinflusst und ich bin auch eigentlich in meiner Meinung auch gefestigt geworden.“ (Sebastian, 16)

„Nicht jetzt, dass ich die ganze Zeit irgendwie Zeitung gelesen hab, aber vorher, früher hab ich das ja nicht wirklich so verfolgt. Ich mein, ich wusste ungefähr, welche Parteien es gegeben hat, aber, ja, erst jetzt, ja. (...) Jetzt weiß ich es viel besser, genau.“ (Irina, 16)

„Also erst seit dem ich mich damit befasse, das war erst letztes halbes Jahr. (...) Da hab ich eigentlich bemerkt, wie interessant und spannend das sein kann und seitdem verfolge ich das schon, ja.“ (Flora, 17)

„Bis zu einem gewissen Grad kann man immer was beeinflussen, denke ich.“ (Thomas, 17)

„Und es war schon irgendwie so schön, mitzubekommen, dass jetzt auch einmal das, was du dir denkst, dass es auch irgendwo zählt, auch wenn es nur ein ganz ein winzig, winzig kleines Teilchen ist, aber es zählt schon und das find ich schon gut.(...) Und ich find's auch gut, dass sie die Wahl auf 16 heruntergesetzt haben. (...) Und man sieht eh, wie das aufgefallen ist. (...)und dann find ich, haben wir auch irgendwo ein Recht. (...) Das find ich

schon gut. [Frage: noch ein letztes Statement?] Ja. Geht's wählen, Leute!
(Michelle, 16)

„Geht's wählen und nützt euer Mitbestimmungsrecht.“ (Valentina, 16)

5.6 Wichtige Schlussfolgerungen

- Demokratie (die parlamentarisch-repräsentative) wird als selbstverständlich erlebt
- Eindeutig arbeitsteilige Vorstellungen von Demokratie. Übernahme von Verantwortung wird durch die Wahl delegiert
- Politik: Handeln von Repräsentativorganen.
- Zugehörigkeit: Individualismus wird betont Kenntnis von aber Distanz zu Jugendszenen, politischen Parteien, NGOs. Man will „nicht in eine Schublade gesteckt werden“
- Engagement ist wichtig, wird nicht besonders hervorgehoben, ist selbstverständlich, klar, fast beiläufig. Engagement für oder gegen eine Sache/Personen findet nach eigenem Ermessen, punktuell, spontan, und nicht institutionalisiert statt
- Parteien sind uninteressant und fern, werden bei den Möglichkeiten des Engagements nicht genannt
- Wenn Mitbestimmung, dann im konkreten Lebensumfeld, Schule, oder dort, „wo man sich auskennt“
- Politische Beteiligung heißt: Wählen gehen Andere Formen des politischen Engagements sind auf Nachfrage bekannt, werden aber nicht ausgeübt
- Recht auf Beteiligung wird mit der Staatsbürgerschaft verknüpft
- Schwächen des österreichischen, demokratischen Systems werden in der aktuellen politischen Kultur, beim Agieren einzelner Parteien verortet, bei mangelnder Problemlösungsfähigkeit der Regierungsparteien gesehen
- Suche nach inhaltlich geprägter, öffentlicher Diskussion abseits von Polemik und Populismus
- Wunsch nach Glaubwürdigkeit als Eigenschaft eines „guten Politikers“ - jemand, der Wahlversprechen hält, inhaltsorientiert agiert
- Rechts- Links-Mitte Zuordnung der Parteien Eindeutige Zuordnung bei FPÖ/BZÖ: rechts. Alle anderen Parteien: Abschwächungen, Relativierungen, in Einzelfällen einander widersprechende Zuordnungen. SPÖ: „sind halt für das Soziale“. Profil beginnt bei ÖVP (Wirtschaft)
- Grüne gelten noch immer als Umwelt-Partei, vertreten Nischenthemen - Fehlende Lösungsvorschläge bei politisch brisanten Themen wie Migration/Integration, Bildungssystem werden bemängelt und ebenso als Kritik an der SPÖ formuliert

Thema Ausländer: Argumentation FPÖ/BZÖ klar, bei allen anderen Parteien wird Unklarheit in der Argumentation festgestellt.

- Wahlentscheidung: inhaltlich geprägt, mehrheitlich Resultat von Informationseinholung und Informationsabwägung, nur bei FPÖ/BZÖ Personendominanz
- Mehrheitlich Pro-EU - einzelne Kritikpunkte bzw. Kontra-Argumente: Vormundschaft, Vereinheitlichung, Verlust von kultureller Identität, Schwerfälligkeit des Institutionengefüges EU, für Andere zahlen müssen, Euro=Teuro
- Wenig bis keine Kenntnis über Europawahlen

Schwerpunkt Autoritarismus

- Definition Rechts-Links-Mitte: Rechts kann erklärt werden (konservativ, restriktiv, Inhalte können zugeordnet werden) / Links wird als reaktiv zu rechts, als passiver, ideologisch konturloser beschrieben
- Egal welche Partei gewählt wurde: Selbstdefinition Mitte bzw. eher Mitte links, Mitte rechts - eindeutige Zuordnung ohne „eher“ nur bei zwei Befragten
- Demokratie ist beste Form, hat Effizienzschwächen, vor allem bei der Entscheidungsfindung. In autoritären Systemen kann einer in Krisensituationen sagen, wo es lang gehen soll. Rascher reagieren. Verantwortung kann lokalisiert werden.
- Aber: dann können wir nicht mehr mitbestimmen“ .

Die Kenntnis über Funktionsweisen von Demokratie oder unterschiedlichen Formen von politischer Beteiligung ist von persönlichen Interessen und dem Schultypus abhängig, ebenso das Wissen über andere Gesellschaftssysteme im Vergleich. Wenig Kenntnis herrscht über das österreichische Wahlsystem und seine Funktionsweise (das zeigt auch die Frage nach der Vergabe von Vorzugstimmen). Die Verantwortung der Informationsbereitstellung zu Demokratie, Wahlsystem und der Diskussion von Inhalten der politischen Parteien wird eindeutig bei der Schule verortet. Die Bereitschaft und das Interesse, sich zu informieren, ist groß. Information wird als Voraussetzung gesehen, eine Wahl treffen zu können. Informierte Entscheidungsfindung ist für die 16 bis 18-Jährigen sehr relevant.

6 Literaturangaben

- Auer, M. /Schmid, G. (2007) „60 Jahre II Republik“. *Jugend und politische Partizipation in Österreich*.
- Büttner, C. /Kladzinski, M. (2005) Demokratie in Familie und Kindergarten? Konzepte zu Partizipation und Interessenkonflikte. In: *Handbuch politische Bildung* Sander, W. (Hrsg.) Wochenschau Verlag, Schwalbach, S. 171-183.
- Campbell, A., Converse, P., Miller, W. /Stokes, D. (1960) *The American Voter*, New York.
- Downs, A. (1968) *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Mohr, Tübingen.
- Filzmaier, P. (2007) *Jugend und politische Bildung. Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24 Jährigen. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) und des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BMWF)*, Donau-Universität Krems. Department Politische Kommunikation, Wien.
- Fuchs, D. /Kühnel, S. M. (1993) *Wählen als rationales Handeln: Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice Ansatzes in der empirischen Wahlforschung*, Diskussionspapier FS III 93-207, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Fuchs, D. /Kühnel, S. M. (2000) Instrumentelles oder expressives Wählen? Zur Bedeutung des Rational-Choice-Ansatzes in der Empirischen Wahlforschung. In: *50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland* Klein, M., Jagodzinski, W., Mochmann, E. /Ohr, D. (Hrsg.) Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. S. 340-360.
- Henkenborg, P. (2006) Politische Bildung als Schulprinzip: Demokratie-Lernen im Schulalltag. In: *Handbuch politische Bildung* Sander, W. (Hrsg.) Wochenschau Verlag, Schwalbach, S. 265-281.
- Kühnel, S. M. /Fuchs, D. (1998) Nichtwählen als rationales Handeln. In: *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994* Kaase, M. /Klingemann, H.-D. (Hrsg.) Westdeutscher Verlag, Opladen, S. S. 317-356.
- Lazarsfeld, P. F. (1944) *The People's Choice. How the Voter makes up his Mind in a Presidential Campaign*, Columbia University Press, New York/ London.
- Lipset, S. M. /Rokkan, S. (Hg.) (1967) *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, Collier-Macmillan, New York, London.
- Massing, P. (2006) Institutionenkundliches Lernen. In: *Handbuch politische Bildung* Sander, W. (Hrsg.) Wochenschau Verlag, Schwalbach, S. 315-326.
- Mensch, K. (1999) *Die segmentierte Gültigkeit von Rational-Choice-Erklärungen: Warum Rational-Choice-Modelle die Wahlbeteiligung nicht erklären können*, Nomos, Opladen.
- Otte, G. (2004) *Sozialstrukturanalysen mit Lebensstilen. Eine Studie zur theoretischen und methodischen Neuorientierung der Lebensstilforschung.*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

- Pappi, F. U. /Shikano, S. (Hg.) (2007) *Wahl- und Wählerforschung*, Nomos, Opladen.
- Pichler, H. (2006) Politische Bildung als gelebte Praxis. In: *Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich* Gertraud, D. /Steininger, S. (Hrsg.) Wochenschau Verlag, Schwalbach.
- Sander, W. (2006) Politische Bildung als fächerübergreifende Aufgabe in der Schule. In: *Handbuch politische Bildung* Sander, W. (Hrsg.) Wochenschau Verlag, Schwalbach, S. 254-264.
- Scherr, A. (2008) Sozialisation, Person, Individuum. In: *Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie* Korte, H. /Schäfers, B. (Hrsg.) VS Verlag für Sozialwissenschaft, Wiesbaden, S. 45-68.
- Zentrum Polis (2007) *Mitreden, Mitgestalten, Mitentscheiden. Politische Bildung und Demokratie Lernen in der Schule. Nr. 5*, Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, Wien.

7 Anhang

FRAGEBOGEN Nachwahlanalyse 16-18 Jährige , Oktober 2008

[Zielpopulation: Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren, österreichweit]

Interviewnummer:

--	--	--

Nummer laut Adressenliste:

--	--	--	--

Guten Tag, mein Name ist ... vom Sozialforschungsinstitut SORA. Wir führen derzeit eine Umfrage über Einstellungen von Jugendlichen durch.

FRAGE 1

Sind Sie mit der Demokratie in Österreich sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zufrieden?

- sehr zufrieden 1
- ziemlich zufrieden 2
- wenig zufrieden 3
- gar nicht zufrieden 4
- weiß nicht / keine Angabe 5

FRAGE 2

Sind Sie an Politik sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht interessiert?

- sehr interessiert 1
- ziemlich interessiert 2
- wenig interessiert 3
- gar nicht interessiert 4
- weiß nicht / keine Angabe 5

FRAGE 3

Wie oft verfolgen Sie politische Themen im Fernsehen, im Radio oder in Tageszeitungen: täglich, mehrmals pro Woche, ein- oder zweimal pro Woche, seltener, oder nie?

- täglich 1
- mehrmals pro Woche 2
- ein- oder zweimal pro Woche 3
- seltener 4
- nie 5
- weiß nicht, keine Angabe 6

FRAGE 4

In welchem Medium informieren Sie sich hauptsächlich über ein politisches Ereignis - im Fernsehen, im Radio, in Zeitungen oder im Internet? (INT: nur eine Nennung möglich)

- Fernsehen 1
- Radio 2
- Zeitungen 3
- Internet 4
- in keinem davon 5
- weiß nicht, keine Angabe 6

FRAGE 5

Wenn Sie jetzt einmal an die Zeit unmittelbar vor den Nationalratswahlen im September zurückdenken. Waren Sie sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht am Wahlkampf interessiert?

- sehr interessiert 1
- ziemlich interessiert 2
- wenig interessiert 3
- gar nicht interessiert 4
- weiß nicht / keine Angabe 5

FRAGE 6

Viele Menschen waren bei der letzten Wahl nicht wählen, Haben Sie Ihre Stimme am 28.September abgegeben?

- ja, habe gewählt..... 1 → WEITER MIT FRAGE 8,
nein, habe nicht gewählt..... 2 → WEITER MIT FRAGE 7
weiß nicht / keine Angabe 3 → WEITER MIT FRAGE 8
-

FRAGE 7

Und warum haben Sie nicht an der Wahl teilgenommen? (NUR FRAGEN WENN F6=2)

.....

FRAGE 8

(WENN Frage 6 = 1 oder 3) Welche Partei haben Sie bei den Nationalratswahlen am 28. September gewählt?
(ZUORDNEN)

- SPÖ 1
ÖVP 2
FPÖ..... 3
GRÜNE 4
BZÖ..... 5
KPÖ 6
LIF..... 7
Liste Fritz 8
Linke 9
Christen 10
Andere 11
habe ungültig gewählt..... 12
habe nicht gewählt..... 13
kann mich nicht erinnern 14
keine Angabe..... 15
-

FRAGE 9 (WENN FRAGE 8<=9)

Und was waren für Sie die wichtigsten Gründe (Partei)zu wählen? (NOTIEREN)

.....

FRAGE 10

Haben Sie im Laufe des Wahlkampfes der Nationalratswahlen versucht, andere davon zu überzeugen, einen Kandidaten oder eine Partei zu wählen?

- ja 1
nein 2
-

FRAGE 11

Von welchen Politikern bzw. Politikerinnen fühlen Sie sich besonders angesprochen? (Feldvercoden, nicht Vorlesen, Mehrfachantworten)

Werner Faymann	1
Wilhelm Molterer	2
Alexander Van der Bellen	3
HC Strache	4
Eva Glawischnig	5
Heide Schmid	6
Josef Pröll	7
Wolfgang Schüssel	8
Erwin Pröll	9
Franz Sausgruber	10
Günther Platter	11
Michael Häupl	12
Hans Niessl	13
Franz Voves	14
Gabi Burgstaller	15
Josef Pühringer	16
Laura Rudas	17
anderer Name genannt	18 -> Bitte Notieren
weiß nicht/keine Angabe	19

FRAGE 12

Man spricht bei politischen Richtungen und Ideologien von „links“ und „rechts“.

A) Wo würden Sie sich persönlich in diesem Sinne einstufen?

B) Wo würden Sie in diesem Sinne die österreichischen Parteien einstufen?

(ROTIEREN; DURCHFragen)

	Eindeutig links	eher links	in der Mitte	eher rechts	Eindeutig rechts	Weiß nicht
1) Sich selbst (eigene Einschätzung)	1	2	3	4	5	6
2) die SPÖ	1	2	3	4	5	6
3) die ÖVP	1	2	3	4	5	6
4) die FPÖ	1	2	3	4	5	6
5) das BZÖ	1	2	3	4	5	6
6) die Grünen	1	2	3	4	5	6

FRAGE 13

A) Mit wem aus der folgenden Liste haben sie über ihre Teilnahme an der Nationalratswahl gesprochen?

B) Wer aus der folgenden Liste hat sie aufgefordert an der Nationalratswahl teilzunehmen?

	A)			B)		
	ja	nein	w.n. / k.A.	ja	nein	w.n. / k.A.
a) Vater	1	2	3	1	2	3
b) Mutter	1	2	3	1	2	3
c) Freunde	1	2	3	1	2	3
d) Lehrer	1	2	3	1	2	3
e) Aktivist einer Partei	1	2	3	1	2	3

FRAGE 14

Wie denken Sie über Ihre Zukunft? Glauben Sie, dass Ihre ... (Einkommenssituation) ... in zehn Jahren viel besser, besser, gleich gut, schlechter oder viel schlechter sein wird als die ... (Einkommenssituation) ... Ihrer Eltern jetzt?

	viel besser	besser	gleich	schlechter	viel schlechter	(wn/av)
a) Einkommenssituation	1	2	3	4	5	6

b) Arbeitsplatzsituation	1	2	3	4	5	6
c) Gesundheitsversorgung	1	2	3	4	5	6
d) Aus- und Weiterbildung	1	2	3	4	5	6
e) Absicherung im Alter	1	2	3	4	5	6

FRAGE 15

Halten Sie es für sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht wichtig, dass sich die Politik in Österreich um folgende Themen und Probleme kümmert?

	Sehr wichtig	Ziemlich wichtig	Wenig wichtig	Gar nicht wichtig	(wn)
a) Armut	1	2	3	4	5
b) Teuerung	1	2	3	4	5
c) Gute Ausbildung für die Jugend	1	2	3	4	5
d) Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit	1	2	3	4	5
e) Integration von Ausländern	1	2	3	4	5
f) Pensionen	1	2	3	4	5
g) Familie und Kinderbetreuung	1	2	3	4	5
h) Pflege	1	2	3	4	5
i) Strenge Einwanderungsbestimmungen	1	2	3	4	5
j) Rassismus/Ausländerfeindlichkeit	1	2	3	4	5
k) Gleichbehandlung von Frauen und Männern	1	2	3	4	5

FRAGE 16

Es gibt verschiedene Wege, politisch aktiv zu sein. Wären Sie sicher bereit, eher bereit, eher nicht bereit oder sicher nicht bereit, die folgenden Dinge zu tun? (ROTIEREN)

	sicher bereit	eher bereit	eher nicht bereit	sicher nicht bereit
a) wählen gehen	1	2	3	4
b) aus Protest nicht wählen	1	2	3	4
c) einen Politiker kontaktieren	1	2	3	4
d) Unterschriften sammeln	1	2	3	4
e) für eine Nichtregierungsorganisation arbeiten				
f) an einer legalen Demonstration teilnehmen	1	2	3	4
g) in einem Wahlkampf mitarbeiten	1	2	3	4

FRAGE 17

Stimmen Sie folgenden Aussagen über Politik und Politiker sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? (ROTIEREN)

	stimme sehr zu	stimme ziemlich zu	stimme wenig zu	stimme gar nicht zu
a) Politiker kümmern sich nicht um Dinge, die für Menschen wie mich wichtig sind	1	2	3	4
b) Politik ist ein Weg, um eine bessere Welt zu schaffen	1	2	3	4
c) Politiker machen nur leere Versprechungen	1	2	3	4
d) Die Demokratie mag Probleme mit sich bringen, aber sie ist besser als jede andere Regierungsform	1	2	3	4

FRAGE 18

Ich werde Ihnen nun verschiedene Institutionen und Organisationen wie die Regierung und die Europäische Kommission nennen. Sagen Sie mir bitte anhand einer Skala von 1 bis 5, in welchem Ausmaß Sie jeder dieser Institutionen vertrauen. 1 bedeutet dabei „vertraue sehr stark“ und 5 „vertraue gar nicht“.

	Vertrauen					
	Sehr stark	2	3	4	Gar nicht	(wn/av)
a) der Bundesregierung	1	2	3	4	5	6
b) den politischen Parteien	1	2	3	4	5	6
c) dem Nationalrat	1	2	3	4	5	6
d) den Politikern	1	2	3	4	5	6
e) NGOs (wie z.B. Attac, VierPfoten, Global 2000)	1	2	3	4	5	6
f) der Landesregierung	1	2	3	4	5	6
g) die Gewerkschaft	1	2	3	4	5	6
h) der Europäischen Kommission	1	2	3	4	5	6
i) der Arbeiterkammer	1	2	3	4	5	6
j) dem Europäischen Parlament	1	2	3	4	5	6
k) der Wirtschaftskammer	1	2	3	4	5	6

FRAGE 19

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung haben die DemokratieInitiative mit dem Titel „Entscheidend bist Du“ gemacht. Haben Sie ...? (Durchfragen, ROTIEREN)

	ja	nein	w.n. / k.A.
a) ...davon gehört	1	2	3
b) ...darüber gelesen	1	2	3
c) ...an einer Veranstaltung teilgenommen	1	2	3

FRAGE 20

Auch das Österreichische Parlament hat eine Politikinformations- und Jugendkampagne mit dem Titel „Demokratiewerkstatt“ gemacht, haben Sie ...? (Durchfragen, ROTIEREN)

	ja	nein	w.n. / k.A.
a) ...davon gehört	1	2	3
b) ...darüber gelesen	1	2	3
c) ...an einer Veranstaltung teilgenommen	1	2	3

FRAGE 21

A.) Haben Sie schon einmal privat oder mit der Schule das Österreichische Parlament besucht?

B.) Haben Sie schon einmal privat oder mit der Schule im Österreichische Parlament an einer Veranstaltung teilgenommen?

C.) Haben Sie schon einmal privat oder mit der Schule im Österreichische Parlament eine Nationalratsdebatte verfolgt?? (, ROTIEREN)

	Mit der Schule	Privat	Noch nie.
a) ...Parlament besucht	1	2	3
b) ...Veranstaltung teilgenommen	1	2	3
c) ...Nationalratsdebatte verfolgt	1	2	3

Frage 21A Haben Sie schon einmal im Fernsehen eine Nationalratsdebatte verfolgt?? (ROTIEREN)

	ja	nein	Weiss nicht
a) ...Nationalratsdebatte verfolgt	1	2	3

FRAGE 22

Wurde in IHRER Schule oder Berufsschule... (Durchfragen ROTIEREN)

	ja	nein	w.n. / k.A.
a) ...auf die Nationalratswahlen aufmerksam gemacht	1	2	3
b) ...über die Senkung des Wahlalters informiert	1	2	3
c) ...eine Diskussion mit Politikern veranstaltet	1	2	3

FRAGE 23

In welcher der folgenden Organisationen sind Sie aktiv tätig?

	aktiv tätig	nicht aktiv tätig
a) in einer Jugendorganisation einer politischen Partei bzw. in einer politischen Partei	1	2
b) in einer NGO oder anderen sozialen Aktion (z.B. Globalisierung, Umweltschutz, Tierschutz, Menschenrechte, Wohltätigkeitsorganisation)	1	2

FRAGE 24

Ich lese Ihnen nun unterschiedliche Aussagen vor, die man immer wieder hört. Bitte sagen Sie mir anhand einer Skala von 1 bis 5, wie sehr Sie diesen Aussagen zustimmen. 1 bedeutet „stimme voll zu“ und 5 bedeutet „lehne völlig ab“. Mit den Zahlen dazwischen können Sie abstufen.(ROTIEREN)

	sehr				Lehne völlig ab
a) Zu den wichtigsten Eigenschaften im Leben gehören Disziplin und Gehorsam.	1	2	3	4	5
b) Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um ein Parlament und Wahlen kümmern muss	1	2	3	4	5
c) Zuwanderer machen Österreich offener für neue Ideen und andere Kulturen	1	2	3	4	5
d) Zuwanderer sind im Allgemeinen gut für die österreichische Wirtschaft	1	2	3	4	5
e) Zuwanderer nehmen Menschen, die in Österreich geboren sind, Arbeitsplätze weg	1	2	3	4	5
f) Wenn es zu Auswüchsen des Kapitalismus kommt, dann sind daran meistens die Juden schuld.	1	2	3	4	5
g) Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	1	2	3	4	5
h) Muslime sollten das Recht haben, Moscheen zu bauen.	1	2	3	4	5
i) Muslimen sollte die Zuwanderung nach Österreich untersagt werden.	1	2	3	4	5
j) Die Frauen haben keinen Grund, noch mehr Rechte zu verlangen	1	2	3	4	5
k) Es sollte mehr Frauen in der Politik geben	1	2	3	4	5

FRAGE 25

Stimmen Sie folgenden Aussagen zur EU-Mitgliedschaft sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?

	Sehr	ziemlich	Wenig	Gar nicht	weiß nicht
a) Die Mitgliedschaft in der EU verbessert die Reise und Berufsfreiheit für Österreicher	1	2	3	4	5
b) Als Mitglied der EU ist Österreich in Gefahr, seine eigene Kultur und seine Traditionen zu verlieren	1	2	3	4	5
c) Die Mitgliedschaft in der EU sichert den Wohlstand in Österreich	1	2	3	4	5
d) Die Mitgliedschaft in der EU kostet viel und bringt Österreich nichts	1	2	3	4	5

STATISTIK

S1**Geschlecht (EINSTUFEN)**

weiblich 1
 männlich 2

S2**Darf ich Sie für die Statistik nach Ihrem Alter fragen?**

Alter in Jahren

--	--

S3**Wohnen Sie derzeit ...? (VORLESEN) (NUR EINE NENNUNG)**

allein..... 1
 bei den Eltern..... 2
 in einer Wohngemeinschaft bzw. in einem Studentenheim..... 3
 nichts davon..... 4

S4**Sind Sie derzeit ...? (VORLESEN) (NUR EINE NENNUNG)**

SchülerIn..... 1 → WEITER MIT FRAGE S5
 in Ausbildung (z.B. Lehre) 2 → WEITER MIT FRAGE S5
 Vollzeit berufstätig 3 → WEITER MIT FRAGE S6
 Teilzeit berufstätig..... 4 → WEITER MIT FRAGE S6
 Präsenz- oder Zivildienstler..... 5 → WEITER MIT FRAGE S6
 arbeitslos bzw. auf Arbeitssuche 7 → WEITER MIT FRAGE S6
 im Haushalt tätig (ohne eigenes Einkommen)..... 8 → WEITER MIT FRAGE S6
 nichts davon..... 9 → WEITER MIT FRAGE S6

S5

Sind Sie zurzeit in einer der folgenden Ausbildungen? (**VORLESEN BIS BEFRAGTE/R ZUSTIMMT**) (**NUR EINE NENNUNG**)

- in einer Hauptschule oder Unterstufe eines Gymnasiums 1 → WEITER MIT FRAGE S7
 - in einem Polytechnikum..... 3 → WEITER MIT FRAGE S7
 - in einer Berufsschule als Lehrling..... 2 → WEITER MIT FRAGE S7
 - in einer BMS 4 → WEITER MIT FRAGE S7
 - in einer AHS..... 5 → WEITER MIT FRAGE S7
 - in einer BHS..... 6 → WEITER MIT FRAGE S7
 - in einer Universität, Fachhochschule oder Akademie 7 → WEITER MIT FRAGE S7
 - nichts davon..... 8 → WEITER MIT FRAGE S7
-

S6

Welche höchste abgeschlossene Schulbildung haben Sie?

- Pflichtschule..... 1
 - Lehre..... 2
 - BMS (Fachschule/Handelsschule) 3
 - BHS-Matura (HTL, HAK) 4
 - AHS-Matura 5
 - Hochschule, Fachhochschule, Akademie..... 6
-

S7

Hat mindestens einer ihre Elternteile Matura oder eine höhere Ausbildung?

- Ja, einer 1
 - ja, beide 2
 - nein 3
 - weiß nicht, keine Angabe 4
-

S8

Wie lautet die Postleitzahl Ihres Wohnortes?

PLZ Wohnort:

--	--	--	--

S9

Sind beide Ihrer Elternteile Österreich geboren?

- Ja beide in Österreich geboren 1 weiter zu s12
 - Nein ein oder beide Elternteile nicht in Österreich geboren 2
-

S10

Sprechen Sie mit Ihren Eltern, bzw. Ihre Eltern mit Ihnen außer Deutsch noch eine andere Sprache zu Hause?

- Ja 1
 - nein 2 nächste überspringen
-

S11

UND WELCHE SPRACHE SPRECHEN SIE DANN?– ZUORDNEN

- Albanisch 1
 - Serbisch/Kroatisch/Bosnisch 2
 - Polnisch 3
 - Slowakisch..... 4
 - Tschechisch..... 5
 - Türkisch 6
-

Ungarisch.....	7
Slowenisch.....	9
Englisch	10
Andere Sprache.....	11

S12

Alles in allem betrachtet, wie schätzen Sie Ihren derzeitigen Lebensstandard ein: als sehr niedrig, niedrig, durchschnittlich, hoch oder sehr hoch?

sehr niedrig	1
niedrig	2
durchschnittlich	3
hoch	4
<u>sehr hoch</u>	<u>5</u>
(weiß nicht/Antwort verweigert)	6

S13

Welcher Religion oder Religionsgemeinschaft gehören Sie an? (NICHT VORLESEN)

(römisch)-katholisch.....	1
evangelisch.....	2
griechisch oder russisch Orthodox	3
andere christliche Religion	4
Jüdisch.....	5
Islam/Muslime.....	6
<u>Sonstiges</u>	<u>7</u>
ohne Bekenntnis	8
(w.n./a.v.)	9

VIELEN DANK FÜR DAS INTERVIEW!

Wählen mit 16 – focus groups

Themenleitfaden

27.11. und 3.12.2008

1. Einstieg (10-15 Minuten)

INT: Vorstellungsrunde, Name, was sie machen (Schule/Beruf), Bezirk

Ich möchte unsere Diskussion heute zum Aufwärmen mit einem wordrap beginnen, d.h. ich nenne jetzt jeweils einen Begriff, und Sie sagen mir spontan ein Wort, was Ihnen dazu einfällt, einfach heraussprechen.

1. Schule
2. ÖVP
3. Demokratie
4. Politiker
5. FPÖ
6. Ausbildung/Bildung
7. Heinz-Christian Strache
8. Nationalratswahl
9. Eva Glawischnig
10. BZÖ
11. Werner Faymann
12. Arbeitsplätze

13. Diktatur
14. Grüne
15. EU
16. Josef Pröll
17. Ausländer
18. SPÖ
19. Europa-Wahl

2. NRW-Wahl (25-30 Minuten)

- Die letzte Nationalratswahl ist ja noch nicht so lange her. Was sagen Sie rückblickend zum Ergebnis? Sind Sie damit zufrieden/unzufrieden, was finden Sie gut, was stört Sie?
- Waren Sie wählen? Warum/Warum nicht?
- Wenn wählen: War es wichtig für Sie, dass Sie jetzt schon wählen durften?
- Es waren ja auch viele Menschen nicht wählen. Was könnten Gründe dafür sein? Kennen Sie Nichtwähler? Warum haben diese nicht teilgenommen?
- Was sind denn, glauben Sie, die wichtigsten Wahlmotive junger Wählerinnen und Wähler? Was sind die „Aussagen und Ansagen“, von denen sich JungwählerInnen angesprochen fühlen?
 - o Als Nachfrage: Es wurde ja nach der Wahl auch viel davon gesprochen, dass viele WählerInnen eine bestimmte Partei aus Protest gewählt haben. Glauben sie, war das bei Jungen auch der Fall? Oder haben die Parteien eher wegen deren Programmen gewählt?

- Wie haben Sie den Wahlkampf empfunden? Hat Sie eine Partei besonders angesprochen? Oder anders gefragt, gab es einen Wahlkampf einer Partei, den Sie besonders schlecht gefunden haben, der Ihnen nicht gefallen hat? Warum?
- Es haben ja viele junge Menschen, die FPÖ (und teils auch das BZÖ) gewählt haben. Warum war das so aus Ihrer Sicht? Was haben diese Parteien, das Jugendliche anspricht? Was fehlt den anderen Parteien?
- Thema Jörg Haider: welche Rolle hat der kürzlich verstorbene Kärntner Landeshauptmann und BZÖ-Spitzenkandidat gespielt, dass viele Junge Menschen das BZÖ gewählt haben?

3. Politik und Demokratie (20-25 Minuten)

- Sprechen wir noch etwas über Politik und Demokratie: Wie finden Sie denn die Politik in Österreich insgesamt? Interessieren Sie sich dafür? Was stört Sie, was finden Sie gut?
- Wenn Kritik: Glauben Sie, dass die Demokratie in Österreich einfach nicht so gut organisiert ist? Oder glauben Sie, dass die Demokratie grundsätzlich als System nicht funktioniert, dass eine andere Staatsform besser wäre?
- Fühlen Sie sich als JungwählerIn von der Politik ernstgenommen?
- Wie wichtig ist es Ihnen, sich politisch zu beteiligen? Haben Sie das Gefühl, dass Sie sich beteiligen können, dass es was bewirkt? Oder machen die Politiker ohnehin, was sie wollen?
- Was sind denn aus ihrer Sicht Themen, um die sich die Politik kümmern sollte?
- Tut sie das aus Ihrer Sicht? Welche Parteien machen das besonders gut?

3.1 Ausländer und „Rechtsruck“

- Können Sie verstehen, warum manche Österreicher über „die Ausländer“ schimpfen? Warum tun sie das? Haben sie Recht damit?

- Kennen Sie Leute, die wegen „den Ausländern“ FPÖ oder BZÖ gewählt haben? Wollten die Wähler einfach protestieren, oder erwarten die sich konkrete Maßnahmen von FPÖ und BZÖ? Welche?
- Die FPÖ wird ja immer wieder als rechts oder manchmal sogar rechtsextrem bezeichnet – können Sie so eine Beschreibung nachvollziehen? Woher kommt das?

4. Politiker in Österreich (15-20 Minuten)

Ich gebe Ihnen jetzt jeweils zwei Kärtchen, auf denen jeweils ein österreichischer Politiker/eine österreichische Politikerin steht. Bitte schreiben Sie auf die roten Kärtchen, was Sie an der Person schlecht finden/was Sie stört, und schreiben Sie auf den grünen Zettel, was Sie gut finden. Wenn Sie die Person nicht kennen, dann lassen Sie den Zettel bitte einfach leer.

INT: Kärtchenabfrage mit Werner Faymann, Josef Pröll, Heinz-Christian Strache, Herbert Scheibner, Eva Glawischnig

Sprechen wir noch kurz über die Kärtchen: Einige haben xxx geschrieben, was meinen Sie damit genau?

Danke für das Gespräch

Nachwahlanalyse vom Sept. 2008: Wählen mit 16.

Modul 4: Tiefeninterviews /Ulrike Kozeluh

Leitfaden

Nr.
Datum
Dauer
Ort

Besonderheiten Setting

Einleitung

Vorstellung des/der InterviewerIn,
Du/Sie klären
Sinn und Zweck des Interviews klären, Zeitrahmen abfragen
Ablauf des Interviews erklären
Namensnennung (nur Vornamen) gestattet ja/nein

0: Persönliche Daten der interviewten Person

Geschlecht
Alter
Wohnort
Schule/Ausbildung/Arbeitsverhältnis

1. Einstieg

- Berufspläne?
- Hobbies, Interessen
- Welche Musik? Auch an Texten interessiert?
- Welche Lokale? Warum?
- Informationsverhalten (Wenn Sie ein Thema besonders interessiert, wo holen Sie sich die Infos; welche Themen?)
Leseverhalten (Lesen Sie gerne? Wenn ja, was? Und im Moment?
Zeitung? Welche? Was zuerst? Online?)

2: Einstellungen-Werthaltungen-politisches Verhalten

- Diskutieren Sie mit Freunden/Innen, Eltern über best. Themen? (welche, in welcher Form)
- In Ihrem Freundeskreis, in der Familie, haben da alle dieselbe Meinung?
Wenn Sie mit FreundInnen/Eltern über bestimmte Themen diskutieren, wie läuft das ab?
- Haben Sie sich schon mal für oder gegen etwas eingesetzt? In welcher Form? Wo (Schule, Arbeitsplatz etc, Thema)? Konnten Sie da etwas erreichen? Finden Sie es wichtig, sich für/gegen etwas einzusetzen? Warum? Würden Sie das wieder tun?
- Sind Sie Mitglied in einem Verein/sonstige Gruppenzugehörigkeit (Szenen abfragen)?
Finden Sie es notwendig, irgendwo dabei zu sein? Warum/warum nicht?
Fühlen Sie sich „zugehörig“? (wie, wozu, warum nicht)
Würden Sie die Szene, zu der Sie gehören/die Sie am ehesten interessant finden/ bzw. Sie sich selbst eher als „rechts“ oder „links“ einschätzen?
Wo stehen die andern (Szenen)?
Was bedeutet rechts /links/mitte für Sie?
Wo würden Sie ungefähr die Parteien zuordnen?
- Interessieren Sie sich für Politik?
Was verstehen Sie unter Politik? (*keine Prüfung, frei assoziieren!*)
Wie würden Sie einen „guten“ / „schlechten“ Politiker beschreiben?
- Was verstehen Sie unter Mitbestimmung?
- Was verstehen Sie unter politischer Beteiligung?
Kennen Sie Möglichkeiten des politischen Engagements, der Beteiligung, außer zur Wahl zu gehen?
Wie sollte politische Beteiligung gestaltet sein, damit das auch was bewirkt? (und was solls bewirken?)
Gibt es Ihrer Meinung nach so was wie ein „Recht auf Beteiligung“? (und wer sollte dieses Recht haben? Warum?)
- Haben Sie sich schon mal überlegt, ob die Demokratie, in der wir leben, gut oder schlecht funktioniert? Was meinen Sie?
 - Gibt es Bereiche, die verbesserungswürdig sind?
 - Was wäre Ihr Idealbild von Demokratie?
- Kennen Sie andere Gesellschafts/Regierungsformen? Wenn ja, was wäre daran gut/schlecht?
 - Und im Vergleich zur Demokratie?

- Glauben Sie, dass es für Österreich eher gut oder schlecht ist, bei der EU zu sein? Warum?

3: Wahlverhalten

- Waren Sie bei der Wahl? (wenn nein, warum nicht)
 War es für Sie immer klar, zur Wahl zu gehen? Warum?
 Musste Sie jemand überreden? Mit welchen Argumenten?
 Haben Sie andere überredet? Mit welchen Argumenten?
 Kennen Sie andere, die nicht wählen waren? Wissen Sie etwas über deren Gründe?
- Haben Sie sich vorher informiert?
 Wie? (Programme, Parteiorganisation, websites, Zeitung bzw. Eltern, FreundInnen)
 Worüber? (auch: Rechte, Pflichten)
- Haben Sie den Wahlkampf beobachtet?
 Wo ist Ihnen der Wahlkampf aufgefallen (Straße, Medien, Briefe, Werbebroschüren)
 Gibt es Themen, die Ihnen noch in Erinnerung sind? Welche? Haben Sie Themen des Wahlkampfes auch mit Freunden/am Arbeitsplatz/ in der Schule/zu Hause diskutiert?
 Würden Sie bestimmte Themen bestimmten Parteien/PolitikerInnen zuordnen?
 Können Sie sich erinnern, wie die einzelnen Parteien/PolitikerInnen das Thema „Ausländer/Muslime/Integration“ behandelt haben?

 Was hat Sie an diesem Wahlkampf besonders interessiert – geärgert abgestoßen?
 Warum?

 Welche Themen, die Ihnen wichtig sind, wurden im Wahlkampf zu wenig behandelt?

 War dies der erste Wahlkampf, den Sie beobachtet haben?
 Unterschied zu anderen?
 Haben Sie im Laufe des Wahlkampfes ihre Meinung geändert?
 Wenn ja, warum?
- Darf ich Sie fragen, welche Partei Sie gewählt haben?
 Wenn Sie überlegen, warum Sie diese Partei gewählt haben: waren es bestimmte Persönlichkeiten, oder eher die Inhalte/Themen der Partei, die Sie zur Wahl bewogen haben? (Beispiel nachfragen Inhalte/Themen)
 Und Ihre FreundInnen/Eltern?
- Wussten Sie, wie die Wahl, der Wahlakt selbst, abläuft?
- Haben Sie sich in der Wahlkabine ausgekannt?
 Haben Sie Vorzugsstimmen vergeben?

- Haben Sie den Ausgang der Wahl beobachtet/mit andern diskutiert?
- Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden? (warum/warum nicht?)

4: Reflexion

- Werden Sie wieder wählen gehen? Warum/warum nicht ?
- Hat diese Wahl Ihre Einstellung zu Politik/politischer Beteiligung/Mitbestimmung/Demokratie verändert?
- Wissen Sie, bei welcher Wahl Sie das nächste Mal ihre Stimme abgeben können?
- Worüber und in welcher Form wollen Sie für die nächste Wahl vermehrt informiert werden?